

Studienprojekte der Fakultät Raumplanung

Studienjahr 2013/14



Studienprojekte der Fakultät Raumplanung

Einleitung

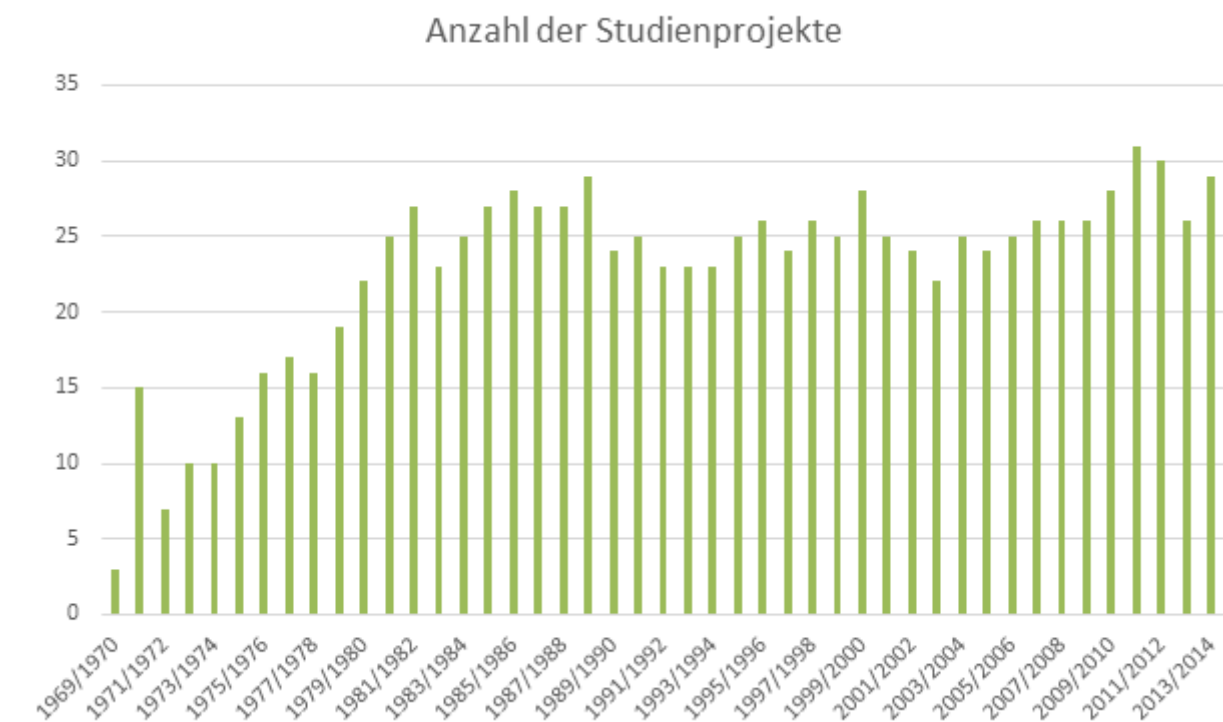
Die Fakultät Raumplanung kann auf mehr als 45 Jahre Erfahrung im Projektstudium und der gruppenbasierten Projektarbeit zurückblicken. Studienprojekte sind seit der ersten Stunde ein elementarer Bestandteil des Studiums – ab 1969 im Diplomstudiengang, ab 2007 im Bachelor- und Masterstudiengang Raumplanung. Ein Wechsel von Projekten und städtebaulichen Entwürfen hat sich dabei als Markenzeichen der Dortmunder Raumplanungsausbildung etabliert und für Absolventinnen und Absolventen vielfältige Arbeitsbereiche erschlossen. Die Kombination aus anwendungsbezogenem wissenschaftlichen Arbeiten in Kleingruppen mit den eher klassischen Lehrformen wie Vorlesungen, Seminaren und Übungen stellt eine einzigartige Chance dar, während des gesamten Studiums die vermittelten Inhalte selbst anzuwenden, aber auch sie mit anderen Studierenden und Lehrenden zu diskutieren und zu hinterfragen.

In Studienprojekten lernen die Studierenden raumplanungsbezogene Problemstellungen in kooperativer Weise (in Gruppen von durchschnittlich 15 Studierenden) und mit wissenschaftlichen Mitteln unter Anleitung der Projektbetreuung innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens zu bearbeiten und

dabei planerisch-konzeptionelle Lösungen aufzuzeigen. In dieser Form sind die Lehr- und Lernziele auch in Prüfungsordnung bzw. Modulhandbuch fixiert worden. Jede und jeder der mehr als 4.500 Absolventinnen und Absolventen der letzten Jahrzehnte hat ein AnfängerInnenprojekt (A-Projekt) im 1. Studienjahr sowie ein Fortgeschrittenenprojekt (F-Projekt) im 3. Studienjahr belegt. Seit 2007 neu hinzugekommen sind ein einsemestriges Masterprojekt (M-Projekt) bzw. alternativ ein Masterentwurf (M-Entwurf) im Masterstudiengang Raumplanung.

Zwischen den Studienjahren 1969/70 und 2013/14 wurden insgesamt 1025 AnfängerInnen- und Fortgeschrittenprojekte an der Fakultät Raumplanung angeboten, wobei sich deren Zahl seit Mitte der 1980er-Jahre konstant im Bereich zwischen jährlich 22 und 30 bewegt (siehe Abb. 1). Auch 2014/15 werden wieder mehr als 30 Studienprojekte von Lehrenden und Lehrbeauftragten betreut und beraten. Immerhin ca. 20 % aller Absolventinnen und Absolventen gaben in der letzten Befragung an, dass städtebauliche Entwürfe bzw. Studienprojekte sehr wichtige oder wichtige Qualifikationen waren (vgl. Böckenbrink et al. 2013: 60f.).

Abb. 2: Räumliche Bezugsebene der Studienprojekte 1969/70-2013/14



Quelle: eigene Auswertung der Projektdatenbank

Wenngleich hier andere Aspekte wie der Studienschwerpunkt, studentische Hilfskrafttätigkeiten, das Thema der Abschlussarbeit oder die Abschlussnote als gewichtiger eingestuft werden, zeigen doch viele der offenen Antworten und Anmerkungen, dass elementare Qualifikationen ihren Ausgangspunkt im Projektstudium oder den städtebaulichen Entwürfen finden. Das wird unterstützt durch die Diskussionen zwischen Studierenden und Absolventinnen und Absolventen im Rahmen des mit drei bis vier Terminen je Semester regelmäßig stattfindenden Berufsforums (vgl. auch Greiwe/Leschinski-Stechow 2014).

Die Arbeit in gemischten interdisziplinären Teams, das Präsentieren und Verteidigen von Ergebnissen sowie die selbstorganisierte und eigenverantwortliche Arbeit sind Bestandteile des beruflichen Alltags der meisten Alumni. Und hierfür können alle auf die Erfahrungen ihres Studiums zurückgreifen und die hier erlernten Bausteine neu zusammensetzen oder sind mit den hier erlebten Gruppensituationen besser auf Arbeitsgruppen und Verhandlungsprozesse in der Praxis vorbereitet, um immer wieder neue Ideen entwerfen, diskutieren und verteidigen zu können. Gleichzeitig bewegen sich die Studienprojekte auf einem teilweise schmalen Grat und erfordern viel Sensibilität und Geschick der Lehrenden, um die Balance zwischen der Vermittlung von Soft Skills und Arbeitstechniken wie auch dem strukturierten wissenschaftlichen Arbeiten

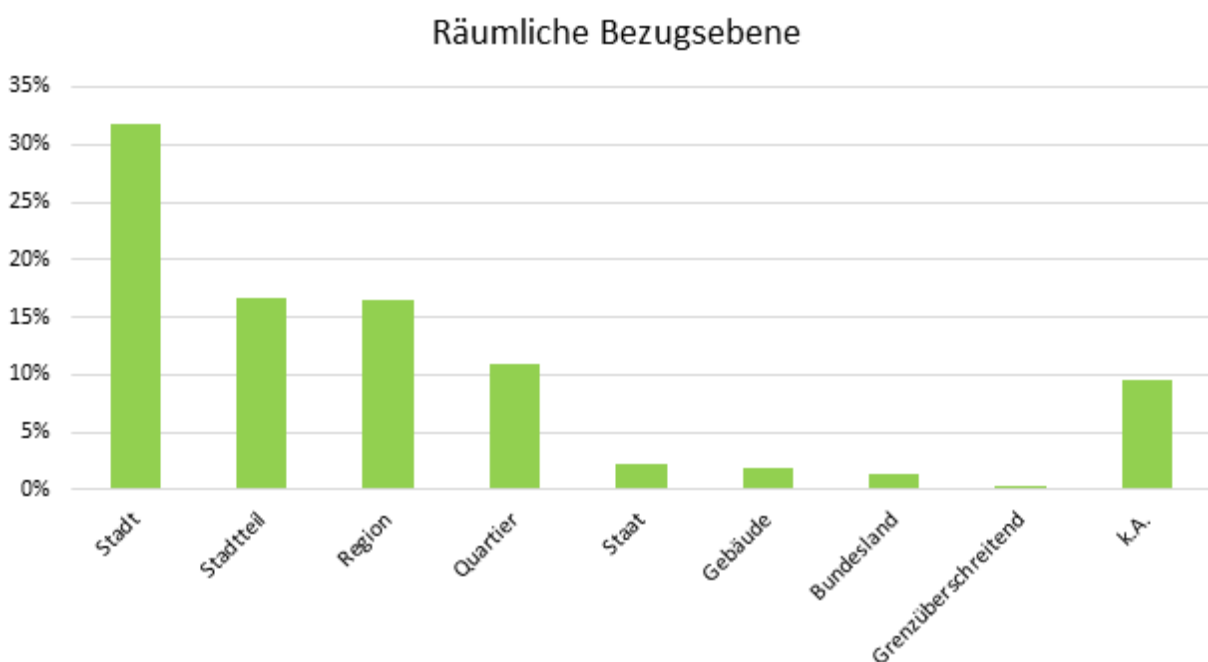
und inhaltlichen Bausteinen zu wahren und immer wieder neu herzustellen.

Rückblick auf Projektthemen von 1969/70 bis 2013/14

Die Themen der Projekte orientieren sich an jeweils aktuellen Fragestellungen der Raumplanung und eröffnen Kooperationsmöglichkeiten mit der Planungspraxis. Der Rückblick auf die Themen der vergangenen Jahrzehnte zeigt deutlich, dass das Projektangebot sehr schnell neue Themen aufgreifen und besetzen konnte. Dabei haben die Projekte regelmäßig dazu beigetragen, raumplanerische Themen und Trends für die Lehre handhabbar zu machen. So gehen aus Projekten regelmäßig Themen für Seminare, Studienarbeiten oder Abschlussarbeiten ebenso wie Beispiele für Vorlesungen hervor. Mittlerweile bewegen sich die Studienprojekte verstärkt im Kontext laufender Forschungsprojekte der Fakultät und werden zunehmend in Kooperation mit Studierenden anderer Studiengänge aus dem In- und Ausland durchgeführt. Seit mehr als 25 Jahren werden beispielsweise bereits gemeinsam Projekte mit der Michigan State University durchgeführt.

Ein Blick auf die räumliche Bezugsebene der Studienprojekte seit 1969 zeigt, dass die Ebene der Gesamtstadt für 32 % der Projekte die Bezugsebene darstellt (siehe Abb. 2). Für jeweils 16 % ist der räumliche Bezug ein Stadtteil oder eine Region.

Abb. 2: Räumliche Bezugsebene der Studienprojekte 1969/70-2013/14



Quelle: eigene Auswertung der Projektdatenbank

Weitere 11 % beziehen sich auf die Ebene von Quartieren, wohingegen die Ebenen des Staats, eines Bundeslands oder grenzüberschreitende Räume eine geringere Bedeutung haben. 9 % der Projektthemen ließen sich auf Basis der Projekttitel keiner räumlichen Bezugsebene zuweisen. Auch bei Projekten, die sich mit der Ebene einer Stadt beschäftigen, bezieht sich ein Schwerpunkt der konkreten (empirischen) Arbeit in einigen Fällen trotzdem auf kleinere Einheiten innerhalb der Stadt. Gleiches gilt für die Ebene der Region in Bezug zur Stadt. Aus der Auswertung der Projekttitel bleiben hier dementsprechend Unschärfen übrig, ein Trend wird aber deutlich. Die Verteilung deckt sich gut mit der ersten Beschäftigung der Absolventinnen und Absolventen. Hier nehmen, bei möglichen Mehrfachnennungen, die Ebene der Großstadt (31 %), der Mittelstadt (27 %) und der Kleinstadt (20 %) den größten Teil ein, gefolgt von Stadtteil/Quartier (28 %) und Region/Regierungsbezirk (27 %). Auch hier weniger bedeutend sind die Ebene des Objekts (13 %), des Bundeslandes (12 %) oder größerer räumlicher Ebenen (vgl. Böckenbrink et al. 2013: 40f.). Insgesamt gesehen verhalten sich die Themen der Studienprojekte in ihrer Verteilung ähnlich wie die räumlichen Bezüge der beruflichen Tätigkeiten nach dem Studium.

Die Befragungen von Absolventinnen und Absolventen zeigen zudem, dass Studienprojekte einen wesentlichen Baustein der Internationalität des Raumplanungsstudiums in Dortmund ausmachen. In der letzten Befragung (Abschlussjahrgänge 2006 bis 2010) haben 48 % der Befragten angegeben, ein F-Projekt mit einem Auslandsthema belegt zu haben. Ziele waren vornehmlich in Europa und Nordamerika (Böckenbrink et al. 2013: 53f.). Seit 1969 hatten insgesamt 106 Studienprojekte ihren Arbeitsschwerpunkt in einem Auslandsthema (davon fanden 52 in den letzten zehn Jahren statt), viele weitere haben sich mit einzelnen internationalen Beispielen beschäftigt und Ideen daran geprüft. Damit bieten Projekte für viele einen ersten Schritt zu einer internationalen Perspektive auf die Planung in Deutschland. Gleichwohl sind

diese Projekte häufig mit höheren Kosten als die lokalen und regionalen Themen behaftet, sodass die richtige Balance im Projektangebot ein immer wiederkehrendes Diskussionsthema ist.

Die langjährige Erfahrung, die über Lehrende sowie das Studien- und Projektzentrum weiter getragen wird, ermöglicht so auch das Experimentieren mit neuen Themenstellungen. Beispielhaft seien hier die Energiegenossenschaften (2008/09), die Umnutzung von Kirchengebäuden (2006/07), die Privatisierung von Wohnungsbeständen oder eine neue bürgerorientierte Planung (1980/81), die planerische Sichtweise auf Alternativen zur Kernenergie (1976/77) oder die Regionalplanung für die Emscherzone (1973/74) genannt.

Die vorliegende Veröffentlichung fasst die Themen der Studienprojekte des Jahres 2013/14 zusammen. Jedes Projekt ist mit einer Seite vertreten. Titelblatt und die Kurzfassungen (Abstracts) sind von den Studierenden der Projekte selbst gestaltet bzw. geschrieben worden. Alle Projekte sind über diese Veröffentlichung hinaus online recherchierbar im Projektarchiv der Fakultät Raumplanung.

Projektarchiv: <http://www.raumplanung.tu-dortmund.de/rp/projektarchiv.html>

Quellen

Böckenbrink, Anja; Greiwe, Ulla; Weller, Michaela 2013: AbsolventInnenbefragung 2011. Materialien „Studium und Projektarbeit“, Nr. 10. Dortmund: TU Dortmund

Lamker, Christian; Weller, Michaela 2011: Berufswege in der Raumplanung: Veröffentlichung zur Veranstaltungsreihe „Berufsforum“ Band 1. Dortmund: TU Dortmund

Greiwe, Ulla; Leschinski-Stechow, Karsten 2014: Berufswege in der Raumplanung: Veröffentlichung zur Veranstaltungsreihe „Berufsforum“ Band 2. Dortmund: TU Dortmund

Vielen Dank an Konstantin Langenscheidt für die Auswertung der räumlichen Bezugsebene aller Studienprojekte.

Projektabstracts

Kurzfassungen der AnfängerInnen-, Fortgeschrittenen- und Masterprojekte 2013/2014

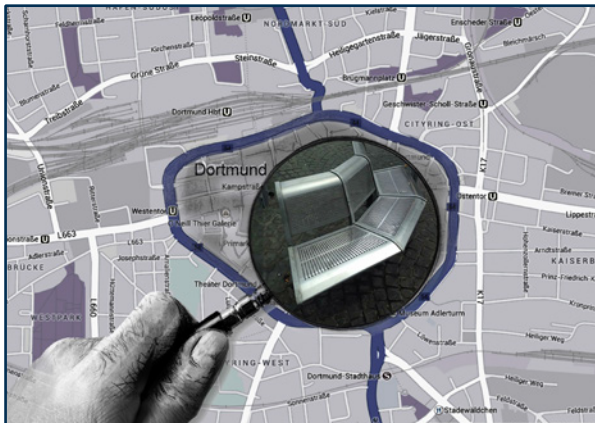


Inhaltsverzeichnis

Studienprojekte der Fakultät Raumplanung	1
A-Projekte	
Räumliches Existenzminimum	6
Europa in der Nachbarschaft	7
Urbane oder suburbane Lebensweise	8
Raumbilder und Planung	9
Das Wohnumfeld als Bewegungsraum	10
Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Siedlungsentwässerung in der Stadt Werdohl	11
Ein hippestes Quartier im veralteten Gewand?!	12
Wärmeversorgung eines Wohnquartiers	13
Der Dortmunder Hafen	14
Neukölln im Wandel	15
Zukunft des Einzelhandels in städtischen Randlagen	16
Die Mär von der Planbarkeit der Dinge	17
Minority Report	18
Entwicklungspotentiale des Planungsareals des ehemaligen Bergwerks Ost in Hamm-Herringen/Pelkum	19
IBA und igs Hamburg-Wilhelmsburg 2013	20
Online braucht Offline	21
Armutszuwanderung in Europa und kommunale Auswirkungen	22
Licht ins Graue bringen	23
F-Projekte	
Design neuer städtischer Immobilienquartiere in Bezug auf Nachhaltigkeit	24
Campus Lage egal? Nach dem Lernen in die Stadt!	25
Urban Resilience & Adaptation to Climate Change in Chennai, India	26
Open and Public Spaces in Hanoi	27
Fukuchiyama and Amagasaki: Shrinking Cities in Japan	28
Stadträumliche Verflechtung Bornheim und Seckbach in Frankfurt am Main	29
Wohnen mit Demenz	30
Erreichbarkeit von Gewerbeflächen im mittleren Ruhrgebiet	31
Planung für den Katastrophenfall	32
Städte und Gemeinden im ländlichen Raum	33
Bestandsentwicklung von Wohnquartieren mit privaten Immobilieneigentümern	34
M-Projekte WS 13/14	
Bestandsentwicklung von Wohnquartieren mit privaten Immobilieneigentümern am Beispiel der Alten Waldsiedlung in Marl-Hamm	35
Wohnwünsche und Reurbanisierung	37
Wohnsituation und Wohnwünsche junger Erwachsener in Dortmund	38
Die Auswirkungen von Bildung und Beruf auf die aktuellen und künftigen Wohnsituationen junger Erwachsener in Dortmund	39
Die Berücksichtigung der raumordnerischen Belange	40
Raum- und Umweltauswirkungen von Stromnetzen	42
Analyse und Bewertung der Raum- und Umweltauswirkungen ausgewählter Stromnetze (Hochspannungsleitungen) und Ableitung räumlicher Charakteristiken sowie Qualitäts- und Belastungsindikatoren für die gewählten Stromnetze	43
Analyse und Bewertung der Raum- und Umweltauswirkungen ausgewählter Hochspannungsleitungen	44
Stromnetzplanung im Zeichen der Energiewende	45
Re-Envisioning the Ruhr I	46
Re-envisioning the Ruhr II	47
Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung	48
Klimaanpassung und Gesundheitsförderung in der Stadtentwicklung	49
M-Projekte SS14	
Chancengleichheit unter Schrumpfungsbedingungen	50
Konzeptionelle Elemente für die Bewertung des Ruhrgebiets als UNESCO-Weltkulturerbe	51
Welterbe-Projekt: Zollverein und die industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet	52
Kulturelle Identität	53
Neues Klima in Dortmund-Hörde	54
Impressum	57

Räumliches Existenzminimum

Obdachlosigkeit in der Stadt der Würde



A01 Räumliches Existenzminimum:
Obdachlosigkeit in der Stadt der Würde

Endbericht

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. iur. Benjamin Davy
Berater: Univ.-Prof. Dr. iur. Klaus Joachim Grigoleit
Tutorin: Daniela Knoop

A-Projekt • Fakultät Raumplanung • TU Dortmund

Die Hauptaufgabe der Raumplanung besteht darin, durch Abwägung festzulegen, welche Nutzungen in welchen Teilräumen stattfinden sollen. Diese Inhaltsbestimmungen schließen jedoch auch viele Nutzungsmöglichkeiten aus. Planerische Festsetzungen, die keine alternativen Handlungsräume bieten, können bestimmte Personengruppen wie z.B. Obdachlose in ihren Existenzmöglichkeiten einschränken. Dadurch haben diese berechnigte Gründe sich von der Raumplanung gedemütigt zu fühlen. Obdachlose sind in besonderer Weise davon betroffen, da sie über keinen privaten Rückzugsort verfügen.

„Everything that is done has to be done somewhere. No one is free to perform an action unless there is somewhere he is free to perform it.“ Wenn den Obdachlosen der Zutritt zum öffentlichen Raum verwehrt wird, ist ihr räumliches Existenzminimum in Gefahr. Die Nicht-Sicherstellung ihres räumlichen Existenzminimums steht somit im Gegensatz zum städtebaulichen Leitbild der menschenwürdigen Umwelt. Dieses Leitbild umfasst alle Umweltgegebenheiten, „die für die Sicherheit, die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen von Bedeutung sind“.

Der Projektarbeit liegt in erster Linie der

Menschenwürdebegriff nach dem Philosophen Avishai Margalit zu Grunde. Nach seinem Buch „The Decent Society“ (1996) verlangt Avishai Margalit eine „Politik der Würde“ von den staatlichen Institutionen, dass sie „den Menschen, die ihrer Autorität unterstehen, keine berechtigten Gründe liefern, sich als gedemütigt zu betrachten“. Unter Demütigung ist die Verletzung der Selbstachtung zu verstehen. Zur Selbstachtung gehört insbesondere die Fähigkeit, sein menschliches Dasein nach der eigenen, vernünftigen Vorstellung eines guten und gelingenden Lebens auszurichten.

Damit gehört die Gewährleistung des räumlichen Existenzminimums zu den moralisch wie rechtlich gebotenen Aufgaben der Raumplanung.

Ortsbegehungen in den Innenstädten von Dortmund und Bochum, Experteninterviews mit den zuständigen Stadtplanungsämtern sowie Recherchen zu den ordnungsrechtlichen Bestimmungen dieser beiden Untersuchungsräume förderten allerdings ein anderes Bild zu Tage: Einige Bürger fordern offen und unverblümt den Einsatz von zum Liegen ungeeignetem Stadtmobiliar, unter erheblichem Mangel kostenloser öffentlicher Toiletten ist das Verrichten der Notdurft verboten, das Schlafen in der Öffentlichkeit ist verboten sowie selbst die Entnahme von Dingen aus städtischen Abfallbehältern unter Strafe steht.

Inhalt dieser Projektarbeit ist es, städtische Verhältnisse, die zum Nachteil von Obdachlosen sind, zu analysieren und darzustellen.

Informationen zum Projekt

Projekt A01 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Benjamin Davy (Lehrstuhl für Bodenpolitik, Bodenmanagement und kommunales Vermessungswesen); Klaus Joachim Grigoleit (Fachgebiet Raumplanungs- und Umweltrecht)

Europa in der Nachbarschaft

EU-Förderprojekte und Strukturwandel in der Region Ruhr



„Welchen Einfluss haben die mit EU-Strukturfonds geförderten Projekte auf den Strukturwandel des Ruhrgebiets?“ Mit dieser Frage beschäftigt sich die Projektgruppe A02. Hauptziel der Projektarbeit ist die Beantwortung der Forschungsfrage anhand von drei exemplarisch ausgewählten städtebaulichen Projekten: Dortmunder U, Phoenix See und Duisburger Innenhafen.

Hierzu muss auf die drei prägenden Begriffe der Forschungsfrage näher eingegangen werden. Seit dem 18. Jahrhundert bestimmt der Kohlebergbau wie auch die Stahl- und Eisenindustrie die wirtschaftliche und soziale Ausrichtung der Region Ruhr. Die Region entwickelt sich zu Zeiten der Industrialisierung zu einer der mächtigsten Wirtschaftsräume Europas und gehört mit etwa 3,8 Mio. Einwohnern zu einer der größten Ballungszentren Europas. Doch seit Ende der 1950er Jahre sinkt die Nachfrage an Ruhrkohle und das Schließen von Zechen und Stahlwerken ist die Folge, wodurch sich Probleme in der monostrukturell geprägten Region auftun. Damit beginnt der Prozess eines strukturellen Wandels. Veränderungen sind in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht spürbar. Folgen waren u.a. eine zunehmende Arbeitslosigkeit, der Wegzug von jungen und qualifizierten

Fachkräften, die Zunahme von Industriebrachen und ein deutlicher Imageverlust der Region. Jedoch ist der Strukturwandel ein stetig und niemals abgeschlossener Prozess, welcher am Weltmarkt orientiert ist. Diese Entwicklung wird durch technische und soziale Veränderungen verursacht. Nun wird versucht diesen Prozess des Wandels und seine dabei entstehenden Probleme in eine positive Richtung zu lenken. Wichtige Akteure bilden dabei die Kommune, das Land, der Bund und die EU, wie auch private Akteure, welche an der finanziellen und planerischen Umsetzung beteiligt sind.

Mit Hilfe von EU-geförderten städtebaulichen Projekten wird versucht, sich diesen Problemen anzunehmen und diese in eine Entwicklung in den vom strukturwandelbetroffenen Region anzustoßen. Das Ziel der EU-Förderung ist es, den Abbau von räumlichen Disparitäten und damit dem Zerfall der Städte, die Modernisierung und Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstrukturen z.B. in den Bereichen Kreativwirtschaft, Energiewirtschaft und Sicherheitstechnologien zu fördern. Bei der Analyse der von der Projektgruppe ausgewählten Projekte wurde insbesondere auf die Impulse und ihre Wirkungen auf das umliegende Quartier und die Stadt eingegangen. Schlechte Lebensbedingungen, kaum vorhandene soziale Strukturen und das Fehlen von wirtschaftlicher, kultureller und kreativer Infrastruktur charakterisierten die drei Projektstandorte zu Beginn der Projektrealisierung.

Die Absicht sich mit dem regionalen Strukturwandel zu beschäftigen liegt darin, ihn zu begreifen, zu verstehen und herauszufinden, mit welchen Konzepten und Maßnahmen man den negativen Auswirkungen des Strukturwandels begegnen kann. Inwiefern diese Projekte letztlich einen Anstoß liefern können, wird in diesem Bericht dargelegt.

Informationen zum Projekt

Projekt A02 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuer: Thorsten Heitkamp (Fachgebiet für Europäische Planungskulturen); Jacqueline Runje (Institut für Raumplanung)

Urbane oder suburbane Lebensweise

Städtische Neubaugebiete am nördlichen Rand von Dortmund



In der Stadtplanung und Stadtforschung wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts von der Reurbanisierung der Städte und damit von einer neuen und steigenden Wertschätzung der Stadt als Wohn- und Arbeitsort gesprochen. In den letzten Jahren sind in diesem Zusammenhang vermehrt Neubaugebiete in Randlagen entstanden. Auch die Stadt Dortmund wies großzügig Bauland für Ein- und Zweifamilienhäuser an den Stadtgrenzen aus. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich das Projekt A03 mit städtischen Neubaugebieten am nördlichen Rand von Dortmund anhand des konkret gewählten Beispielgebietes Erdbeerfeld im nordwestlichen Randbezirk Dortmund-Mengede.

Ziel der Projektarbeit war es, die Bedeutung städtischer Neubaugebiete in Randlage für Politik, Planer und Bewohner zu verdeutlichen. Hauptsächlich wurde dabei den Fragen nach der Zielgruppe, der Akzeptanz und neuen Einstellungen und Werthaltungen der Bewohner zum urbanen bzw. suburbanen Leben nachgegangen. Um diese Fragen zu beantworten, bestand der größte Teil der Projektarbeit darin, ab Januar 2014 narrative Interviews mit Experten und Bewohnern des Erdbeerfeldes zu führen. Ab dem zweiten Semester wurden die geführten Interviews ausgewertet und hinsichtlich

der Fragestellungen analysiert.

Über die Zielgruppe erfuhr die Projektgruppe von den Experten, dass, wie vermutet, junge Familien mit Kindern die Zielgruppe der Planer waren. Diese sollten innerhalb der Stadtgrenzen Dortmunds gehalten werden. Die geplante Zielgruppe bestätigte sich auch während der Interviews mit den Bewohnern des Erdbeerfeldes.

Zur Frage nach der Akzeptanz beziehungsweise der Nachfrage stellte sich heraus, dass die Vermarktung im Untersuchungsgebiet zunächst sehr gut verlief, mit der Zeit aber schleppender wurde. Die Planer betonten, dass der vierte Abschnitt erst vermarktet werde, wenn alle anderen Grundstücke verkauft seien.

Die Frage nach der Lebensweise forderte die meiste Analysearbeit und konnte im zeitlichen Rahmen der zwei Semester nicht klar beantwortet werden. Aus den Interviews mit den Bewohnern ging hervor, dass diese weder klassisch suburban noch urban eingeordnet werden können. Vielmehr stellte die Projektgruppe Mischformen der Lebensweise im Erdbeerfeld fest. Die Bewohner weisen Merkmale der urbanen sowie der suburbanen Lebensweise auf, die die Projektgruppe zum Teil überraschten.

Abschließend ist zum Projekt A03 zu sagen, dass es sicherlich lohnenswert wäre sich weiterhin mit der Frage nach der Lebensweise in randstädtischen Neubaugebieten auseinanderzusetzen und die auftretenden Mischformen weiter zu definieren.

Informationen zum Projekt

Projekt A03 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Carsten Manns (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie); Dmitri Domanski (LB)

Raumbilder und Planung

Die vielen Stimmen zum Ruhrgebiet



Pott, Fußball, rauchende Schornsteine, Metropole Ruhr, Stau auf den Autobahnen. Ist das alles das Ruhrgebiet oder doch nur Klischee? Verschiedenste Medien wie zum Beispiel Filme, Literatur, Zeitungen, oder Regionalpläne transportieren aktuell verschiedene Raumbilder und Wahrnehmungen des Ruhrgebietes. Die Vielfältigkeit der Region, auf die die „vielen Stimmen zum Ruhrgebiet“ anspielen, wurde in der Projektarbeit untersucht. Dazu ging die Gruppe folgender Fragestellung nach:

Wie wird das Ruhrgebiet durch Raumplanung als Medium, den Raumwissenschaften und in den Massenmedien definiert? Wie bewerten die Bewohner des Ruhrgebiets die daraus entwickelte Definition?

Die Projektgruppe hat analysiert, wie das Ruhrgebiet in der Raumplanung, in den Raumwissenschaften und in den Massenmedien dargestellt wird. Durch ein eigens entwickeltes Kategoriensystem wurden die ausgewählten Medien folglich untersucht. Oberkategorien des Systems waren Menschen, Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Landschaft, Siedlungsstruktur und Politik. Die Medienanalyse erfolgte so einerseits quantitativ. Die Materialien wurden in Untersuchungseinheiten unterteilt und jeweils einer Kategorie zugeordnet. So konnte das

Projekt letztendlich die Häufigkeiten der Kategorien messen. Die qualitative Analyse erfolgte durch das Festhalten der jeweiligen Inhalte. Diese zu interpretierenden Informationen formen das Raumbild Ruhrgebiet.

Im weiteren Verlauf der Arbeit hat das Projekt aus den einzelnen Darstellungen, aus den Massenmedien, der Raumplanung und den Raumwissenschaften, ein zusammenfassendes Raumbild des Ruhrgebiets synthetisiert – aus den „vielen Stimmen“ kreierte die Gruppe somit eine Neue. Durch Diagramme, erklärende Texte, Thesen und Bilder wurden die Ergebnisse der Analyse veranschaulicht. Die Überprüfung des Raumbildes wurde anhand eines teilstandardisierten Fragebogens durchgeführt. Dazu wurden Bewohner aus allen Städten und Kreisen des Ruhrgebiets befragt, ob sie den aufgestellten Thesen zustimmen oder nicht. Als Ergebnis der Umfrage lässt sich zusammenfassen, dass das von den Medien dargestellte Ruhrgebiet, welches durch die Thesen wiedergespiegelt wurde, von den Bewohnern des Ruhrgebiets insgesamt gut bewertet wurde.

Die Raumplanung möchte das räumliche Image des Ruhrgebiets verbessern. Dies kann man zum Beispiel anhand von Umnutzungen brachliegender Industrieflächen, dem Ausbau der Fahrradwege oder an der Entfaltung des Dienstleistungssektors erkennen. Dazu möchte die Projektgruppe im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Deswegen wurden aufgrund der Ergebnisse der Definition des Ruhrgebiets und der Auswertung des Fragebogens mögliche Denkanstöße für die Planung entwickelt. Beispielsweise ist aufzuführen, dass die Planung weiterhin großen Wert auf die Ausweisung und Pflege von Grünflächen legen sollte. Mehr Beachtung könnte die Planung der Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen schenken. Insgesamt kann man sagen, dass die Attraktivität des Raumes Ruhrgebiet noch erhöht und positiver dargestellt werden könnte, um das räumliche Image weiter aufzuwerten.

Informationen zum Projekt

Projekt A04 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Marian Günzel (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie); Thomas Terfrüchte (SPZ-Dekanat)

Das Wohnumfeld als Bewegungsraum

Zur Walkability Dortmunder Stadtteile



Ready to move? - Dortmund fördert Bewegung

Das Leitbild der Projektgruppe A05 ist Denkanstoß und Aufforderung zugleich. Sind Sie bereit, sich mehr zu bewegen? Das Auto mal stehen zu lassen und zu Fuß zu gehen oder einfach mal die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen? Die Menschen, die das Projekt befragt hat, haben diese Frage mit: „Ja klar, aber...“ beantwortet. Das Projekt A05 beschäftigte sich umfassend mit diesem „Aber“. Was hindert die Menschen daran, sich in Dortmund unabhängig vom motorisierten Individualverkehr zu bewegen? Der englische Begriff 'walkability' lässt sich ins Deutsche übersetzen als Bewegungs- beziehungsweise Fußgängerfreundlichkeit des näheren von Menschen belebten Umfelds (vgl. Rottmann u. Mielck 2013: 1f.). Ein bewegungsfreundliches Wohnumfeld kann viele Vorteile haben. Ist zum Beispiel ein qualitativ guter Supermarkt in der Umgebung, könnte das Auto einfach mal stehen gelassen werden und der Weg zu Fuß zurückgelegt werden.

Hauptgegenstand der Untersuchungen waren die drei vom Projekt ausgewählten Siedlungen 'Münsterstraße', 'Gartenstadt' und 'Phoenixsee' im Dortmunder Stadtgebiet. Diese boten mit ihren unterschiedlichen Siedlungsstrukturen ein breites und interessantes Spektrum. Die zentrale

Forschungsfrage der Projektarbeit lautete daher: „Welche Aspekte der Walkability, Gesundheit, Umwelt, Gleichberechtigung und Sicherheit, weisen die einzelnen Siedlungen auf?“. Die Sicherheit wurde in Bezug auf die Verkehrssicherheit und die Gefährdung durch Kriminalität betrachtet. Bei der Gleichberechtigung wurden sowohl das Verhältnis zwischen Verkehrsteilnehmern mit unterschiedlichen Fortbewegungsmitteln als auch die Voraussetzungen für Personengruppen mit speziellen Bedürfnissen (z.B. Barrierefreiheit) geprüft. Der Aspekt der Umwelt bezog sich auf den Einfluss einer attraktiv gestalteten Wohnumgebung auf die Walkability. Für den Schwerpunkt der Gesundheit wurde erarbeitet, welche Auswirkung eine erhöhte Körperaktivität im Alltag auf die Gesundheit verschiedener gesellschaftlichen Gruppen, unter anderem Senioren und Kinder, hat.

Die Projektarbeit teilte sich in zwei Phasen auf. Zuerst wurde mit Hilfe von Begehungen und Literaturrecherche die Bestandsaufnahme der drei Untersuchungsgebiete durchgeführt, während im darauffolgend die Befragung der Bewohner anstand. Damit wurde die Walkability in Dortmund aus der Außen- und Innenperspektive erhoben.

Ziel des A-Projektes war es, auf Grundlage der Ergebnisse der Erhebungen und der beantworteten Forschungs- und Untersuchungsfragen, eine Handlungsempfehlung für eine ideale Siedlung zu entwickeln. Für die Handlungsempfehlungen wurde die Gartenstadt als ein Gebiet mit besonderem Entwicklungspotential ausgewählt. Durch einen Rahmenplan und Lupen wurden Problemschwerpunkte und Veränderungsvorschläge kenntlich gemacht. Dazu zählten unter anderem der barrierefreie Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die Umgestaltung der öffentlichen Grünflächen. Die Maßnahmen sind zugleich auch Empfehlungen zur Gestaltung anderer Straßenräume, die die Nutzung des Motorisierten Individualverkehrs verringern und die Motivation zur unmotorisierten Bewegung steigern können.

Informationen zum Projekt

Projekt: A05 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Sabine Baumgart (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung); Heike Köckler (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung); Alexander Reichert (Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung)

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Siedlungsentwässerung in der Stadt Werdohl



In Deutschland lässt sich seit 2002 eine stetig abnehmende Bevölkerungszahl als ein Merkmal des sogenannten demografischen Wandels erkennen. Aufgrund dessen entstehen diverse Probleme im Bereich der technischen Infrastruktur. Diese zeigen sich unter anderem bei der Abwasserentsorgung, da viele Kläranlagen durch abnehmende Wassermengen nicht gänzlich ausgelastet sind und Kanäle zu wenig Abwasser transportieren, um eine optimale Funktionalität zu sichern. Besonders stark vom demografischen Wandel betroffen ist das Sauerland, wodurch sich die dort befindliche Stadt Werdohl als Fallbeispiel für die ProjektteilnehmerInnen des Anfängerprojektes zur Untersuchung und Bearbeitung der Folgen des demografischen Wandels auf die dortige Siedlungsentwässerung anbietet.

Die Projektgruppe hat sich anhand der Forschungsfrage „Wie sehen die siedlungsstrukturellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für naturnahe Entwässerungssysteme in Werdohl aus?“ das Ziel gesetzt, ein Konzept für die Integration naturnaher Entwässerungssysteme in Werdohl zu entwickeln. Vorteile naturnaher, dezentraler Systeme sind unter anderem die Flexibilität in Bezug auf die sich verändernde Bevölkerungsstruktur, eine leichte

Realisierbarkeit sowie eine nachhaltigere Bewirtschaftung. Voraussetzung für diese Vorhaben ist das Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) der Stadt, welches die Anpassung der Kanalrohre an die zukünftigen Begebenheiten beinhaltet. Das ABK wird im Jahr 2014 überarbeitet, wodurch sich der Zeitpunkt für Änderungsvorschläge, die sich aus der Projektarbeit entwickeln, besonders anbietet.

Inhalt des Konzeptes ist eine Handlungsempfehlung für das Tiefbauamt der Stadt Werdohl. Diese enthält in Form einer Broschüre die zentralen Ergebnisse der Projektarbeit. Schwerpunkt bilden hierbei zwei Beispielflächen, die während mehrerer Ortsbegehungen erhoben und anhand von Kriterien wie der Flächengröße oder den topografischen Verhältnissen ausgewählt wurden. Auf diesen wird jeweils eine Anlage zur naturnahen Siedlungsentwässerung geplant. Dabei hat sich die Projektgruppe für die beiden Anlagentypen der Muldenversickerung (Niederschlagwasser) sowie des vertikal bepflanzten Bodenfilters (häusliches Abwassers) entschieden. Außerdem wurde eine Bevölkerungsbefragung zum Thema Siedlungsentwässerung durchgeführt, die ergab, dass der Großteil der Bevölkerung einen geringen Wissensstand über die Thematik aufweist. So kann dem Tiefbauamt ein Einblick gegeben werden, welche Informationen der Bevölkerung kommuniziert werden sollten. Unterstützt wird die Handlungsempfehlung durch einen Konzeptplan, der die Beispielflächen detaillierter präsentiert und im Stadtgebiet verortet. Er enthält Fotos und Erläuterungen zu den jeweiligen Flächen und deren geplanter Nutzung. Somit stellt die Handlungsempfehlung dem Tiefbauamt der Stadt Werdohl eine gute Basis zur Umsetzung der Ideen dar und bietet eine umfassende Grundlage und Anregungen für zukünftige Projekte im Bereich der nachhaltigen Siedlungsentwässerung.

Informationen zum Projekt

Projekt A06 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Marlit Haber (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung); Petra Matil (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung); Jürgen Schultze (LB)

Ein hipbes Quartier im veralteten Gewand?!

Verkehrsplanung und Verkehrsraumgestaltung im Wittener Wiesenviertel



Ein hipbes Viertel im veralteten Gewand?

Da stellt sich zunächst einmal die Frage, was ein hipbes Quartier ist. Tatsächlich war das Wittener Wiesenviertel trotz des nahen Bahnhofs und der zentralen Lage von Leerständen und einer rückläufigen Anzahl an inhabergeführten Geschäften geprägt. Seit ca. zwei Jahren ändert sich dieses Bild allerdings zunehmend. Im Wiesenviertel wurde durch das Stellwerk e.V. ein Quartiersmanagement angestoßen, welches diesen Problemen entgegenwirken sollte, indem es die Zukunft der ansässigen Geschäfte sichert und das Viertel für Kunden und Geschäftsinhaber wieder attraktiv macht. Als Resultat der Bemühungen des Stellwerk e.V. begann sich eine kreative Szene im Viertel zu entwickeln, wodurch Studenten und junge Menschen angezogen werden.

Das Stellwerk e.V. ist ein Zusammenschluss von Fotografen, Grafikern, Künstlern und Kulturmanagern, deren Ziel es ist, das Viertel durch innovative Kulturprojekte wieder neu zu beleben. Dieser Wandel und die dadurch gesteigerte Attraktivität stellen verschiedenste Herausforderungen an den Verkehrsraum bzw. an das veraltete Gewand des Viertels. Das letzte umfassende

Verkehrsraumkonzept für das Wiesenviertel stammt aus den 1980er Jahren, welches für die veränderten Ansprüche, die sich aus dem Imagewandel ergeben, zum Teil nicht mehr zeitgemäß ist. So nimmt z.B. die Anzahl an Verkehrsteilnehmern im Viertel zu. Aktuelle Themen wie z.B. die Barrierefreiheit des Verkehrsraums waren in den 1980er Jahren noch nicht Bestandteil der Verkehrsplanung. Auch der Bau der StadtGalerie im Jahr 2009 konnte nicht berücksichtigt werden, erzeugt aber Liefer- und Parksuchverkehr.

Hierzu hat das Projekt in den vergangenen Monaten u.a. Interviews mit den Anwohnern und Geschäftsinhabern sowie Analysen zur Barrierefreiheit, Oberflächenbeschaffenheit der Gehwege und Fahrbahnen oder Geschwindigkeitsmessungen im Viertel durchgeführt. Um einen Einblick in die Projektarbeit geben zu können, präsentierte das Projekt im Rahmen des Wiesenviertelstammtisches die bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Ergebnisse. Der Wiesenviertelstammtisch wird regelmäßig vom Stellwerk e.V. organisiert und behandelt mit den ansässigen Geschäftsinhabern aktuelle Themen im Wiesenviertel.

An zwei zentralen, wichtigen Straßenzügen im Viertel hat das Projekt auf Basis der Analysen jeweils zwei Konzepte erarbeitet, um die aktuell vorliegenden Mängel zu beseitigen. Diese Maßnahmen sind von verkehrsplanerischer als auch gestalterischer bzw. kreativer Art. Zudem hat das Projekt diese Maßnahmen untereinander verglichen und bewertet. Die so erarbeiteten Ergebnisse werden im Rahmen der Disputation vor einer Prüfungskommission vorgestellt, wozu die Projektgruppe die ansässigen Geschäftsinhaber, interessierte Anwohner, die Presse und das Stellwerk e.V. einlädt.

Informationen zum Projekt

Projekt A07 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Karin Kirsch (Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung); Andreas Müller (Fakultät Architektur und Bauwesen, Lehrstuhl Baugrund-Grundbau)

Wärmeversorgung eines Wohnquartiers

Was ist technisch realisierbar, umweltfreundlich, kostengünstig und bewohnerakzeptiert?



„Raus aus der teuren Fernwärme“

Schlagzeilen wie diese aus der Westfälischen Rundschau vom 29.06.2009 zeugen von der aktuellen Problemstellung im Quartier „Berliner Allee“ in Unna-Königsborn. Nach Beschwerden der Mieter über massive Heizkostensteigerungen kündigte die Wohnungsgenossenschaft Spar- und Bauverein Dortmund e.G. (SBV) gemeinsam mit den anderen Eigentümern der Mehrfamilienhäuser im Quartier den langjährigen Fernwärmevertrag mit RWE zum 01.04.2015.

Das Projekt A08 hatte die Aufgabe, den SBV bei der Suche nach einem neuen Wärmeversorgungssystem zu unterstützen. Dazu verschaffte sich das Projekt zunächst einen Überblick über alle gängigen Wärmeversorgungssysteme und mögliche Brennstoffe und fertigte Steckbriefe an, welche die wichtigsten technischen Daten und zu beachtenden rechtlichen Aspekte zu den Wärmeversorgungssystemen zusammenfassen. Die Steckbriefe bildeten die Grundlage für die weitere Forschungsarbeit. Daraufhin untersuchte das Projekt, welche dieser Wärmeversorgungssysteme im Untersuchungsgebiet technisch realisierbar sind. Der Wärmebedarf wurde ermittelt und für jedes Wärmeversorgungssystem wurde geprüft, ob die zur Installation notwendigen Voraussetzungen im Quartier gegeben sind. Auf Grundlage

dieses Untersuchungsschritts konnten dann einige Wärmeversorgungssysteme ausgeschlossen werden. So wurden z.B. Heizöfen als nicht mehr dem Stand der Technik entsprechend eingestuft, Systeme mit Biogasanlagen ausgeschlossen, weil diese im Außenbereich einer Stadt privilegiert sind oder tiefe Geothermie aufgrund der für ein Wohngebiet zu großen Bohrrisiken ausgeschlossen.

Um die Vor- und Nachteile der noch in Betracht kommenden Wärmeversorgungssysteme herauszuarbeiten, wurden diese im nächsten Untersuchungsschritt hinsichtlich der drei vom Projekt festgelegten Untersuchungsaspekte Umweltverträglichkeit, Kosten und Bewohnerakzeptanz bewertet. Alle Begriffe wurden zunächst definiert und anhand von geeigneten Indikatoren messbar gemacht. Danach erfolgte die Bewertung auf Grundlage von Daten aus Fachliteratur und aktueller Studien zum Thema. Aussagekräftige Bewertungsergebnisse wurden auch durch eine unterschiedlich starke Gewichtung der einzelnen Indikatoren erreicht. Auf diese Weise konnten auch die Prioritäten der Bewohner in der Bewertung mit berücksichtigt werden. Laut Einschätzung des örtlichen Quartiermanagers, den das Projekt interviewt hat, sind diese vor allem an niedrigen Heizkosten interessiert und wären bereit, dafür höhere Umweltbelastungen und umfangreiche Umbaumaßnahmen in Kauf zu nehmen.

Das Projekt ermittelte also das jeweils umweltverträglichste, kostengünstigste und von den Bewohnern am meisten akzeptierte Wärmeversorgungssystem. Danach erfolgte eine Gesamtbewertung, in welcher alle drei Aspekte gleichermaßen berücksichtigt wurden. Als Ergebnis stellten sich Gebäudezentralheizungen mit dem Brennstoff Holzhackschnitzel heraus, welche zur Deckung des Warmwasserbedarfs mit Solarthermie kombiniert werden sollen. Grund für dieses Gesamtergebnis sind u.a. die niedrigen Brennstoffkosten, welche auch zu niedrigen Heizkosten für die Bewohner führen sowie die durch die ausschließliche Verwendung von regenerativen Energieträgern hohe Umweltverträglichkeit.

Informationen zum Projekt

Projekt A08 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Philipp Timpe (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung);
Nadine Mägdefrau (Institut für Raumplanung);

Der Dortmunder Hafen

Potential für eine Stadt am Wasser?



Nach dem Rückgang der Montanindustrie entwickelte sich der Dortmunder Hafen in den vergangenen 50 Jahren zu einem Logistik- und Industriestandort von überregionaler Bedeutung und ist für die Dortmunder Wirtschaft als Industriegebiet am Hafen von hoher Relevanz. Die Dortmunder BürgerInnen hingegen nehmen den Hafen nicht oder nur als einen Transitraum ohne jegliche Aufenthaltsqualitäten wahr. Eine Öffnung des Hafens für die Öffentlichkeit durch verschiedene neue Nutzungsmöglichkeiten oder Umgestaltungen könnte diesen wieder in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken und eine Attraktivitätssteigerung mit sich ziehen. Vor allem die angrenzende Dortmunder Nordstadt, könnte von einer Aufwertung des Gebiets profitieren.

Der östliche Teil des Dortmunder Hafens, der Bereich des Stadt- und Schmiedinghafens, besitzt das größte Potential für eine Umstrukturierung. Zum einen bietet er Freiflächen sowie einen großen Bestand an alten Speichergebäuden, die teilweise Leerstände aufweisen. Zum anderen besteht, durch die angrenzenden Wohnviertel der Dortmunder Nordstadt, die Nähe zu belebteren Gebieten und zur Innenstadt.

Die Untersuchungen der Projektarbeit orientieren sich demnach an der Fragestellung: "Welche

Nutzungsmöglichkeiten und Umgestaltungen sind realisierbar, damit der Dortmunder Stadt- und Schmiedinghafen für verschiedene Zielgruppen an Attraktivität gewinnt?"

Vor allem wurden Nutzungsmöglichkeiten wie beispielsweise Freizeiteinrichtungen, Gastronomie, eine Kunst- und Kulturszene oder Büronutzung in Betracht gezogen. Hierzu wurden verschiedene Aspekte betrachtet. Die räumlichen Gegebenheiten im Untersuchungsgebiet wurden in Bestandsaufnahmen hinsichtlich der Themen Verkehr/öffentlicher Raum, Freiflächen, Bausubstanz und Freizeitmöglichkeiten erfasst. Mittels einer Interessenerhebung wurden die Anforderungen der Zielgruppen an einen attraktiven Hafen erhoben. Zu den Zielgruppen zählen sowohl die direkten AnwohnerInnen, die NordstadtbewohnerInnen und die BürgerInnen Dortmunds und der Umgebung als auch die Bestandsunternehmen und gewerblichen Neuansiedlungen. Dazu wurden ExpertInneninterviews geführt, durch welche deutlich wurde, dass es verschiedene Ansichten zum Hafen gibt. Die eine Seite, beispielsweise die Dortmunder Hafen AG, strebt eher einen Ausbau der industriellen Nutzung an und hält an dem Industriegebiet fest, welches durch keinerlei neue Nutzung beeinflusst werden sollte. Dahingegen befürwortet die andere Seite, wie zum Beispiel die Wirtschaftsförderung Dortmund und die meisten anderen InterviewpartnerInnen, eine Umstrukturierung des Hafens.

In einer SWOT-Analyse wurden die Erkenntnisse aus beiden Bestandsaufnahmen zusammengeführt und ausgewertet. Vor allem Freizeitangebote und Flächen mit Aufenthaltsqualitäten sind gewünscht und realisierbar. Eine Umstrukturierung könnte so den Hafen in Zukunft zu einem attraktiven und lebendigen Ort machen.

Aus den Ergebnissen der Auswertung wurden weiterführend verschiedene Entwicklungsperspektiven erstellt, die mögliche Zukunftsszenarien darstellen.

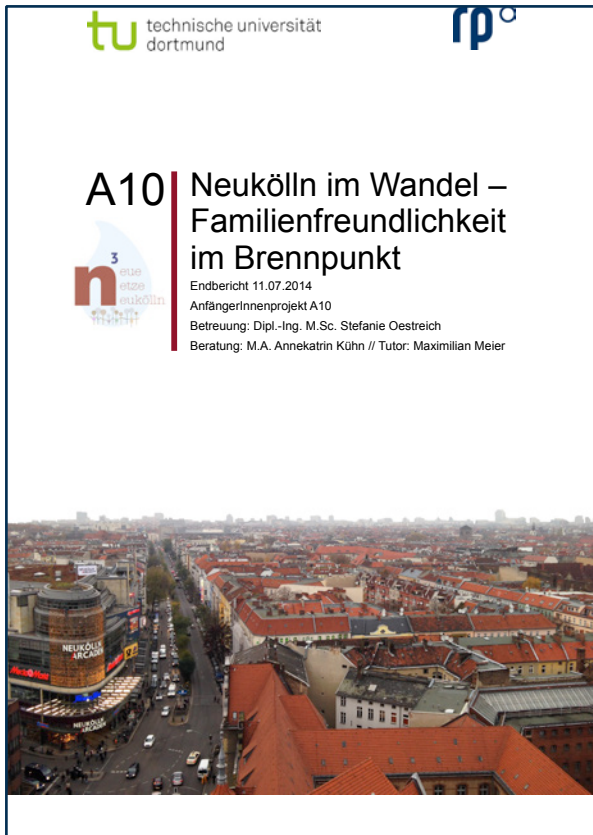
Informationen zum Projekt

Projekt A09 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Ulla Greiwe (SPZ-Dekanat);
Susanne Frank (Fachgebiet Stadt- und
Regionalsoziologie)

Neukölln im Wandel

Familienfreundlichkeit im Brennpunkt



Das Projekt A10 der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund beschäftigt sich im Studienjahr 2013/2014 mit der Thematik „Neukölln im Wandel – Familienfreundlichkeit im Brennpunkt“. Der Untersuchungsraum des Projektes ist somit der Ortsteil Neukölln, zum besseren Verständnis der nördlichen Teil des gleichnamigen Bezirkes Neukölln. Der Bezirk grenzt im Westen an Tempelhof-Schöneberg, im Norden an Friedrichshain-Kreuzberg, im Osten an Treptow-Köpenick und im Süden an den Ortsteil Britz. Ziel der Projektgruppe ist es, ein Handlungskonzept für den Ortsteil zu entwerfen, das einen Beitrag zur Familienfreundlichkeit leisten soll. Potenzialflächen für dieses Konzept stellen die Kanalufer und angrenzenden Flächen des Landwehrkanals und des Neuköllner Schiffahrtskanal dar.

Der Norden Neuköllns ist ein hochverdichteter Innenstadtbereich mit hohem Anteil an Kindern in der Einwohnerverteilung. Zusätzlich ereignet sich in den letzten Jahren ein durch das Bevölkerungswachstum bedingter Wandel durch die Wohnraumknappheit in Berlin. Die Wohnbaupotenzialstudie, welche mögliche Wohnfolgeeinrichtungen im Ortsteil aufzeigt, diente als Einstieg in die Projektarbeit. Das theoretische Grundwissen durch

vorangegangene Referate der für Neukölln relevanten Themen und visuelle Ortsvorerkundungen dienten dazu, eine thematische Grundlage für die Projektmitglieder zu erarbeiten. Darauf aufbauend verschafften sich die ProjektteilnehmerInnen im Rahmen der ersten Exkursion im November 2013 einen Einblick in die derzeitige Situation des Ortsteiles. Die gesammelten Erfahrungen in der Exkursion durch eigene Kartierungen und Expertengespräche führten dazu, dass die Projektgruppe ihre Forschungsfrage aufstellte: „Wie können Potenzialflächen in Nord-Neukölln den Ortsteil familienfreundlicher gestalten?“. Dabei ist das Leitbild der Projektarbeit die Familienfreundlichkeit, die von großer Bedeutung für das Handlungskonzept der Projektgruppe ist.

Zur Bearbeitung der Forschungsfrage beschäftigt sich das Projekt mit dem Themenblock der Familienfreundlichkeit, woraus die Indikatoren für die Bestandsaufnahme resultieren, um den Bezug zu Nord-Neukölln herzustellen und ein Urteil über den aktuellen Stand der Gegebenheiten vorzunehmen. Die Kategorien Familie, Infrastruktur, Grünflächen, Wechselwirkung Stadt und Familie, Reurbanisierung der Städte, Wohnraumsprüche von Familie und weitere bilden dabei die Basis für diese Indikatoren. Folgend wurde eine dazugehörige Bestandsanalyse des Untersuchungsraumes Nord-Neukölln durchgeführt. Resultat dieser Bestandsanalyse ist zum einen die Auswahl des Neuköllner Kanalufers als Potenzialflächen und zum anderen die Einschätzung der Gegebenheiten und eventuellen aufgezeigten Defizite im Ortsteil. Ergebnis ist es, mit den in der zweiten Exkursion im Mai 2014 gesammelten Erkenntnissen durch leitfadensbasierten Experteninterviews ein eigenes Handlungskonzept nach selbst erstellten Leitfäden für Nord-Neukölln zu entwickeln. Das Handlungskonzept „N³ - Neue Netze Neukölln“ der Projektgruppe präsentiert Maßnahmen als Vorschläge und Empfehlungen, um das Kanalufer familienfreundlich zu gestalten.

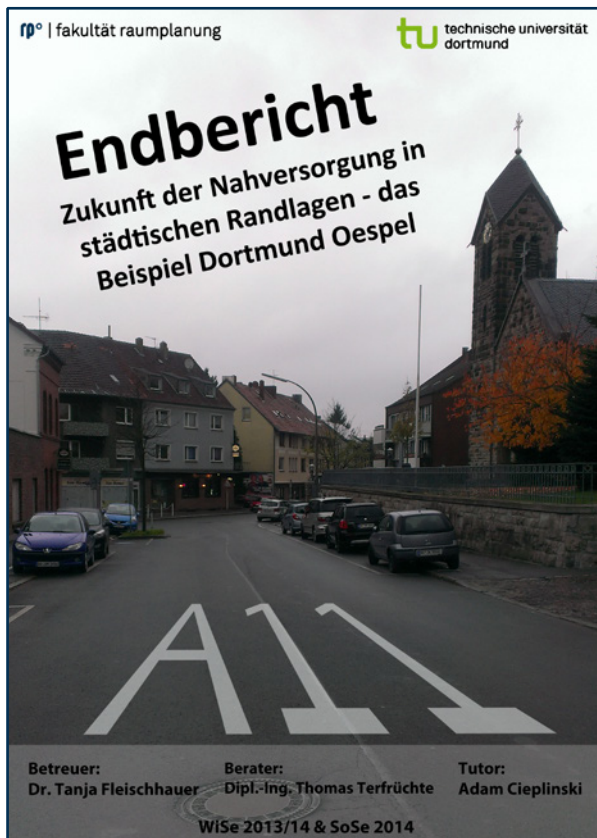
Informationen zum Projekt

Projekt A10 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Stefanie Oestreich (SPZ-Dekanat);
Annekatriin Kühn (Fachgebiet Stadt- und
Regionalsoziologie)

Zukunft der Nahversorgung in städtischen Randlagen

Das Beispiel Dortmund Oespel



Dortmund Oespel ist ein Stadtteil mit 4.290 Einwohnern (Stadt Dortmund 2013: 38) im Westen Dortmunds. Im Masterplan „Einzelhandel der Stadt Dortmund“ von 2013 wird Dortmund Oespel als Nahversorgungszentrum eingeordnet (vgl. Junker & Kruse 2013: 397), weshalb die fußläufig erreichbare Nahversorgung dort einen sehr hohen Stellenwert erlangt. Einen besonderen Charakter erhält der Stadtteil durch seine städtische Randlage und durch den angrenzenden „Indupark“, welcher ein Sondergebiet mit großflächigem Einzelhandel und Gewerbe ist, der teilweise zum Stadtteil gehört.

Das Projekt hat sich mit der Nahversorgungssituation in Oespel beschäftigt und diese analysiert. Als Grundlage wurden die bisherigen Entwicklungslinien im deutschen Einzelhandel skizziert und mit der Nahversorgungsstruktur Oespels verglichen. Des Weiteren wurde eine Vollerhebung der nahversorgungsrelevanten Struktur vorgenommen; die Ergebnisse wurden in einer Kartierung des Stadtteils Oespel und des Sondergebiets „Indupark“ festgehalten. Neben dem Stadtteil Oespel wurde auch die Nahversorgung in dem angrenzenden Stadtteil Kley untersucht, um so die Nahversorgungssituation in den beiden Ortsteilen zu vergleichen und damit Rückschlüsse auf die Nahversorgungssituation in

Oespel zu erlangen. Das Ergebnis der Untersuchung zeigte, dass das Nahversorgungszentrum Oespel seiner fußläufig erreichbaren Nahversorgungsaufgabe nur noch zum Teil gerecht wird.

Ziel des Projektes war es, eine Handlungsempfehlung für Oespel aufzustellen, die sich an folgender Forschungsfrage orientiert: Wie kann Oespel auf die veränderte Einzelhandelsstruktur reagieren und langfristig die zurzeit noch gegebene Nahversorgung sichern? Unter dem Begriff Oespel sollten neben den Einwohnern auch die Gemeinden, Vereine und die Stadt Dortmund angesprochen werden. Als Grundlage wurden zeitgleich in allen drei Untersuchungsgebieten Befragungen zum Thema Nahversorgung durchgeführt, um so Ergebnisse über das Einkaufsverhalten und die verschiedenen Bedürfnisse der unterschiedlichen Altersstufen zu erhalten. Die gewonnenen Ergebnisse wurden mit Hilfe einer SWOT-Analyse festgehalten, um so die Stärken und Schwächen, aber auch die Risiken und Chancen der drei Untersuchungsgebiete darzustellen. Dabei wurde insbesondere die Aufenthaltsqualität als Stärke des Ortsteils und die Leerstände vieler Geschäfte als Schwäche erarbeitet. Die anschließend auf Basis der Analyse und eines World-Cafés mit Bewohnern der Ortsteile erarbeiteten Aspekte setzen sowohl an den Stärken als auch den Schwächen direkt an. Außerdem wurden auch verschiedene Experteninterviews geführt, um so Grundlagen in Steuerungsmöglichkeiten und weitere Anregungen für mögliche Handlungsempfehlungen zu erhalten.

Mit Hilfe der Anregungen, Ideen und Wünsche hat das Projekt aufbauend auf der eigenen Analyse und unter Berücksichtigung der Aspekte des World Cafés eine Handlungsempfehlung für Oespel aufgestellt, die sich in die drei Kategorien „Aufenthaltsqualität verbessern“, „Gemeinschaftsgefühl stärken“ und die noch gegebene „Nahversorgung sichern“ gliedern lässt. Die Handlungsempfehlung wurde den betroffenen Einwohnern, Gemeinden, Vereinen und auch der Stadt präsentiert.

Informationen zum Projekt

Projekt A11 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Tanja Fleischhauer (Dekanat Raumplanung); Thomas Terfrüchte (SPZ-Dekanat)

Die Mär von der Planbarkeit der Dinge

Wie kann die „Soziale Stadt“ die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung beeinflussen?



Inwieweit lassen sich aktuelle Bevölkerungsveränderungsprozesse im Quartier (z.B. Gentrifizierung, Schrumpfung) auf durch Planung initiierte Maßnahmen zurückführen? Das Anfängerprojekt A12 beschäftigt sich mit dem möglichen Einfluss des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ auf die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung und stellte diesbezüglich folgende Forschungsfrage auf: „Wie wurden die Potentiale der Sozialen Stadt zur Entwicklung der Bevölkerungsstrukturen in verschiedenen Fallbeispielen ausgeschöpft? – Eine Orientierung an Projekten der Sozialen Stadt“. Nach der Erarbeitung der beiden Themenblöcke der Bevölkerungsveränderung und der Planung auf der theoretischen Ebene sowie der darauffolgenden Verknüpfung dieser beiden Bereiche, die den theoretischen Einfluss der Programme der Städtebauförderung aufzeigt, stellte sich das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt als Fokus der Projektarbeit heraus, da dieses den Schwerpunkt auf Bevölkerung legt. Am Ende der Bearbeitung der theoretischen Themenblöcke erfolgte der Übergang in den praktischen Teil der Projektarbeit, in dem die Projektgruppe mithilfe der Wirkungsanalyse

Veränderungen der Bevölkerungsstruktur evaluiert und anhand dessen ein eigenes Meinungsbild erstellt hat. Um die in der Theorie aufgestellten Behauptungen über den Einfluss der Sozialen Stadt verifizieren oder falsifizieren zu können und reelle Anhaltspunkte zu erhalten, wurden vier Fallbeispiele nach einem selbst aufgestellten Kriterienkatalog ausgewählt.

Als Fallbeispiele dienten die Soziale-Stadt-Gebiete Aachen-Nord, Duisburg-Bruckhausen, Berlin-Prenzlauer Berg Helmholtzplatz und Braunschweig-Westliches Ringgebiet. Diese wurden hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und auf den Einfluss der angewandten Instrumente und durchgeführten Maßnahmen der Sozialen Stadt untersucht. Dann wurde evaluiert, wie die Potentiale der Gebiete durch die gesetzten Ziele ausgeschöpft wurden. Des Weiteren wurde aufgezeigt, welche externen Einflüsse Veränderungen der Bevölkerung zur Folge haben können und inwieweit diese die Ausgangslage der Bevölkerung beeinflussen. Die Fallbeispiele wurden zunächst einzeln und dann in zwei Paaren evaluiert. Dabei bildeten Aachen-Nord und Duisburg-Bruckhausen sowie Berlin-Prenzlauer Berg Helmholtzplatz und Braunschweig-Westliches Ringgebiet jeweils ein Paar, da diese aus Sicht der Projektgruppe anhand ihrer gegebenen Rahmenbedingungen annähernd miteinander vergleichbar sind. Die Evaluierung der Sozialen Stadt in den ausgewählten Fallbeispielen hat gezeigt, dass das Programm zwar Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung haben kann, allerdings nicht direkt. Es kann nur Anreize bzw. Rahmenbedingungen für die Bevölkerung schaffen, da sie nur bauliche Strukturen verändern kann und dadurch die Bevölkerung indirekt beeinflusst wird. Dabei müssen die individuellen Rahmenbedingungen und externen Faktoren beachtet werden, da diese dem Einfluss der Sozialen Stadt Grenzen setzen können. Außerdem kann das Programm nach dessen Ablauf Anstöße für weitere Maßnahmen durch Akteure vor Ort schaffen und Kooperationen zwischen Initiativen und Verbänden fördern.

Informationen zum Projekt

Projekt A12 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Frank Schulz (Dekanat Raumplanung); Christian Lamker (SPZ-Dekanat)

Minority Report

Beteiligung nationaler Minderheiten an der Stadtplanung



Das Projekt A13 befasste sich mit der Beteiligung nationaler Minderheiten an der Stadtplanung. In Deutschland gibt es vier nationale Minderheiten: die friesische Volksgruppe, die dänische Minderheit, die sorbische Volksgruppe und die Volksgruppe der Sinti und Roma. Die nationalen Minderheiten genießen eine rechtliche Sonderstellung in Deutschland, welche unter anderem durch das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten festgelegt ist. Durch die Aufnahme der Sinti und Roma als nationale Minderheit in die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung wurden auch sie rechtlich mit den anderen nationalen Minderheiten gleichgestellt. Dies war der Anlass für die Projektgruppe, sich mit der Minderheitenpolitik in Bezug auf Stadtentwicklungsprozesse in Schleswig-Holstein zu befassen, da dort das traditionelle Siedlungsgebiet von friesischer Volksgruppe, dänischer Minderheit und den Sinti und Roma ist.

Zunächst eignete sich die Projektgruppe Basiswissen an, um einen näheren Einblick in die Thematik zu bekommen. Auf Grundlage dessen wurde die Forschungsfrage „Wie kann ein Stadtraum geschaffen werden, der nationale Minderheiten und Mehrheiten gleichberechtigt integriert?“ erarbeitet. Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurden

zwei Qualitätsziele und darauf folgend zwei Handlungsziele definiert. Für das erste Qualitätsziel „Nationale Minderheiten sollen gleiche Chancen auf Beteiligung im Rahmen der Stadtentwicklung erhalten“ wurde das Handlungsziel gesetzt, einen Methodenkatalog zu entwickeln. Zunächst wurden durch Internet- und Literaturrecherche Informationen über die nationalen Minderheiten gesammelt. Des Weiteren wurden im Rahmen einer Exkursion nach Flensburg Experteninterviews geführt. Anhand der so zusammengetragenen Ergebnisse wurden Charakteristika herausgearbeitet, welche für die Partizipation von nationalen Minderheiten besonders wichtig sind. Parallel dazu wurden Partizipationsmethoden recherchiert, welche diese Charakteristika berücksichtigen. Da es nach Ansicht der Projektgruppe keine ideale Methode gab, um das Qualitätsziel zu erreichen, wurden neue Beteiligungsmethoden entwickelt, welche die gleichberechtigte Partizipation von nationalen Minderheiten und der Mehrheitsbevölkerung gewährleisten sollen. Die Vorgehensweise der Methoden stellt sicher, dass mögliche aufkommende Probleme bei der Beteiligung umgangen werden. Für das zweite Qualitätsziel „Nationale Minderheiten sollen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Bedürfnisse und Interessen im Stadtraum zu verwirklichen“, wurde das Handlungsziel angestrebt, einen Bedürfnisse-Interessen-Maßnahmen-Katalog zu erarbeiten. Dieser soll eine Hilfestellung für Planerinnen und Planer sein, welche die Bedürfnisse und Interessen von nationalen Minderheiten im Stadtraum verwirklichen wollen.

Anhand von im Vorfeld von der Projektgruppe recherchierten Projektbeispielen und der Auswertung der Experteninterviews wurden Maßnahmen zur Umsetzung analysiert. Diese sind nach den raumbezogenen Themenfeldern Erhalt der Kultur, Kulturelle Präsenz, Partizipation, Bildung, Toleranzförderung, Arbeit und Wohnen geordnet und werden übersichtlich in einem Katalog dargestellt.

Informationen zum Projekt

Projekt A13 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Alexandra Sinz (Fachgebiet Raumplanungs- und Umweltrecht); Kristina Meyer (Fachgebiet Raumplanungs- und Umweltrecht)

Entwicklungspotentiale des Planungsareals des ehemaligen Bergwerks Ost in Hamm-Herringen/Pelkum



Am 30. September 2010 endete mit der Schließung des Bergwerks Ost die über hundertjährige Geschichte des Steinkohlebergbaus in der Stadt Hamm. Das Ende der subventionierten Förderung von Steinkohle bis zum Jahr 2018 hatte für viele Städte in Nordrhein-Westfalen und speziell für das Ruhrgebiet weitreichende Auswirkungen. Die Projektgruppe A14 beschäftigt sich mit den Entwicklungspotentialen des Planungsareals des ehemaligen Bergwerks Ost in Hamm. Das Planungsareal befindet sich im Südwesten der kreisfreien Stadt Hamm im östlichen Ruhrgebiet zwischen den Stadtteilen Herringen und Pelkum. Das Gelände umfasst ca. 55 Hektar, zusätzlich befinden sich zwei Abraumhalden in der direkten Umgebung. Für den Unterhalt der geschlossenen Zeche ist gegenwärtig die RAG verantwortlich. Bis 2015 ist es der Stadt Hamm möglich, durch Konzepte für eine Nachnutzung den bevorstehenden Abriss der Gebäude zu verhindern. Im Falle eines Abrisses wäre eine volle Ausschöpfung des Geländepotentials nicht mehr gewährleistet. Die Schließung des Bergwerks hat nicht nur für die angrenzenden Stadtteile Herringen und Pelkum bis heute Folgen hinterlassen, sondern auch für die demographische und soziale Struktur der gesamten Stadt Hamm. Zu den Konsequenzen zählen u.a Arbeitsplatzverluste und eine wirtschaftliche Umstrukturierung. Das Leitbild ‚Schichtwechsel im Bergwerk Ost - Mit neuen Impulsen die Umgebung des Planungsareals für eine gemeinsame Zukunft stärken‘ soll

das Hauptanliegen der Projektgruppe verbildlichen, dass ein Umbruch auf dem Bergwerksgelände stattfinden soll. Es wurde dazu bewusst eine Begrifflichkeit aus der Bergwerkskultur aufgegriffen. Die Ziele konkretisieren dabei das Leitbild, diese lauten: ‚Gesellschaft mobilisieren‘, ‚Begegnung ermöglichen‘, ‚Stadtteile verbinden‘, ‚Ökonomische Impulse setzen‘, ‚Identität schaffen‘ und ‚nachhaltig gestalten‘. Neben einer Ortsbegehung führte die Projektgruppe auch Experteninterviews mit Vertretern der Stadt Hamm sowie der RAG durch. Die Situation in den umliegenden Stadtteilen wurde ebenfalls untersucht. Eine durchgeführte Bürgerbefragung hatte den Zweck, einen Eindruck zu bekommen, ob die Bewohner der Stadtteile Herringen und Pelkum Interesse an einer Nachnutzung des Bergwerksgeländes haben und in welcher Richtung sie sich diese vorstellen könnten. Die Ergebnisse der Untersuchungen bildeten die Grundlage für das zu erstellende Konzept, aber auch die Ergebnisse der Befragung beeinflussten dieses. Der im Vorfeld erstellte MCB-Plan, welcher besondere Potentiale und Mängel auf dem Planungsareal und in der Umgebung darstellt, diente auch als Grundlage für die endgültige Konzeptionierung. Das aufgestellten Leitbild und die Ziele waren die Vorlage, nach der konzeptionelle Ideen entwickelt wurden. Das Konzept berücksichtigt sowohl die Potentiale auf dem Planungsareal als auch in den angrenzenden Stadtteilen Herringen und Pelkum. Durch die verschiedenen Planungselemente will die Projektgruppe Mängel in den einzelnen Stadtteilen beheben. Auch Potentiale wie die vom Projekt als erhaltenswert eingestufteten Gebäuden sollen eine Nachnutzung im Sinne des Allgemeinwohls gewährleisten. Durch geplante gastronomische Angebote sollen neue Ausbildungsplätze sowie Arbeitsplätze besonders für die Bewohner der beiden anliegenden Stadtteile geschaffen werden. Das Außengelände soll naturnah gestaltet werden und zur Naherholung genutzt werden können. Im Konzept werden außerdem mehrere Angebote zur Freizeitgestaltung offeriert wie z.B. ein Platz, an dem diverse Trendsportarten ausgeübt werden können. Über das ganze Bergwerksareal sind weitreichende Wegeverbindungen geplant, um eine Verbindung zwischen den beiden Stadtteilen zu schaffen. Die anfängliche Problemstellung konnte mit den erarbeiteten Zielen in dem vom Projekt erstellten Konzept ‚Über Tage Zukunft fördern‘ gelöst werden.

Informationen zum Projekt

Projekt A14 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Mehdi Vazifedoost (Dekanat Raumplanung); Karsten Leschinski-Stechow (Lehrstuhl Landschaftsökologie und Landschaftsplanung)

IBA und igs Hamburg-Wilhelmsburg 2013

Und jetzt?



2006 ist mit der Bestätigung für die Ausrichtung einer Internationalen Bauausstellung der Fokus der Metropole Hamburg auf ihren Stadtteil Wilhelmsburg gelegt worden. Dieser liegt auf der von Norder- und Süderelbe eingeschlossenen Elbinsel und galt als schlecht in das Stadtgefüge eingegliedert. Wilhelmsburg ist als Austragungsort bestimmt worden, um dem Stadtteil durch die Bauausstellung Attraktivität und Ansehen zu verleihen. Zudem erfolgte die Bewerbung für eine Gartenschau, die parallel zur Internationalen Bauausstellung stattfinden sollte. Auf diese Weise sollten Synergieeffekte erzeugt und das Maximum an positiven Auswirkungen für die ansässige Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden.

Schließlich bekam die Hansestadt den Zuschlag für eine Gartenschau im Jahr 2013 und aufgrund des gleichen Präsentationszeitfensters mit der Internationalen Bauausstellung wurde diese als internationale Gartenschau bezeichnet. Gemeinsam streben die Großprojekte danach, zukunftsweisende landschaftsarchitektonische, stadtplanerische, sozialpolitische und ökologische Zielsetzungen zu realisieren.

Innerhalb dieses weitläufigen Themenkomplexes

hat die Projektgruppe den Schwerpunkt im sozialpolitischen Feld gesetzt und daraus folgende Forschungsfrage entwickelt:

Wie wirken sich IBA und igs auf die Dynamik der Gesellschaft in Wilhelmsburg aus?

Beeinflussende Untersuchungsaspekte stellten dabei ein möglicher Imagewandel, die Erfüllung der gesellschaftlichen Ziele der Großprojekte sowie eine mögliche Gentrifizierung dar. Ziel ist es die Forschungsfrage anhand von entwickelten Kriterien zu beantworten. Für die Untersuchungen wurden unterschiedliche Forschungsmethoden wie Statistikanalysen, Auswertung der medialen Berichterstattungen, Experteninterviews, Passantenbefragungen und eine quantitative Erhebung von Pendlerströmen angewandt.

Des Weiteren sind einzelne Projekte der im Jahr 2013 beendeten Großveranstaltungen auf ihren Erfolg im Hinblick auf gesellschaftsbezogene Veränderungen geprüft worden.

Im Zusammenspiel aller gewonnenen Ergebnisse der Untersuchungsfelder ist es gelungen, die Forschungsfrage zu beantworten.

Informationen zum Projekt

Projekt A15 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Anne Budinger (Lehrstuhl Landschaftsökologie und Landschaftsplanung); Annetrin Kühn (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie)

Online braucht Offline

Chancen und Grenzen einer internetbasierten Beteiligungskultur in der Integrierten Stadtentwicklung



Planung in Deutschland ist ein konfliktreiches Thema. Oftmals wird sie den Ansprüchen der Bevölkerung nicht gerecht. Vor allem Großprojekte veranlassen die BürgerInnen oftmals dazu, ihren Unmut in Form von Demonstrationen kund zu tun. Das wachsende Verlangen der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Demokratie in der Planung bedarf der vermehrten Möglichkeit der Partizipation. Ziel der Bürgerbeteiligung ist es, durch einen umfassenden Meinungsaustausch zu einem qualitativ besseren Ergebnis zu kommen und somit Konflikten im Planungsprozess entgegenzuwirken. Auch Transparenz ist eine Möglichkeit, mehr Vertrauen und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Planung zu erzielen. Die gängige Miteinbeziehung dieser findet häufig in Form von Bürgerversammlungen statt. In den letzten Jahren kam allerdings das Internet als neues Medium hinzu, welches als großes Potential für die Stadtplanung gilt, um ein Repertoire an innovativen Beteiligungsangeboten zu schaffen. Im Rahmen der Projektarbeit wurde der Fokus darauf gelegt, wie sich Offline- und Online- Beteiligungsformate sinnvoll verknüpfen lassen, um möglichst viele Menschen aktiveren zu können. Dabei stellten sich folgende Fragen: Wie viel Online braucht Offline? Wie können die Grenzen des Offline durch die Chancen des Internets

überwunden werden? Die Visionen sind der Mitmachbürger 2.0 und die Bürgerbeteiligung 2.0. Der Mitmachbürger 2.0 kennzeichnet sich durch konstruktive Beiträge und sieht nicht primär seine eigenen Belange im Vordergrund, sondern die seiner Region. Die Bürgerbeteiligung 2.0 soll eine erweiterte Form der Bürgerbeteiligung 1.0 sein, bei der es eine optimale Einbettung von Online-; in Offline- Formate gibt, durch die ein breites Spektrum an Bevölkerungsschichten zur Beteiligung aktiviert wird. Ziel der Projektarbeit war es, eine Handlungsempfehlung für PlanerInnen zu entwickeln, die innovative Ideen bietet, um Bürgerbeteiligung qualitativ zu verbessern. Es wurde sich bei der Untersuchung auf die 28 größten Städte NRWs und deren Projekte im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklung beschränkt. Ziel war es, die jeweiligen Websites der Städte in ihrer Qualität zu bewerten und herauszufinden, inwieweit bereits Online-Bürgerbeteiligung betrieben wird. Im ersten Schritt wurde eine beschreibende Matrix erstellt, die einen allgemeinen Überblick über die Städte verschaffte, anhand derer Leitlinien für eine optimale Internetpräsenz entwickelt wurden. Daraufhin wurde eine Bewertungsmatrix erstellt, in der die Städte hinsichtlich der Vernetzung, Benutzerfreundlichkeit, visuellen Darstellung, vor allem aber auf das Vorhandensein von Online- Beteiligungsmöglichkeiten bewertet wurden. Die Websites haben im Bereich der Möglichkeit der Konsultation und Mitbestimmung besonders schlecht abgeschnitten, konnten größtenteils aber beispielsweise durch eine gute Darstellung von Informationen punkten. Nach einer Betrachtung der Ergebnisse wurden Experteninterviews durchgeführt, um Gründe für das schlechte Abschneiden der Städte zu finden. Die aus der Auswertung entstandene Handlungsempfehlung präsentiert Ideen, wie Bürgerbeteiligung, aber auch mögliche Probleme verbessert werden können. Zudem werden die Leitlinien für eine gute Internetpräsenz aufgezeigt und anhand von Praxisbeispielen Möglichkeiten, wie heute Bürgerbeteiligung stattfinden könnte, vorgestellt. Vor allem aber soll deutlich werden, wie die Offline-Grenzen durch die Chancen des Online überwunden werden können. Ein Blick in die Zukunft soll ein Denkanstoß für weitere Ideen der Umsetzung der Bürgerbeteiligung bieten.

Informationen zum Projekt

Projekt A16 | **Studienjahr:** 2013/2014

Betreuung: Marco Eissing (LB); Alfred Körbel (LB); Ulla Greiwe (SPZ-Dekanat); Michaela Weller (Dekanat-SPZ)

Armutszuwanderung in Europa und kommunale Auswirkungen

Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in die Dortmunder Nordstadt



A 17: Armutszuwanderung in Europa und kommunale Auswirkungen

Mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union (EU) im Jahr 2007 wurde eine Migrationsbewegung von BulgarInnen und RumänInnen nach Deutschland und in andere EU-Mitgliedsstaaten ausgelöst. Diese konnten sich seitdem zumindest bedingt und seit Anfang dieses Jahres vollständig auf ihr Freizügigkeitsrecht berufen, sodass auch in der Dortmunder Nordstadt ein vermehrter Zuzug dieser Migrant_innen zu verzeichnen ist.

Das Projekt beschäftigt sich vor allem mit den sogenannten Armutszuwanderern, deren Lebensbedingungen in ihren Heimatländern und in der Dortmunder Nordstadt, möglichen Gründen für die Zuwanderung und letztendlich mit der übergeordneten Forschungsfrage, wie man die Lebensbedingungen dieser Menschen in der Dortmunder Nordstadt verbessern könnte.

Die Probleme der Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien sind vielschichtig. Von der schlechten Schulbildung bzw. schlechten Sprachkenntnissen sowohl in Deutsch, als auch in der jeweiligen Landessprache bis hin zur Diskriminierung am Arbeits- und freien Wohnungsmarkt und auch der

Diskriminierung auf der Straße im jeweiligen Wohngebiet. Um sich diesen Problemen zu nähern, führte die Projektgruppe Experteninterviews mit Vertretern vom Mieterverein, dem Planerladen e.V. und dem Jugendzentrum Stollenpark durch. Das Oberziel des Projekts ist es, ein Integration förderndes Wohnraumkonzept für Zugewanderte aus Bulgarien und Rumänien zu entwickeln. Grundsätzlich möchte die Projektgruppe zum einen den Zugang zu Wohnraum erleichtern und ein menschenwürdiges Leben auf lange Sicht ermöglichen. Zum anderen die Integration in die Nachbarschaft, eine bessere Eingliederung der Zugewanderten in die Nordstadt und die Gesellschaft im Allgemeinen erreichen. Das Leitbild gegeneinander - nebeneinander - miteinander, die Nordstadt wächst zusammen dient dabei als Orientierung.

Um das Untersuchungsgebiet besser kennenzulernen wurden mehrere Ortsbegehungen durchgeführt und dabei verschiedene Kriterien, wie der Zustand der Wohnimmobilien, Verfügbarkeit von sozialen Einrichtungen und das Wohnumfeld untersucht. Die Stärken und Schwächen des Stadtteils und die daraus resultierenden Chancen und Risiken wurden in einer SWOT-Tabelle analysiert. Daraus entwickelte die Projektgruppe Maßnahmen und Forderungen, die zur Entwicklung des Konzepts führten.

Informationen zum Projekt

Projekt A17 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Dennis Zilske (LB); Regina Hermanns (LB); Nina Schuster (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie)

Licht ins Graue bringen

Leuchtturmprojekte als Wegweiser durch den Strukturwandel für europäische Metropolregionen?



Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat der Strukturwandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft in europäischen Metropolregionen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Häufig konnte, trotz eines weitgehend erfolgreichen Wandels, das Image der betroffenen Region nicht verändert werden. In vielen Regionen besteht weiterhin das Image einer grauen Industrieregion, wodurch sich viele negative Folgen ergeben. Durch diesen massiven Attraktivitätsmangel verlagern einerseits viele Unternehmen ihren Standort in andere Regionen und andererseits siedeln sich keine Neuen in der Region an. Dies führt zu prekären finanziellen Situationen für die betroffenen Gemeinden, da sie keine Einnahmen aus Gewerbesteuern erhalten. Weiterhin ergibt sich daraus ein Mangel an Arbeitsplätzen, wodurch die betroffene Region zusätzlich für die Bevölkerung unattraktiv wird. Mit einer Verbesserung des Images zu einem attraktiven Dienstleistungsstandort kann dieser Abwärtstrend gestoppt werden. Durch die neu gewonnene Attraktivität wird die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und somit werden neue Unternehmen und Bewohner angezogen.

Aufgrund dieser Problematik ist das Ziel des

Projekts F01, die Entwicklung eines Leitfadens für die betroffenen Regionen, um eine Imageverbesserung zu erreichen. Dabei ist die Entwicklung und Umsetzung von Leuchtturmprojekten, die Teil einer übergeordneten Strategie sind, ein wichtiger Faktor. Diese Zusammenhänge werden anhand folgender Hypothese untersucht:

Leuchtturmprojekte, die in eine Strategie integriert sind, helfen das Image vom Strukturwandel betroffener Regionen positiv zu beeinflussen. Dieser Imagewandel kann durch die Umdeutung vermeintlich negativer Eigenschaften oder die Schaffung eines neuen Images erfolgen.

Um die Hypothese zu verifizieren oder falsifizieren, analysiert das Projekt die Untersuchungsräume mit ihren jeweiligen Images, die bestehenden Planungssysteme, realisierten planerischen Strategien und ausgewählten Leuchtturmprojekte. Im Fokus der Arbeit stehen dabei die ausgewählten Räume Grand Lyon und Ruhrgebiet, da diese vom Strukturwandel betroffen sind und neue Wege einschlagen müssen.

Auf Grundlage dieser Analyse ist die Verifizierung der Arbeitshypothese das Ergebnis der Projektarbeit, da ein Zusammenhang zwischen erfolgreichen Leuchtturmprojekten und einer positiven Beeinflussung des Images einer Region festgestellt werden kann. Mithilfe dieser Erkenntnisse entwickelt das Projekt ein innovatives und praxisorientiertes Produkt, welches europäischen Metropolregionen zu einer Verbesserung des Images verhelfen soll. Dieser Wegweiser durch den Strukturwandel stellt das perfekte Leuchtturmprojekt dar, welches aus den besten Eigenschaften der analysierten Leuchtturmprojekte zusammengesetzt ist.

Informationen zum Projekt

Projekt F01 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Andreas Putlitz (Lehrstuhl für Europäische Planungskulturen); Lex Faber (Fachgebiet Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung)

Design neuer städtischer Immobilienquartiere in Bezug auf Nachhaltigkeit



Das F-Projekt 02 beschäftigte sich mit dem Design neuer städtischer Immobilienquartiere in Bezug auf Nachhaltigkeit. Der Fokus innerhalb des F-Projekts wurde besonders auf die Planungsakteure, deren Konstellation und Einflussnahme auf das Design gelegt. Herausgearbeitete relevante Akteursrollen sind Entwickler, Finanzierer, Umsetzer und Nutzer.

Unter dem Begriff Design wurde nicht nur das Produkt des bezugsfertigen Immobilienquartiers verstanden, sondern auch die Zielfindungsphase in Form der Konzeption sowie der Prozess, in dem die Umsetzung stattfindet. Dieser dreigliedrige Designablauf sollte im Hinblick auf die Akteure und deren Handlungsinteressen untersucht werden und zur Beantwortung der Leitfrage „Wie kann Planung beim Design neuer städtischer Immobilienquartiere den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht werden?“ führen. Das Ziel der Forschungsarbeit bestand folglich darin, allgemeingültige Aussagen darüber zu treffen, wann welche Designaspekte in Bezug auf Nachhaltigkeit für unterschiedliche Akteure wichtig sind. Um die Anforderungen in der Praxis zu ermitteln, galt es eine theoretische Basis zu schaffen, bei der zunächst die Rahmenbedingungen erarbeitet wurden, die für das Entstehen neuer städtischer Immobilienquartiere

von Bedeutung sind. Die Lage und der Standort wurden ebenso in die Betrachtung einbezogen wie wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen.

Des Weiteren fand die Auseinandersetzung mit verschiedenen vom BBR aufgestellten Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit statt. Diesen Handlungsfeldern konnten neue Designvariablen zugeordnet werden, die im Zuge einer Fallbeispielanalyse erarbeitet wurden. Drei Quartiere wurden als Fallbeispiele u. a. mittels einer Clusteranalyse mit dem Programm SPSS ausgewählt. Grundlage bot eine vom Lehrstuhl Immobilienentwicklung zur Verfügung gestellte Tabelle neuer städtischer Quartiere in Deutschland. In diesen ausgewählten Quartieren (Wiley-Süd in Neu-Ulm, Gonsbacher-rassn in Mainz und Trabrennbahn Farmsen in Hamburg) dienten leitfadengestützte Experteninterviews sowie Nutzerbefragungen als Analysemethoden für die empirische Arbeit. Somit wurden alle relevanten Akteure mit Einfluss auf das Design neuer städtischer Immobilienquartiere zu den einzelnen Designphasen Konzeption, Umsetzung und Produkt befragt. Die Fragebögen der Bewohner sind mittels SPSS ausgewertet worden. Deskriptive Beschreibungen, Zusammenhangsanalysen und Diskriminanzanalysen der Fragebogenergebnisse dienten anschließend als Grundlage, um die Anforderungen der Nutzer an das Design neuer städtischer Immobilienquartiere zu erarbeiten. Die Verknüpfung aus transkribierten und codierten Experteninterviews mit den Ergebnissen der Nutzerbefragung fand anschließend fallbeispielbezogen statt und wurde in einer Gegenüberstellung zusammengefasst, indem die wichtigsten Aspekte den einzelnen Handlungsfeldern vergleichend zugeordnet worden sind. Abstrahiert von der Ebene einzelner untersuchter Quartiere wurden schlussendlich Aussagen getroffen, wie Planung beim Design neuer städtischer Immobilienquartieren den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht werden kann.

Informationen zum Projekt

Projekt F02 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Michael Nadler (Lehrstuhl Immobilienentwicklung); Markus Terhürne (Fachgebiet Immobilienentwicklung); Frank Schulz (Dekanat Raumplanung)

Campus Lage egal? Nach dem Lernen in die Stadt!

Zusammenspiel von Stadt und Universität: Räumliche Planung in Universitätsstädten



Das F-Projekt 03 „Campus Lage egal? Lernen in die Stadt! Zusammenspiel von Stadt und Universität: Räumliche Planung in Universitätsstädten“ im Studienjahr 2013/2014 beschäftigt sich mit der Beziehung zwischen studentischem Leben und Universitätsstädten. Vor dem Hintergrund des Übergangs von der Produktions- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft (Frey 2009: 54) und des Aufstiegs der kreativen Klasse (Florida 2002: 228ff.) werden Städte als Kristallisationspunkte dieser Entwicklung untersucht. Sie stellen räumliche Standorte für Universitäten dar, die durch die Hochschulbildung für Studierende den Strukturwandel erst ermöglichen (Stadt Dortmund 2013). Ziel der Projektarbeit ist es, Wechselwirkungen zwischen studentischem Leben und der jeweiligen Stadt festzustellen und zu untersuchen. Dabei leitet sich aus der Utopie einer idealen Verbindung der beiden Komplexe der Bewertungsmaßstab für die Wechselwirkungen ab. Forschungsobjekte sind die Universitätsstädte Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster, Paderborn, Siegen und Wuppertal in Nordrhein-Westfalen (Bohlken Consulting 2014). Die erste Phase besteht, basierend auf dem Stand der Forschung, in der Ermittlung der

Variablen und Indikatoren, durch die sich Wechselwirkungen zwischen Studierenden und den jeweiligen Städten operationalisieren lassen. Diesbezüglich wird den Bezugsfeldern Stadt und Raum, Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, Kultur und Image sowie Bevölkerungsstruktur und Lebensumfeld eine Relevanz beigemessen. Die Erhebung erfolgt mittels Datenauswertungen, Umfragen sowie Ortsbegehungen. Je nach Indikator wird die Untersuchung im direkten Umfeld der Universität durchgeführt oder bezogen auf die Gesamtstadt mit teilweise ihrem regionalen Umfeld. Im nächsten Schritt, der ersten Analysestufe, wird eine Auswertung der Erhebung nach Städten vorgenommen. Dabei werden die Idealzustände der entwickelten Utopie als Bewertungsmaßstab angelegt. Daran knüpft als zweite Analysestufe eine Aggregation der Ergebnisse an, um eine Prägung der Wechselwirkungen durch unterschiedliche Lagetypen von Universitäten zu überprüfen. Dabei folgt die Projektgruppe dem Ansatz einer räumlichen Kategorisierung der Universitäten (Hoeger 2007: 13ff.; Mayr 1979: 64ff.). Es wird unterschieden zwischen dezentraler Campusuniversität, zentraler Campusuniversität, zentraler Universität mit Streulage, dezentraler Universität mit Streulage sowie Universität mit zentraler und dezentraler Streulage. In der dritten und letzten Analysephase wird die Relevanz der Lage des Universitätsstandortes für die Wechselwirkung von Studierenden und Stadt festgestellt. Es wird damit die Frage geklärt, ob die Lage egal ist oder nicht. Hierzu werden verschiedene Herangehensweisen gewählt. Zum einen wird die gesamtstädtische Bewertungsebene anhand einer Städterangliste sowie einer Standortrangliste untersucht. Zum anderen wird für jede Zielsetzung, die von der Projektgruppe analysiert wurde, überprüft, ob sich eine Lageabhängigkeit feststellen lässt. Mit Hilfe dessen lässt sich sagen, ob der Lagetyp einer Universität eine wichtige Rolle für eine etwaige Wechselwirkung einnimmt oder nicht.

Informationen zum Projekt

Projekt F03 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Anne Budinger (Lehrstuhl Landschaftsökologie und Landschaftsplanung); Karsten Leschinski-Stechow (Lehrstuhl Landschaftsökologie und Landschaftsplanung); Ilka Mecklenbrauck (Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung)

Open and Public Spaces in Hanoi



For the past two decades the Vietnamese economy was among the fastest growing in the world with gross domestic product growth between five and ten percent. This process results in sociocultural changes among the population. The change from an agricultural oriented to a more and more industrialised society is associated with a continuous urbanisation process. Being the capital and second biggest city after Ho Chi Minh City, Hanoi which is located in northern Vietnam is highly influenced by these processes. One problem resulting from this is the urbanisation pressure which makes green and public spaces disappear beneath new office buildings or new housing space. But green and public spaces are important for a vital city as Hanoi. Green spaces can have several functions such as air filtering, water flow regulation or urban temperature. Public spaces enliven the city by giving place for social interactions like sports or other leisure activities.

Concerned about the lack of green and social spaces in Hanoi, the project group's aim is to contribute to an improvement of the supply rate of open and public spaces.

With high resolution aerial images the open and green spaces were mapped and categorised to

know the size, location and use of them. In the next step the group did a field trip to Hanoi in order to check the results of the aerial mapping. Furthermore the group met local experts and gained more information in group discussions and rated the most important parks in Hanoi regarding their condition.

After gaining all possible information the analysis of the open and public spaces continued.

The 'Land-Surface Temperature Analyses' is a method to locate heat islands in an urban environment. 'The Accessibility Analyses' is capable of analysing the supply rate of open and public spaces by determining the time, dwellers need to reach the closest public spaces with social functions. Important for green spaces are the connections in between them. Not only because it is an attractive way to get from A to B, but also for the green spaces themselves because it increases their functions.

The results of the remote sensing and spatial analyses were discussed and compiled in an SWOT-analysis. Hereby heat islands, high degrees of sealing, uneven distribution of parks in the inner districts of Hanoi, pollution of water bodies which influences social and ecological value of them and the high density of the city itself were mentioned as weaknesses. On the other hand strengths can also be found: The rivers which are flowing through the whole city as an high potential for more attractive settlement quarters and the green spaces around the city as producers of fresh air, recreation area and as an green belt around the city. To engage the strengths and weaknesses, recommendations of action were created to achieve the goals of a greener and healthier city in an effective and high cost-benefit way. To gain short-term solutions some recommendations of action are mentioned in the report such as increasing the roadside greenery or roof greenery.

Informationen zum Projekt

Projekt F05 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Nguyen Xuan Thinh (Fachgebiet Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung); Szilvia Kollár (Fachgebiet Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung); Dietwald Gruehn (Lehrstuhl Landschaftsökologie und Landschaftsplanung)

Fukuchiyama and Amagasaki: Shrinking Cities in Japan



Demographic change in Japan is more advanced than in any other country in the world. Both, birth rates have been extremely low for several decades and in-migration does hardly exist. Especially rural and peripheral areas lose inhabitants to a large extent. But even the major metropolitan areas already experience shrinkage or will do so in the near future - with growing and shrinking areas in close juxtaposition. Based on literature review and internet research, the report of the project work elaborates at first background information about Japan including causes and effects of demographic change. An excursus on some characteristics of Japanese society gives an insight into societal theories and is followed by the presentation of the composition of the Japanese legal and political system. The background information about Japan is then completed with an insight into the Japanese planning system. In the conceptual part of the report, the case study cities Fukuchiyama and Amagasaki are portrayed and analysed at first. By means of a SWOT analysis, needs for actions, aims and guiding principles lead to the proposal of actions, measures and strategies or recommendations for actions respectively. The product of this report is a small-scale concept with measures for Fukuchiyama and a large-scale masterplan with recommendations for actions for Amagasaki. The concept for

Fukuchiyama bases on the guiding principle “Machiya and Modernism – a demographically adapted city”. The intention of the concept is to react to the effects of demographic change in order to improve the livability in the city center for future needs of residents. The developed measures can be allocated to three fields of action: commerce, housing and social infrastructure. Central measures and actions yield at improving the barrier-freeness for residents, reducing the vacancy in the city center, using fallowed areas e.g. for urban gardening, improving the reachability to shops and stores, strengthening cooperation with private property owners, public participation and strengthening the neighbourhood and the network of social infrastructure in the city center. The guiding principle “Creativity in Demography – Amagasaki as a starting point” and its developed recommendations for action support Amagasaki towards becoming a sustainable and modern city with a role model character. The analysis reveals that the biggest problem of the city is the proximity of residential areas to industrial sites showing high pollution. Hence, the first aim is the reduction of pollution in the city. The recommendations for action for this aim are for example the creation of a suitable public transport system and the expansion of bicycle lanes to reduce car traffic. For the residential zones, which are located next to industrial areas, buffer zones should be created so that housing is protected against emissions from the industrial sites and a healthy living condition is assured. To get a greener city image the city can support green roofing. Another problem in Amagasaki is the high vacancy rate. For vacant spaces first temporary reuse concepts are recommended or should be used as public green spaces or urban gardening. The report is supposed to give an overview over different types of causes and effects of the demographic change in domains like retail, social infrastructure, environment or housing structure. Municipalities and planning offices with similar problems like Fukuchiyama or Amagasaki can use these recommendations as a thought-provoking impulse.

Informationen zum Projekt

Projekt F06 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Thorsten Wiechmann (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie); Anne Volkmann (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie); Jan Polivka (Fachgebiet Städtebau)

Stadträumliche Verflechtung Bornheim und Seckbach in Frankfurt am Main



Das Projekt F07 beschäftigt sich im Studienjahr 2013/2014 mit der stadträumlichen Verflechtung von Bornheim und Seckbach in Frankfurt am Main. Die Autobahn A661 mit ihren Lärm- und Schadstoffemissionen entfaltet vor allem in ökologischer Sicht negative Auswirkungen. Die Grün- und Freiflächen innerhalb des Untersuchungsraumes sind nicht nur Erholungsraum und Kaltluftproduzenten, sondern auch Teil einer Kaltluftschneise, die die Frankfurter Innenstadt mit Frischluft versorgt. Mit ihren Emissionen verwirbelt die A661 die Kaltluftwinde, sodass diese nicht bis in die Innenstadt vordringen können. Dieses Problem wird angenommen und ein passendes programmatisches Leitbild erstellt:

„Bornheim & Seckbach – Im Einklang mit der Autobahn: Urbanes Leben im grünen Geflecht“

Anhand des Leitbildes werden Prioritäten in der Planung deutlich, die einzelnen Kategorien zugeordnet und in einer Prioritätenpyramide festgehalten werden. Diese Kategorien lauten „Kultur, Freizeit, Soziales“, „Infrastruktur/Wirtschaft bzw. Bebauung/Wohnraum“ und „Umwelt“.

Im Rahmen von zwei Exkursionen nach Frankfurt werden Bestandsaufnahmen durchgeführt und Meetings mit Experten wahrgenommen.

Bestandsaufnahmen gibt es zu den Themen Umwelt, Stadtplanung, Infrastruktur, Kultur und Freizeit. Die Ergebnisse werden analysiert und in einem Mängel-Chancen-Bindungen-Plan auf Grundlage einer SWOT-Analyse visualisiert. In Bornheim und Seckbach werden Passanten befragt und Vertreter des Stadtplanungsamts sowie der Bürgerinitiative interviewt. Um der Stadt Frankfurt mögliche Handlungskonzepte präsentieren zu können, werden im Rahmen der konzeptionellen Arbeit ein Struktur- und Rahmenplan für das gesamte Plangebiet sowie Gestaltungspläne zu ausgewählten Flächen erstellt und Planungen für eine Einhausung der A661 vorgenommen. Gestaltungspläne decken die Flächen der geplanten Innovationsquartiere an der Friedberger Landstraße und an der Festeburgsiedlung sowie des zukünftigen Parks auf der geplanten Autobahneinhausung ab.

Der Begriff des Innovationsquartiers umfasst eine Vielzahl innovativer Maßnahmen in den Bereichen Wohnform, Energetik, Ver- und Entsorgung, Nahversorgung und motorisierter Individualverkehr. Hierbei ist es wichtig, als Planer dem Nachhaltigkeitsgrundsatz gerecht zu werden.

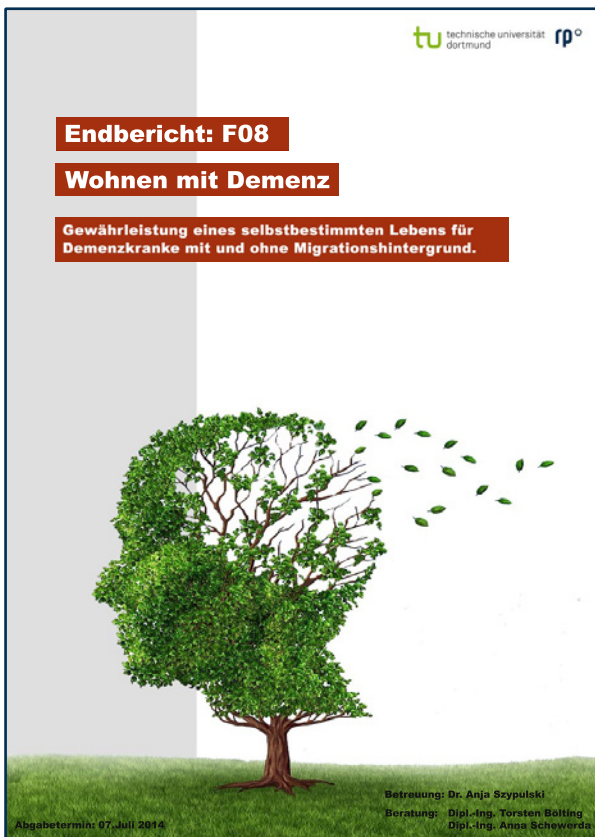
Informationen zum Projekt

Projekt F07 | **Studiengang** 2013/2014

Betreuung: Mehdi Vazifedoost (Dekanat Raumplanung); Heike Kussinger-Stankovic (Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung)

Wohnen mit Demenz

Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens für Demenzkranke mit und ohne Migrationshintergrund



Im Rahmen des Fortgeschrittenen Projektes im Bachelor-Studiengang Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund hat sich eine Projektgruppe aus 12 Studierenden zur Bearbeitung des Themas „Wohnen mit Demenz“ gebildet. Die Projektarbeit erstreckt sich über den Zeitraum des Wintersemesters 2013/2014 und des Sommersemesters 2014. Nach aktuellen Schätzungen leben heute rund 1,3 Mio. Menschen mit Demenz in Deutschland, bis 2050 ist eine Verdoppelung zu erwarten. Von den derzeit rund 1,3 Millionen Erkrankten haben über 96.000 Menschen einen Migrationshintergrund und stellen somit MigrantInnen einen großen Teil der an Demenz erkrankten Personen in Deutschland dar.

Aus den Einflussfaktoren auf das Wohlbefinden von MigrantInnen resultieren einige Besonderheiten im Umgang mit der Demenzerkrankung. In den Punkten Diagnose und Informationspolitik gibt es, insbesondere auf Grund sprachlicher Barrieren, gravierende Unterschiede.

Demenz ist eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Gehirns, die den Abbau kognitiver Fähigkeiten wie Denken, Erinnern und Orientieren bedingt. Mit fortschreitendem Verlauf der Krankheit fällt es Betroffenen immer schwerer alltäglichen Aktivitäten nachzugehen.

Bestimmte Bedingungen müssen erfüllt sein, um demenzkranken Menschen eine möglichst selbstbestimmte und zufriedenstellende Lebensführung zu ermöglichen. Als wichtiger Faktor für das Wohlbefinden dieser Menschen stellt sich die Selbstbestimmtheit heraus. Darunter versteht die Projektgruppe, dass demenzkranken Menschen unter anderem die eigene Entscheidungsfreiheit gewährleistet wird, solange dies möglich ist. Daher untersucht das Projekt verschiedene Demenz-Wohngemeinschaften bezüglich ihrer Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Auch das Wohnumfeld wird auf verschiedene Infrastrukturmaßnahmen untersucht, die Demenzkranke in ihrem Alltag unterstützen können. Anschließend werden die finanziellen Zusammenhänge weiter beleuchtet. Unter diesem Thema werden neben den staatlichen, gesetzlichen Ansprüchen auch die ehrenamtlichen Akteure und die pflegenden Angehörigen betrachtet. Zuletzt wird der Aspekt der Integration erforscht. Aufklärungsarbeit zum Thema Demenz soll angestrebt werden, um eine angemessene Integration Erkrankter in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Ziel des Projektes ist es, Handlungsansätze zu erarbeiten, deren Umsetzung Erkrankten helfen soll, ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen zu können. Den Projektmitgliedern ist es dabei wichtig zu erforschen, ob Unterschiede zwischen den Bedürfnissen von Erkrankten mit Migrationshintergrund und Erkrankten ohne Migrationshintergrund bestehen.

Dazu stellt die Projektgruppe zwei Forschungsfragen auf, um das Forschungsziel „Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens für Demenzkranke mit und ohne Migrationshintergrund“ zu präzisieren: „Was können Wohnform und Wohnumfeld aus raumplanerischer Perspektive leisten, um demenzkranken Menschen zu einem selbstbestimmten Leben zu verhelfen? Inwieweit variiert das Anforderungsprofil für Demenzkranke mit und ohne Migrationshintergrund?“

Informationen zum Projekt

Projekt F08 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Anja Szyplski (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie); Torsten Bölting (LB); Anna Schewerda (LB)

Erreichbarkeit von Gewerbeflächen im mittleren Ruhrgebiet



Das Studienprojekt F09 „Erreichbarkeit von Gewerbeflächen im Mittleren Ruhrgebiet“ befasst sich mit der Erreichbarkeit von Gewerbeflächen der Städte Bochum, Herne, Witten und Hattingen. Innerhalb des Untersuchungsraumes befinden sich rund 30.000 Unternehmen und gerade für Beschäftigte stellt der Weg zur Arbeit ein Problem von größer werdender Bedeutung dar. Die Fahrt mit dem Auto wird durch steigende Benzinpreise teurer, die Erhaltung sowie der Ausbau der Infrastruktur werden kostenintensiver, wodurch sich ein hohes Konfliktpotential entwickelt. Dennoch nimmt der Individualverkehr zu, der sich besonders enorm in Form von morgendlicher und abendlicher Rushhour zeigt, welche sich vor allem in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet als eine enorme Barriere auf dem Arbeitsweg darstellt.

Diese und weitere Missstände hat die Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet (IHK) veranlasst, mit der Thematik über die Erreichbarkeitsproblematik an das Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung in Form eines Vorschlages für ein F-Projektthema heranzutreten. Nach Annahme der IHK gewinnt die gute Erreichbarkeit der angebotenen Arbeitsplätze eine größere Bedeutung

aufgrund des immer größer werdenden Fachkräftemangels und steigender Mobilitätskosten in den Unternehmen. Das Projekt hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, auf Grundlage eines Maßnahmenkataloges Maßnahmenkonzepte für die jeweiligen, nach bestimmten Kriterien ausgewählten Gewerbegebiete zu entwickeln. Insgesamt 19 Gewerbegebiete des Untersuchungsraumes werden nach den Kategorien Fuß- und Radwege, ÖPNV sowie MIV bewertet und verglichen, um eine Auswahl tätigen zu können. Ausgewählt werden vier Gebiete mit variierendem Charakter. Auf Grundlage der durch Anwendung von verschiedenen Methoden (Ortsbegehungen, Ortserkundungen, Literatur- und Datenrecherchen, Befragungen von Geschäftsführer und Mitarbeiter, Experteninterviews, Nutzwertanalyse, Erreichbarkeitsanalysen, Fahrgastzählungen, SWOT-Analyse) herausgestellten Ergebnisse werden gebietsspezifische Maßnahmen erstellt und Konzepte entwickelt. Diese sollen einen Beitrag dazu leisten können, das Mobilitätsverhalten der Arbeitnehmer zu beeinflussen und die Erreichbarkeit der Gebiete bei Bedarf mit kostengünstigeren, stressfreieren und umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln zu optimieren.

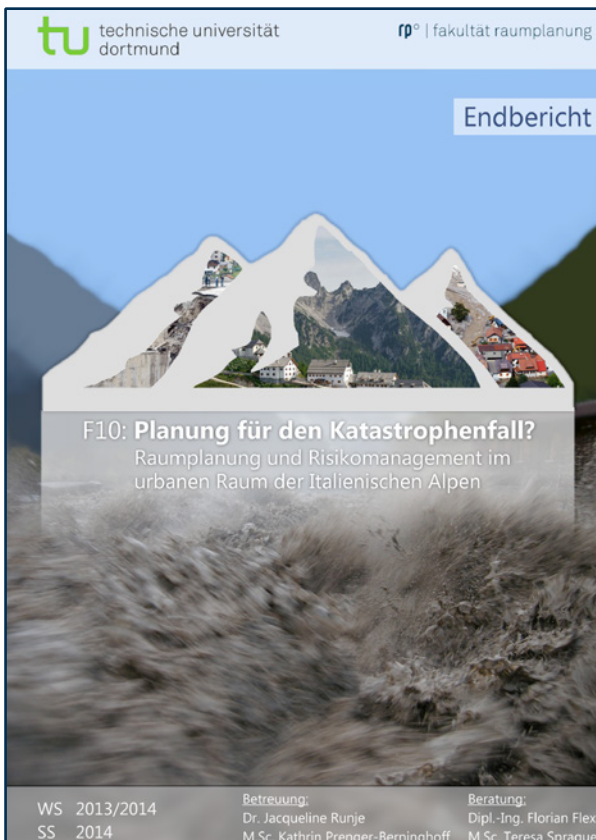
Informationen zum Projekt

Projekt F09 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Christian Holz-Rau (Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung); Tobias Panwinkler (Lehrstuhl Immobilienentwicklung)

Planung für den Katastrophenfall

Raumplanung und Risikomanagement im urbanen Raum der Italienischen Alpen



Die Raumplanung hat entscheidende Kompetenzen und Möglichkeiten in der Verminderung der Eintrittswahrscheinlichkeit von Naturkatastrophen sowie in der Verminderung des Ausmaßes von Schäden bzw. negativen Auswirkungen. Allerdings wurden diese in einigen betroffenen Regionen wie z.B. dem urbanen Raum der Italienischen Alpen bisher nicht ausreichend genutzt. Zudem ist der Raumplaner in Bezug auf das Risikomanagement nur einer von vielen Akteuren und spielt im Vergleich zu anderen häufig nur eine untergeordnete Rolle. Das Projekt hat sich diese Problemstellung zum Gegenstand der Projektarbeit gemacht und untersuchte die Rolle der Raumplanung im Risikomanagement in der Fallstudienregion Friuli Venezia Giulia, Italien. Das Projekt widmete sich besonders den zwei Orten Pontebba und Malborghetto-Valbruna in der Provinz Udine im Nordosten Italiens, da diese bei vergangenen Extremereignissen besonders zu Schaden gekommen waren. Um generell auf die Raumplanung und nicht nur auf einzelne Behörden und ihren Beitrag zum Risikomanagement einzugehen, wurde folgende Forschungsfrage entwickelt: „Wie kann die Raumplanung ihren Beitrag zur Minimierung des Risikos von

Naturkatastrophen in der Region der Italienischen Alpen optimieren?“ Das Risiko wird dabei als die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Gefahr und der daraus resultierenden negativen Auswirkungen definiert. Darüber hinaus wird das Risiko als Produkt der Interaktion bzw. des Zusammentreffens einer Gefahr mit der gesellschaftlichen Vulnerabilität verstanden. Es wurde mit einer Hypothese impliziert, dass im Umgang mit Naturkatastrophen in der Region der Italienischen Alpen Mängel vorliegen und der Raumplanung hier zu wenig oder gar keine Kompetenzen zugewiesen sind. In diesem Zusammenhang untersuchte die Projektgruppe die Besonderheiten im Risikomanagement der Region und die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und Akteure. Zu diesem Zweck wurde eine Exkursion in das Untersuchungsgebiet unternommen, um dort eine Ortsbesichtigung und Experteninterviews mit relevanten Akteuren durchzuführen. Diese Exkursion lieferte einige neue Erkenntnisse und Informationen zur Beantwortung der Forschungsfrage, auch wenn die direkte Befragung eines Raumplaners nicht möglich war. Es wurde u.a. deutlich, dass die Raumplanung zu wenig in das Risikomanagement eingebunden ist und z.B. wenig bis keinen Einfluss auf die Erstellung von Gefahren- und Risikokarten hat. Auch die Kommunikationswege zwischen den Raumplanern und den Behörden stellten sich als nicht optimal heraus. Aufgrund dieser neuen Erkenntnisse und einer vorherigen Literaturrecherche konnte die aufgestellte Hypothese verifiziert werden und somit ein Bedarf an Optimierung der Raumplanung in Bezug auf das Risikomanagement festgestellt werden. Abschließend formulierte die Projektgruppe einige Handlungsempfehlungen, die u.a. darauf abzielen, die Durchsetzungskraft der Raumplanung zu stärken, die Kommunikation zu verbessern und den Raumplaner als Vermittler einzusetzen, um so die Partizipation der Bevölkerung zu stärken. Die Akteure der Region erhalten die Ergebnisse des Projektes in Form des Endberichtes.

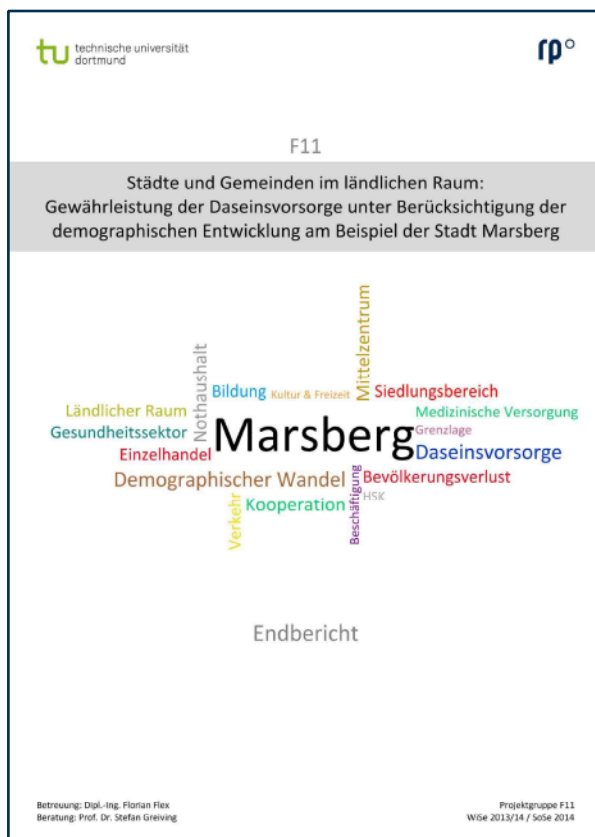
Informationen zum Projekt

Projekt F10 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Jacqueline Runje, Kathrin Prenger-Berninghoff, Teresa Sprague (Institut für Raumplanung); Florian Flex (Dekanat)

Städte und Gemeinden im ländlichen Raum

Gewährleistung der Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung am Beispiel der Stadt Marsberg



Der demographische Wandel ist als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland anzusehen. Durch eine allgemein höhere Lebenserwartung der Bevölkerung bei einer gleichzeitig rückläufigen Geburtenrate steigt der Anteil älterer Menschen gegenüber dem Anteil Jüngerer in signifikantem Maße an. Räumliche Disparitäten bedrohen die Zielsetzung, gleichwertige Lebenschancen zu bieten. Dies zeigt sich in der Bundesrepublik Deutschland vermehrt in den peripheren Räumen, in denen die demographische Entwicklung noch gravierender in Erscheinung tritt, sodass Entwicklungen einsetzen, die zu einer schlechteren bis nicht mehr sichergestellten Daseinsvorsorge führen. Von besonderer Signifikanz ist es, eine ausreichende medizinische Versorgung sicherzustellen, die aus den Teilbereichen ambulante ärztliche Versorgung, stationäre Krankenhausversorgung, ambulante und stationäre Pflegeversorgung, notärztliche Versorgung und Apothekenversorgung besteht. Demnach sind zwangsläufig für die stetig wachsende Gruppe der wenig mobilen SeniorInnen angemessene Versorgungsstrukturen nicht in ausreichendem Maße

vorhanden. Auf der anderen Seite wird sowohl für junge Familien als auch für Jugendliche der ländliche Raum zunehmend unattraktiv, da Betreuungseinrichtungen und hochwertige Bildungseinrichtungen fehlen bzw. immer weitere Anfahrtswege in Kauf genommen werden müssen. Es offenbart sich in ländlichen Räumen zunehmend eine Negativspirale des wirtschaftlichen Ausblutens und der sozialen Entmischung, der es entgegenzuwirken gilt. Dies bedingt, dass die Gewährleistung der nachgefragten Güter und Leistungen der Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt der Stadtentwicklungsplanung rückt.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Stadt Marsberg unter den Rahmenbedingungen des demographischen Wandels, des kommunalen Nothaushalts sowie der strukturellen Dominanz des Gesundheitssektors zu analysieren und Handlungsempfehlungen zu geben, wie die Attraktivität Marsbergs gesteigert werden kann. Attraktivität bedeutet hier, dass als Grundvoraussetzung die Daseinsvorsorge gesichert ist. Dabei beschränkt sich die Analyse allgemein auf die Teilbereiche der medizinischen Versorgung, der Bildung, der Verkehrsinfrastrukturen, der Kulturangebote sowie der Einzelhandelsstruktur.

Informationen zum Projekt

Projekt F11 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Florian Flex (Dekanat); Stefan Greiving (Institut für Raumplanung)

Bestandsentwicklung von Wohnquartieren mit privaten Immobilieneigentümern



Bestandsentwicklung von Wohnquartieren mit privaten Immobilieneigentümern

Endbericht

Technische Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Lehrstuhl Immobilienentwicklung

Mastermodul 2: Master Projekt M 01, Teilgruppe 1
Univ.-Prof. Dr. Michael Nadler, Dipl.-Ing. Björn Maaß

26.02.2014

Matthias Funke
Sebastian Horstkötter
Jasmin Lemke
Laura Schulze
Iris Siepen

„Der zentrale Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ist das Quartier. Hier [...] findet unser alltägliches Leben statt. Jedes Quartier ist individuell und das kann es zu einem emotionalen Identifikationsort machen“. Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalens, charakterisiert ein Quartier als einen Ort, welcher zentraler Bestandteil des menschlichen Alltags ist und damit vielfältigen Nutzungsanforderungen gerecht werden muss.

Im Kontext des wirtschaftlichen Strukturwandels im Ruhrgebiet, des demographischen Wandels sowie einer angespannten kommunalen Haushaltssituation bewegen sich viele Städte und Gemeinden. Ein Beispiel stellt die im nördlichen Ruhrgebiet gelegene Stadt Marl dar. Die Gemeinde begründete ihren Aufschwung im Wesentlichen auf der vom Bergbau und der chemischen Industrie geprägten Wirtschaftsstruktur. Mit den zunehmenden Problemen im Bergbau und dem damit verbundenen Rückgang von Arbeitsplätzen ging die Bevölkerungszahl der Stadt Marl zurück. Die Alte Waldsiedlung, eine zur Zeit des beginnenden Kohlebergbaus entstandene Wohnsiedlung im Stadtteil Marl-Hamm, ist in besonderer Weise von dieser

Entwicklung betroffen, da sie direkt an die Zeche Auguste Victoria im Nordosten der Stadt grenzt. Die Missstände in der Alten Waldsiedlung verteilen sich unter anderem auf den demographischen, sozialen und wohnungswirtschaftlichen Bereich. Diese Problemsituation stellt die Stadt Marl und die lokalen Akteure vor die Frage des zukünftigen Umgangs mit der Alten Waldsiedlung. Städtische Interventionen können nur in einem begrenzten Rahmen stattfinden, da die Kommune nicht über die notwendigen finanziellen Mittel für eine eigenständige Quartiersaufwertung verfügt.

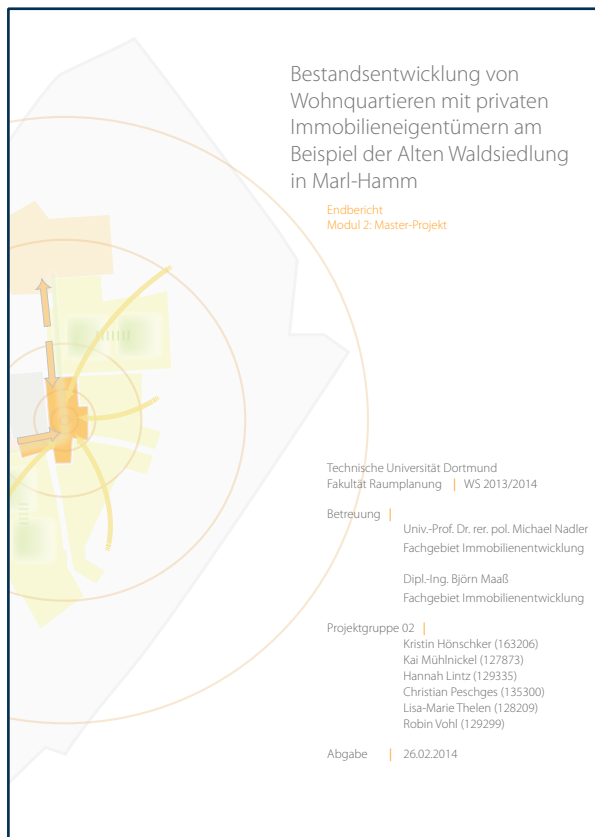
Aufbauend auf der dargestellten Problemstellung ist die Erstellung eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation das zentrale Ziel. In diesem sollen Chancen und Potenziale für die Quartiersentwicklung in der Alten Waldsiedlung aufgezeigt und möglichen Risiken entgegengewirkt werden. Auf diesem Weg wird auf Basis einer Markt-, Standort- und SWOT-Analyse eine Handlungsempfehlung mit konkreten Maßnahmevorschlägen erarbeitet. Bestehend aus einem Maßnahmen-, Organisations- und Finanzierungskonzept soll das Handlungskonzept der Stadt eine Grundlage für die zukünftige städtebauliche Entwicklung der Alten Waldsiedlung liefern. Die Berücksichtigung lokaler Interessen, Politik und Verwaltung ist bei der Aufstellung des Handlungskonzepts erfolgt, um eine möglichst breite Akzeptanz der Planung vor Ort zu gewährleisten. Dabei wurden rechtliche Rahmenbedingungen sowie adäquate öffentlich und private Fördermöglichkeiten beachtet und einbezogen, sofern diese mit den lokalen Wünschen und Interessen kongruent sind.

Informationen zum Projekt

Projekt M01.1 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Michael Nadler (Lehrstuhl für Immobilienentwicklung); Björn Maaß (Lehrstuhl für Immobilienentwicklung)

Bestandsentwicklung von Wohnquartieren mit privaten Immobilieneigentümern am Beispiel der Alten Waldsiedlung in Marl-Hamm



Gegenstand der Projektarbeit ist die Erarbeitung eines Quartiersentwicklungskonzeptes für die Alte Waldsiedlung in Marl-Hamm, die aufgrund vielfältiger negativer Rahmenbedingungen vor einem deutlichen Bedeutungsverlust als Wohnstandort steht. Ziel ist es, die Alte Waldsiedlung nachhaltig als attraktiven Wohnstandort zu positionieren und ein bedarfsgerechtes Wohnraumangebot zu etablieren. Dieses Ziel soll insbesondere durch eine kooperative Zusammenarbeit aller relevanten Akteure und Stakeholder erreicht und umgesetzt werden.

Die Stadt Marl steht exemplarisch für viele der strukturschwachen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Die nördlich des Ruhrgebiets, an der Grenze zum Münsterland gelegene Stadt gehört zum Kreis Recklinghausen und verfügt über die charakteristischen Probleme der Städte des nördlichen Ruhrgebiets. Eine hohe Arbeitslosigkeit der Bevölkerung, die besonders durch den Rückgang des Bergbaus und dem damit einhergehenden Strukturwandel bedingt ist, prägt die Stadt. Zudem sind die Bevölkerungszahlen seit mehreren Jahren rückläufig und der Trend wird sich voraussichtlich auch in der Zukunft fortsetzen.

Besonders betroffen von diesen negativen Rahmenbedingungen ist der statistische Bezirk Alte Waldsiedlung. Auch hier sind der hohe Anteil der Arbeitslosen, ein deutlicher Bevölkerungsrückgang sowie der 30-prozentige Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung eine schwerwiegende Rahmenbedingung für eine positive Quartiersentwicklung. Hinzu kommt, dass der für die Bergbausiedlung wichtigste Arbeitgeber, die Zeche Auguste Viktoria, bis zum Jahr 2018 vollständig geschlossen werden soll. Der Wegfall von bedeutenden Arbeitsplätzen geht einher mit dem Verlust schulischer Angebote. Die einzige Realschule im Quartier schließt im Jahr 2015 ebenfalls, sodass sich zusätzlich zum Arbeitsplatzangebot auch das schulische Angebot drastisch verschlechtern wird.

Diese Rahmenbedingungen bilden eine problematische Grundlage, den Standort Alte Waldsiedlung nachhaltig als attraktiven Wohnstandort zu etablieren. Auch eine detaillierte Standortanalyse zeigt wesentliche Problemschwerpunkte im Quartier selbst. Die Siedlung ist geprägt durch eine Mischung von Gebäudebeständen wie z.B. großflächigem Geschosswohnungsbau der Vivawest Wohnen GmbH, kleinteiliges selbstgenutztes Wohneigentum im Sinne von Reihen- und Doppelhäusern sowie diversen Ladenlokalen privater Immobilieneigentümer. Des Weiteren wird das Quartier durch drei Konkurrenzstandorte des Einzelhandels geprägt. Insbesondere durch den Neubau eines Fachmarktzentrums mit einem Edeka- und Netto-Markt am Siedlungsrand hat der traditionelle Marktplatz einen prägnanten Funktionsverlust erlitten. Durch diese Verlagerung der Versorgungsschwerpunkte kann der Marktplatz seiner Bedeutung als Quartiermitte nicht mehr nachkommen, sodass auch der Wochenmarkt unter dieser Konkurrenz leidet.

Durch signifikante Leerstände und der Ansiedlung von Wettbüros sowie Sportcafés sind in der Alten Waldsiedlung erste Trading-Down-Tendenzen zu identifizieren. Einhergehend mit den beschriebenen negativen Rahmenbedingungen wird sich dieser Trend voraussichtlich zukünftig weiter verstärken. Daher gilt es, ein auf Kooperation unter allen Akteuren ausgerichtetes Konzept zu entwickeln, das der negativen Quartiersentwicklung langfristig entgegenwirken kann.

Das Konzept sieht gemäß des entwickelten Leitbildes „Alt trifft Neu- Neue Impulse für die Alte

Waldsiedlung“ vor, ein Quartierskonzept zu entwickeln, das den Marktplatz als Quartiersmitte neu positioniert. Auch die Potentialflächen der zukünftig leerstehenden Realschule wird als Planungskomponente einbezogen und im Rahmen eines Redevelopments als Standort für Altengerechtes Wohnen etabliert. Der zentrale Marktplatz soll zukünftig einen Gegenpol zum Versorgungsschwerpunkt bilden und neue Nutzungen wie z.B. Gastronomie beherbergen. Zu einer verbesserten Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität des Platzes soll durch ein Beleuchtungskonzept, der Aufstellung von Stadtmobiliar und Begrünung im Rahmen einer umfassenden Entwurfsplanung beigetragen werden.

Bedeutend ist jedoch auch, dass diese zentrale Komponente visuell sowie gesellschaftlich mit den weiteren bedeutenden Punkten des Konzeptes verbunden wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden zum einen kommunikative Maßnahmen entwickelt, um den Dialog der Bewohner anzuregen und diese zur Mitarbeit anzuregen. Zum anderen sind z.B. ein barrierefreier Umbau und die funktionale Stärkung wichtiger Wegeverbindungen von Bedeutung.

Ein besonderes Augenmerk wird jedoch auf die Kommunikation und Kooperation der Bewohner gelegt. Hintergrund dessen ist die ethnische Durchmischung im Quartier, die unter den Bewohnern zu deutlichen Diskrepanzen und Problemen führt. Die Einrichtung eines zentralen Jugendtreffs, eines Bürgercafés und eines Quartiersmanagement als zentrale Anlaufstelle sollen langfristig eine Zusammenarbeit initiieren und einen Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen herbeiführen. Eine solche Zusammenarbeit ist essentiell für den Erfolg eines solchen Quartierskonzeptes.

Um alle Maßnahmen möglichst kooperativ und transparent umsetzen zu können, wurde ein Organisationskonzept entwickelt, das eine Referenzstruktur für den Entwicklungsprozess darstellt. Diese komplexen erarbeiteten Strukturen machen deutlich, dass die Maßnahmen sowohl in Kooperation unter den privaten und öffentlichen Akteuren selber als auch an der Schnittstelle zwischen der öffentlichen und privaten Ebene umgesetzt werden können. So ist es möglich eine Vielzahl von Akteuren in die Quartiersentwicklung mit einzubeziehen. Aufgrund der Aufteilung der Kosten- und Verantwortungskomponente ist die Umsetzungswahrscheinlichkeit als weitaus höher anzusehen. Innerhalb dieses Konzeptes stehen jedoch nach wie vor die Anwohner im Vordergrund, da diese als einzige unmittelbar von den Erfolgen des Konzeptes profitieren können und langfristig dafür verantwortlich sind, dass die Kommunikation und Kooperation untereinander aufrechterhalten bleibt.

Für die Umsetzung des erarbeiteten Konzeptes spielt abschließend die Finanzierung eine bedeutende Rolle. Da die Stadt Marl einer angespannten Haushaltssituation unterliegt, wurde das Finanzierungskonzept in Anlehnung an das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt erarbeitet. Durch die Förderung ist es möglich, zumindest wichtige Schlüsselprojekte umzusetzen, um erste Impulse in Richtung einer positiven Quartiersentwicklung setzen zu können. Die Möglichkeit zur Förderung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes wurde zusätzlich vom Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen abgesegnet. Maßnahmen, die nicht förderfähig sind, wie z.B. die Umnutzung der Realschule, werden von einem privaten Immobilienentwickler getragen und durchgeführt.

Obwohl die Alte Waldsiedlung vor diversen Herausforderungen steht, ist es durch das erarbeitete Quartiersentwicklungskonzept möglich, die Siedlung zielgerichtet neu zu positionieren. Durch die aktive Zusammenarbeit der Stadt mit den Anwohnern sowie durch die Mitwirkung weiterer privater und öffentlicher Akteure ist es möglich, die Attraktivität der Alten Waldsiedlung als Wohnstandort nachhaltig zu steigern.

Informationen zum Projekt

Projekt M01.2 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Michael Nadler (Lehrstuhl Immobilienentwicklung); Björn Maaß (Lehrstuhl Immobilienentwicklung)

Wohnwünsche und Reurbanisierung

Eine Untersuchung der Wohnstandortpräferenzen junger Erwachsener im Kontext aktueller Stadtentwicklungsprozesse am Beispiel von Dortmund



Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich vor dem Hintergrund der politischen und planerischen Diskussion um Reurbanisierung in deutschen Großstädten mit den Wohnstandortpräferenzen junger Erwachsener. Im Rahmen einer theoretischen Auseinandersetzung mit der klassischen Stadtentwicklungs- und (Re-)urbanisierungsdebatte, bei der insbesondere auf die Charakterisierung typischer Standortqualitäten und Motivlagen von potentiellen Re- und Suburbaniten abgestellt wird, diskutiert die Arbeit die viel zitierte These einer wachsenden Attraktivität der Innenstädte, die insbesondere junge Erwachsene anziehen bzw. binden soll.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt – untersucht am Beispiel von Dortmunder Studierenden – auf der Ergründung von Zusammenhängen zwischen Reurbanisierungsursachen und den Wanderungsmotiven junger Erwachsener. Dabei zeigt die Auswertung der Interviews, dass gerade die qualitative Dimension der Reurbanisierung, d.h. eine vermeintliche Renaissance der Stadt, die auf einer gestiegenen städtischen Attraktivität fußt, für den örtlichen Reurbanisierungsprozess fast keine Rolle spielt. Es wird deutlich, dass jene junge Erwachsene, die gegenwärtig und auch in der kurzfristigen

Zukunft urban wohnen bzw. wohnen möchten, die Stadt hauptsächlich wegen ihrer Erreichbarkeitsvorteile und aus weiteren pragmatischen Gründen wertschätzen. An der Schwelle zwischen kurzfristiger und langfristiger Zukunft zeigt sich jedoch ein ‚Bruch‘ in den gewünschten Wohnstandortqualitäten, der in dem unter allen Befragten weit verbreiteten Kinderwunsch begründet liegt. Nach Abschluss der Ausbildung plant ein Großteil der Befragten – nach einem ‚urbanen Lebensabschnitt‘ – die innerstädtischen Gebiete zu verlassen und im Rahmen der Familienplanung den (tradierten) Traum vom ‚Eigenheim im Grünen‘ zu realisieren. Dabei stellt sich neben den eigenen Wohnstandortpräferenzen insbesondere der Wunsch nach einem kindergerechten Wohnumfeld mit privaten Grünflächen als ‚Motor‘ der Wohnstandortentscheidung heraus. Insoweit relativiert der vorliegende Beitrag die Annahme, dass Städte im qualitativen Sinne (wieder) attraktiver werden. Stattdessen wird festgestellt, dass die Motive Dortmunder Studierender, einen städtischen Wohnort zu wählen, hauptsächlich pragmatischer Natur sind. In der Literatur werden Personen dieser Gruppe deshalb – wenn auch aus qualitativer Sicht irrtümlicherweise – als Reurbaniten diskutiert. Mit Blick auf die langfristige Zukunft gewinnt für die Befragten allerdings gerade der suburbane Raum an Attraktivität. Das polyzentrale Stadtgefüge Dortmunds, das urbane, suburbane sowie ländliche (Wohn-)Qualitäten bietet, trägt dazu bei, dass auch die Studierenden, die suburban, aber dennoch im Dortmunder Stadtgebiet leben möchten, als Reurbaniten und somit zum Reurbanisierungsprozess beitragend gefasst werden. Vor diesem Hintergrund zeigt die Arbeit Definitions- und Forschungsbedarf auf und bespricht knapp die gesellschaftspolitischen Implikationen der Arbeitsergebnisse.

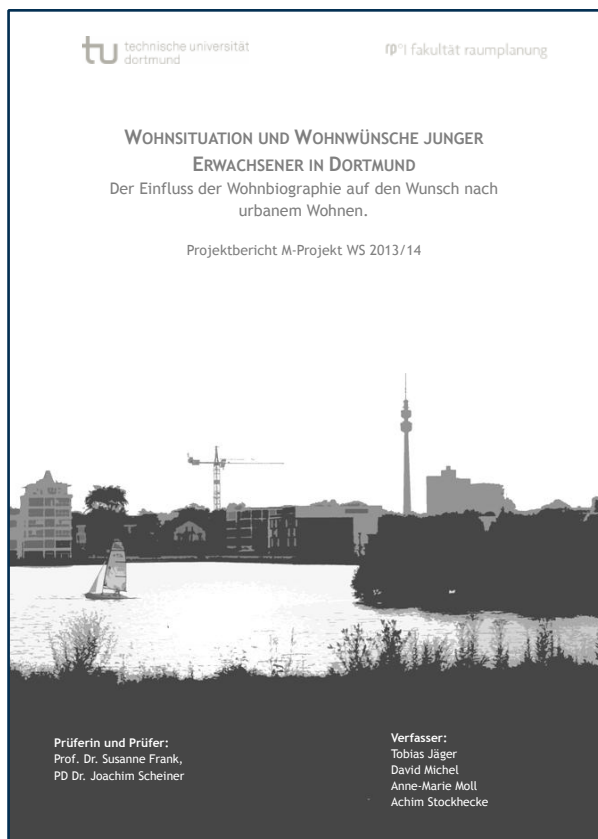
Informationen zum Projekt

Projekt M02.1 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Susanne Frank (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie); Joachim Scheiner (Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung)

Wohnsituation und Wohnwünsche junger Erwachsener in Dortmund

Der Einfluss der Wohnbiographie auf den Wunsch nach urbanem Wohnen



Wohnwünsche. Fragen u.a. zu den Wohnlagen, Wohngebäudetypen und Haushaltszusammensetzungen sollten dabei Auskunft über die Wohnbiographie der Befragten geben. Die Ergebnisse zeigen, dass sich der größte Anteil der jungen Erwachsenen zur Familiengründung weiterhin einen suburbanen Wohnstandort wünscht. Zudem konnte festgestellt werden, dass die jungen Erwachsenen gleiche oder ähnliche Wohnlagen wie die ihrer Kindheit präferieren. Weichen die Wünsche von denen der Kindheit ab, werden eher städtische Wohnlagen bevorzugt. Aufgrund der weiterhin stark präferierten suburbanen Wohnlage lässt sich der Trend der Reurbanisierung jedoch nicht eindeutig bestätigen.

Derzeit wird viel über eine „Renaissance der Innenstädte“ als Wohnstandort diskutiert. Dabei sind sich Stadtforscher und Wissenschaftler uneinig, ob dieser Trend bereits als Reurbanisierung interpretiert werden kann und die Suburbanisierungsphase der 1990er Jahre abgelöst wird. Ein Bedeutungszuwachs der Kernstädte in den deutschen Großstädten konnte in den vergangenen Jahren immer häufiger beobachtet werden. Dabei gilt die Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen als wesentlicher Träger dieser Entwicklung. Berufs- und Ausbildungsgründe sind die häufigsten Wanderungsmotive dieser Gruppe. Die Frage stellt sich nun, ob die deutschen Städte auch als zukünftiger Wohnstandort attraktiv sind, wenn sich die Rahmenbedingungen und Wohnwünsche dieser Bevölkerungsgruppe mit zunehmenden Jahren ändern. Deshalb hat die M-Projektgruppe der Fakultät Raumplanung junge Erwachsene zwischen 18- und 25-Jahren an verschiedenen Dortmunder Bildungseinrichtungen befragt, um die Wohnsituation der Vergangenheit, der Gegenwart und die zukünftigen Wohnwünsche der Befragten zu untersuchen. Zentrales Forschungsthema war der Einfluss der Wohnbiographie junger Erwachsener auf die zukünftigen

Informationen zum Projekt

Projekt M02.2 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Susanne Frank (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie); Joachim Scheiner (Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung)

Die Auswirkungen von Bildung und Beruf auf die aktuellen und künftigen Wohnsituationen junger Erwachsener in Dortmund



Der Projektbericht ‚Die Auswirkungen von Bildung und Beruf auf die aktuellen und künftigen Wohnsituationen junger Erwachsener in Dortmund‘ wurde im Rahmen des Masterprojektes Modul 2 erarbeitet und stellt aktuelle und künftige Präferenzen des Wohnens bei der Bevölkerungsgruppe der 18 bis 25-jährigen heraus. Die empirische Untersuchung gründet Ihre Erkenntnisse auf einer umfangreichen quantitativen Umfrage junger Studierender und BerufsschülerInnen verschiedener öffentlicher und privater Institutionen. Bei der Erhebung wurden vor allem anhand der Aspekte Wohnlage, Wohnobjekt und Wohnumfeld Informationen bezüglich der vergangenen, aktuellen und künftigen Wohnsituation gesammelt, um einen Trend zur Reurbanisierung zu stützen bzw. abzulehnen. Aktuelle Herausforderungen wie die Pluralisierung der Lebensstile und ökonomische Veränderungen bestimmen raumplanerisches Handeln innerhalb der Städte. Mit dem Wandel Dortmunds von einer ehemaligen Montanstadt hin zum wichtigen Bildungs- und Forschungsstandort im Ruhrgebiet muss sich Dortmund diesen Herausforderungen anpassen und wichtige Impulse für junge Erwachsene setzen. Welchem Wandel Wohnwünsche dabei unterliegen

und inwiefern Beruf und Bildung diese beeinflussen, galt es exemplarisch anhand der Stadt Dortmund und der dort lebenden „jungen Erwachsenen“ zu untersuchen. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass zwar Unterschiede zwischen Studierenden und BerufsschülerInnen bezogen auf die Wohnsituation und Wohnwünsche bestehen, diese allerdings geringer ausfallen als im Vorfeld angenommen wurde. Sowohl Studierende als auch BerufsschülerInnen präferieren zukünftig suburbane Wohnlagen. Ihre Vorstellungen werden dabei maßgeblich von positiven Kindheitserinnerungen beeinflusst. Die Stadt Dortmund hat diesen grundlegenden Trend bereits erkannt und im Rahmen der Stadtentwicklung berücksichtigt.

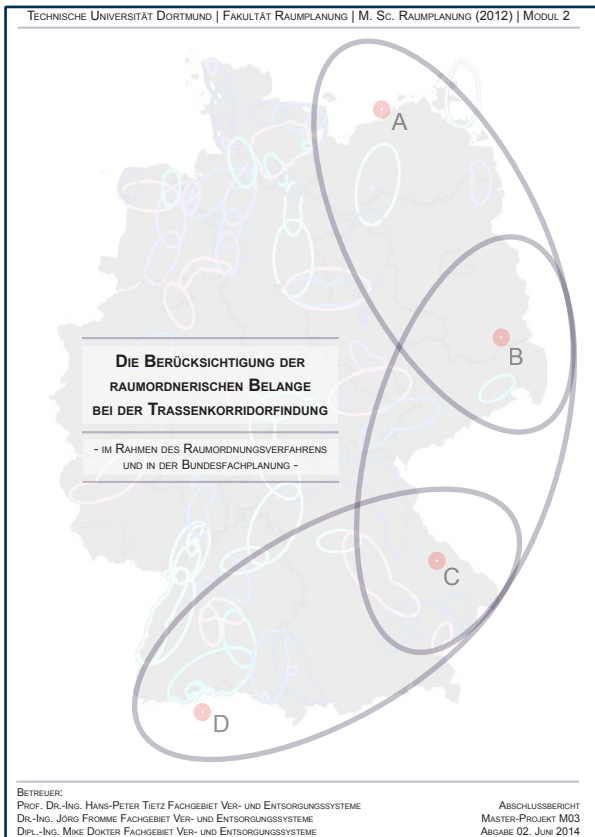
Informationen zum Projekt

Projekt: M02.3 | **Studienjahr:** 2013/2014

Betreuung: Susanne Frank (Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie); Joachim Scheiner (Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung)

Die Berücksichtigung der raumordnerischen Belange

Trassenkorridorfindung im Raumordnungsverfahren und in der Bundesfachplanung



„Der Weg ist für Deutschland eine große Herausforderung“ (Merkel 2011). Mit diesem Satz kündigte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2011 den endgültigen Ausstieg aus der nuklearen Energiegewinnung für Deutschland an. Es ist die Reaktion auf das Reaktorunglück von Fukushima im März 2011 und gilt als Zäsur in der deutschen Energiepolitik. In der Öffentlichkeit wird diese politische Entscheidung vor allem unter dem Begriff Energiewende zusammengefasst. Dabei wird oftmals außer Acht gelassen, dass bereits zuvor mit Hinblick auf den Klimawandel, Ziele und Maßnahmen formuliert wurden, die die deutsche Energieversorgung bereits tiefgreifend umstrukturieren sollten. Kernpunkt beider Entwicklungen ist der Ausbau erneuerbarer Energien, dessen Umsetzung die Verantwortlichen vor diverse Herausforderungen stellt. So muss zum einen die Versorgungssicherheit bezüglich der Energiegewinnung gewährleistet bleiben, zum anderen aber auch die Energieverteilung an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Da Windenergie vornehmlich an den Küsten in On- und Offshore-Windparks gewonnen werden kann, die energieintensive Industrie jedoch vor allem im Süden und Westen der Bundesrepublik angesiedelt ist, bedarf

es einer Anpassung der Netzinfrastruktur (vgl. Steinbach 2013: 1ff.). Der Netzausbau ist folglich das Kernelement, an dessen Fortschritt der Erfolg der energiepolitischen Neuausrichtung manifestiert ist. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung im September 2009 das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) erlassen, welches die Planungs- und Genehmigungsverfahren straffen und somit den Netzausbau beschleunigen soll. Dazu wurden ursprünglich 24, inzwischen 23 Vorhaben im Höchstspannungsübertragungsnetz festgelegt, deren Realisierung als vordringlich erachtet wird. Sie wurden mittels einer Netzstudie im Auftrag der Deutschen Energie-Agentur (dena) in Zusammenarbeit mit Netzbetreibern und wissenschaftlichen Einrichtungen ermittelt (vgl. dena 2005: 2; Schröder et al. 2012: 3). Durch diesen Bedarfsplan ist eine rechtliche Absicherung der Vorhaben geschaffen worden, wodurch sich der Gesetzgeber einen schnelleren Ausbau versprochen hatte. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, dass der Beschleunigungseffekt begrenzt ist. Bis zum ersten Quartal 2014 waren erst etwa 19 Prozent der geplanten rund 1.800 Leitungskilometer realisiert (vgl. Bundesnetzagentur 2014 a). Betrachtet man nur das Jahr 2013 wurde „kein einziger neuer Leitungskilometer tatsächlich gebaut“ (Tagesschau 2013). Dabei sind es in erster Linie die umfangreichen Planungs- und Genehmigungsverfahren, das Raumordnungsverfahren und das Planfeststellungsverfahren, die zu den Verzögerungen beim Netzausbau führen (vgl. Steinbach 2013: 5-6). Das Raumordnungsverfahren, das von den für Raumordnung und Landesplanung zuständigen Behörden und Stellen der Bundesländer durchgeführt wird, dient vor allem dazu, raumbedeutsame Vorhaben öffentlicher und privater Planungsträger aufeinander abzustimmen und die raumordnerische Verträglichkeit des Vorhabens zu untersuchen. Durch die raumordnerische Prüfung und Bewertung von Trassenkorridoren scheiden in diesem Verfahren „diejenige[n] Alternativen, die [...] als wenig geeignet erscheinen“ (Höhnberg 2005: 887, eigene Anmerkung), aus. Hierdurch kann das nachgeschaltete Planfeststellungsverfahren zur Findung der exakten Stromtrasse auf die raumordnerisch positiv beurteilten Vorhabenalternativen konzentriert werden. Im Gegensatz zum Planfeststellungsverfahren, das von der Planfeststellungsbehörde durchgeführt wird, hat das Raumordnungsverfahren

keine unmittelbare Rechtswirkung nach außen, sondern besitzt eher einen gutachterlichen Charakter und eine behördeninterne Wirkung. Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens festgestellt und sie ersetzt andere behördliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder Zustimmungen, da hier alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt werden (vgl. Höhnberg 2005: 884ff.; §§ 72-75 VwVfG). In einigen Fällen dauert das Raumordnungsverfahren bis zu 27 Monate oder allein die Vorbereitungen für das Planfeststellungsverfahren über vier Jahre. Ferner verursachen diverse Landesvorschriften und die unterschiedlichen Zuständigkeiten, insbesondere bei länderübergreifenden Vorhaben, Abstimmungsdefizite, die sehr zeitaufwändig sind. Die genannten Probleme und die mangelnde Koordinierung sollten durch das im Jahr 2011 verabschiedete Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) behoben werden. In ihm ist eine einheitliche Bundesfachplanung, als Ersatz des Raumordnungsverfahrens, durch die Bundesnetzagentur für länderübergreifende oder grenzüberschreitende Vorhaben vorgesehen. Durch diese Bündelung können gleichförmige Planungsmaßstäbe gewährleistet und Verfahrensanforderungen vereinheitlicht werden (vgl. Steinbach 2013: 11ff.). Diese gesetzlichen Grundlagen definieren den Rahmen, in dem der Leitungsausbau stattfinden soll, dabei geben die Festschreibungen im EnLAG und auch im NABEG lediglich die beiden zu verbindenden Netzverknüpfungspunkte vor. Die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) - 50Hertz Transmission, Amprion, TransnetBW und TenneT TSO - sind dazu angehalten den genauen Verlauf der Stromtrassen in ihren Zuständigkeitsgebieten zu bestimmen, bis sie schließlich mit dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens den Ausbau tatsächlich realisieren können (vgl. Bundesnetzagentur 2014: 3). Der exakte Korridor wird in mehreren Verfahrensschritten mittels verschiedener Methoden identifiziert. Dazu werden mitunter Raumwiderstandsanalysen und Raumverträglichkeitsstudien durchgeführt, welche die Raumempfindlichkeiten der zu querenden Gebiete untersuchen. Der Fokus dieser Arbeit liegt dabei auf dem ersten Schritt nach der Bedarfsermittlung, der Trassenkorridorfindung, welche im Rahmen des Raumordnungsverfahrens beziehungsweise der Bundesfachplanung ermittelt wird. Die Trassenkorridorfindung kann aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden. So fließen raumordnerische, wirtschaftliche und umweltbezogene Belange in die Bewertung und Auswahl möglicher Alternativkorridore mit ein. Mit Hinblick auf die Datenverfügbarkeit sowie den

gegebenen Zeitrahmen, ist eine Beschränkung auf einen der genannten Punkte notwendig. Da zur Bundesfachplanung bisher noch keine Praxisbeispiele bestehen, jedoch ein bereits veröffentlichter Antrag auf Bundesfachplanung - Musterantrag nach § 6 NABEG Teil 1: Grob- und Trassenkorridorfindung (vgl. 50Hertz et al. 2013), insbesondere die raumordnerischen Belange aufgreift, ist die Auswahl dieses Aspektes in Bezug auf mögliche Unterschiede zielführend. Ferner stellen Höchstspannungsleitungen raumbedeutsame Vorhaben dar, die Auswirkungen auf eine Vielzahl unterschiedlicher Bereiche der Raumordnung haben. Die Prüfung der Raumverträglichkeit wird durch die Untersuchung der zu erwartenden Konflikte mit den raumordnerischen Belangen durchgeführt. Anders als bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, bei der durch Gesetz zumindest die Schutzgüter als Untersuchungsrahmen festgelegt sind (vgl. § 2 Abs. 1 UVPG), ist bei der Raumverträglichkeitsprüfung nirgendwo festgehalten, welche raumordnerischen Belange bei der Trassenkorridorfindung berücksichtigt werden müssen. Es mangelt bisher an Transparenz und Einheitlichkeit, sodass die betroffene Bevölkerung nur schwer nachvollziehen kann, welche Aspekte in den Entscheidungsfindungsprozess mit eingeflossen sind, was häufig auch zu einer geringeren Akzeptanz der Vorhaben führt (vgl. Schweizer-Ries 2010: 3f).

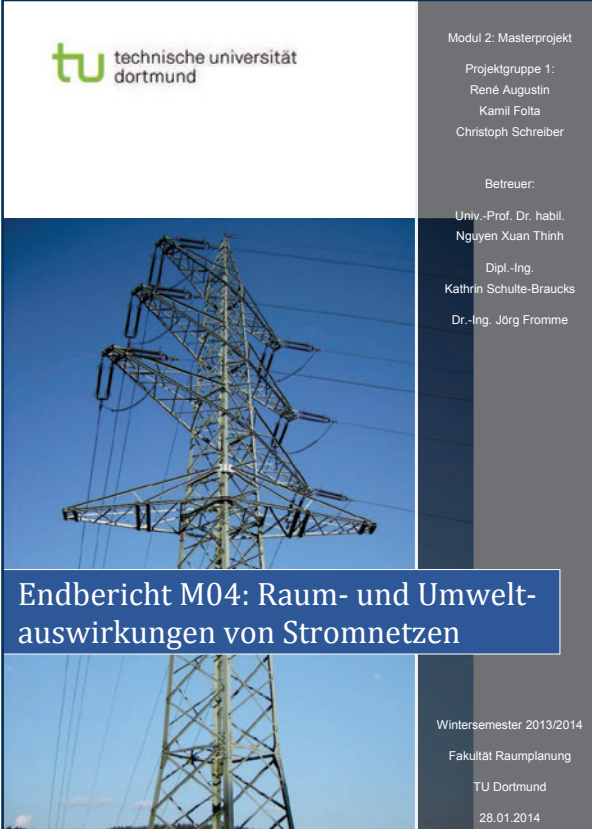
Folglich steht die Berücksichtigung der raumordnerischen Belange bei der Trassenkorridorfindung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens und der Bundesfachplanung im Mittelpunkt der Projektarbeit. Dazu werden im folgenden Kapitel drei Prüfungen aufgestellt, mit deren Hilfe die weitere Untersuchung schematisch gegliedert wird.

Informationen zum Projekt

Projekt M03 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Hans-Peter Tietz (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme); Jörg Fromme (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme); Mike Doktor (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme)

Raum- und Umweltauswirkungen von Stromnetzen



tu technische universität dortmund
 Modul 2: Masterprojekt
 Projektgruppe 1:
 René Augustin
 Kamil Folia
 Christoph Schreiber
 Betreuer:
 Univ.-Prof. Dr. habil.
 Nguyen Xuan Thinh
 Dipl.-Ing.
 Kathrin Schulte-Braucks
 Dr.-Ing. Jörg Fromme
Endbericht M04: Raum- und Umweltauswirkungen von Stromnetzen
 Wintersemester 2013/2014
 Fakultät Raumplanung
 TU Dortmund
 28.01.2014

Mit dem „Energiekonzept 2050“ hat die Bundesregierung eine grundlegende Umgestaltung der Energieversorgung in Deutschland beschlossen. Die geografische Neuverteilung der Stromerzeugungsanlagen, die stark von dem Ausbau der Windenergie geprägt ist, sowie deren erhöhter Anteil volatiler Einspeisung erfordert eine Anpassung des gesamten Elektrizitätssystems. So muss der hauptsächlich im Norden produzierte Windstrom über weite Strecken zu den industriestarken Verbrauchszentren im Westen und Süden Deutschlands transportiert werden. Um dies gewährleisten zu können, stehen die vier Übertragungsnetzbetreiber Deutschlands vor zahlreichen Neubau- und Ausbauprojekten im Hoch- und Höchstspannungsnetz. Bei dieser Trassenplanung auf Bundesebene gilt es, im Rahmen der planungsrechtlichen Verfahren zahlreiche verschiedene, teils konträre Einflussfaktoren zu berücksichtigen und diese in einer Abwägung zu einem legitimen Ergebnis zu bringen. Um für die Trassenplanung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen, mit der diverse komplexe Herausforderungen einhergehen, neue Erkenntnisse zu gewinnen, sollen in diesem Masterprojekt Qualitäts- und Belastungsindikatoren für ein Geoinformationssystem entwickelt werden. Die Analyseergebnisse, die durch diese Indikatoren generiert werden, können mit aktuell gültigen DIN-Bestimmungen und Planungsgrundsätzen

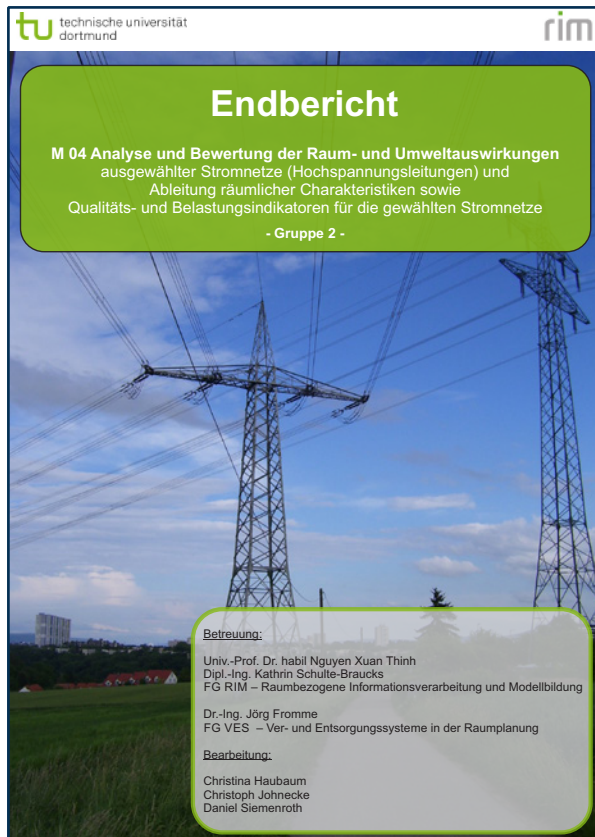
verglichen werden, wodurch eine individuelle Bewertung jeder Trasse der zwei Untersuchungsgebiete nach bestimmten Kriterien vorgenommen werden kann. Die theoretische Grundlage dieser Arbeit bildet eine Analyse zu der Planung und dem Bau des Übertragungsnetzes in Deutschland sowie der Auswirkungen von Freileitungen auf die einzelnen Schutzgüter. Der wirtschaftlich möglichst effizienten Verbindung zweier Netzanknüpfungspunkte mittels einer Ideallinie, stehen vor allem die Planungsgrundsätze wie das Bündelungsgebot, der Schutz von Freiräumen und die Umgehung hoher sowie sehr hoher Raumwiderstände entgegen. Um jede Trasse danach bewerten zu können, wurden fünf Werkzeuge und eine multikriterielle Bewertung entwickelt und auf die beiden Untersuchungsgebiete angewandt. Untersucht wurde die Sichtbarkeit der Freileitungen von Gebieten, in denen dem Landschaftsschutz besondere Bedeutung zugemessen wird, die Querung bzw. die Lage der Freileitungen im Hinblick auf hohe und sehr hohe Raumwiderstände, die Bündelung von Freileitungen mit anderer linearer Infrastruktur, die Zerschneidung von Freiräumen durch Freileitungen sowie der prozentuale Umweg einer jeden Trasse. Bei den Ergebnissen aller Werkzeuge muss berücksichtigt werden, dass sowohl für die Freileitungstrassen als auch die anderen Flächennutzungen keine Angaben zum Jahr des Baus oder der Widmung vorliegen. So können sich rechtliche und planerische Vorgaben im Laufe der Zeit verändert haben. Die Ergebnisse können also nicht den Planungsprozess einer jeden Trasse rekonstruieren oder begründen, aber dennoch als Grundlage für eine detaillierte Einzelbetrachtung von Trassen genutzt werden. Zudem wurden alle Werkzeuge mithilfe des ArcGIS ModelBuilders entwickelt, sodass diese arbeitsextensiv auf andere Gebiete übertragen und deren Parameter nachträglich angepasst werden können. Dadurch ist es auch möglich, Alternativtrassen bei Neubauvorhaben innerhalb kürzester Zeit im Hinblick auf Raum- und Umweltauswirkungen zu bewerten und untereinander zu vergleichen.

Informationen zum Projekt

Projekt M04.1 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Nguyen Xuan Thinh (Fachgebiet raumbezogene Informationsverarbeitung und Modelbildung); Kathrin Schulte-Braucks (Fachgebiet raumbezogene Informationsverarbeitung und Modelbildung); Jörg Fromme (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung)

Analyse und Bewertung der Raum- und Umweltauswirkungen ausgewählter Stromnetze (Hochspannungsleitungen) und Ableitung räumlicher Charakteristiken sowie Qualitäts- und Belastungsindikatoren für die gewählten Stromnetze



In dem Masterprojekt des Fachgebietes Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung (RIM) geht es um die Entwicklung einer Analyse- methode für bestehende Stromtrassen mit einer allgemein anwendbaren Werkzeugsammlung für das Programm ArcGIS. Dazu wurden jeder Kleingruppe zwei Untersuchungsgebiete zugewiesen. Die Analyse ermöglicht Lehren für den Ausbau des Stromnetzes aus dem Vorhandenen zu ziehen. Der Kern der Projektaufgabe besteht darin die entwickelte Analyse auf andere Gebiete übertragbar zu machen. Die Gruppe entwickelte dazu eigene Kriterien, mit denen die Belastungen und die Qualitäten der Hochspannungsleitungen beschrieben werden können. Anhand der Belastungsmerkmale, wie bspw. der Zerschneidung von Raumwiderständen wurden die negativen Auswirkungen von Stromtrassen auf Raum und Umwelt untersucht und dokumentiert. Durch die Qualitätsmerkmale von Hochspannungsleitungen wurden technologische und wirtschaftliche Unterschiede der Trassen im Hochspannungsnetz verdeutlicht. Zu jedem

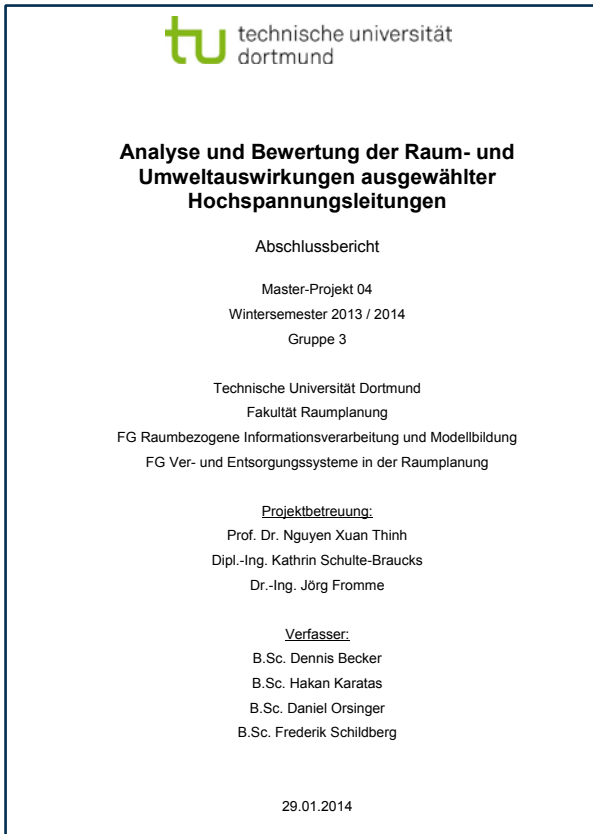
Kriterium wurde ein übertragbares Model in ArcGIS erstellt, welches bei Einhaltung einer festgelegten Ordner- und Projektstruktur auf jedem PC und auf jedes Untersuchungsgebiet anwendbar ist. Die Ergebnisse der umfangreichen Analyse wurden anschließend ausgewertet und teilweise versucht zu interpretieren. Dabei wurden hauptsächlich Mittel- und Häufigkeitswerte miteinander verglichen. Zur Vergleichbarkeit von Stromtrassen wurde auf Basis der Daten des Untersuchungsgebietes 4 ein allgemeines Bewertungsraster generiert. Dieses kann nicht nur zur Bewertung bestehender Stromtrassen genutzt werden, um bspw. problematische Umweltauswirkungen zu verdeutlichen, sondern auch dem Vergleich von Trassenvarianten beim Netzausbau dienen. Da die Trassenfindung bei Neubauvorhaben immer stark auf die örtlichen Gegebenheiten bezogen erfolgt, lassen sich aufgrund der hier durchgeführten Analyse keine allgemeingültigen Aussagen für eine „ideale“ Stromtrasse formulieren. Um die Ergebnisse dennoch für den Netzausbau sinnvoll klassifizieren zu können, wurde dieses Bewertungsschema erstellt. In den Analyseergebnissen konnten in vielen Fällen Übereinstimmungen zwischen den Untersuchungsgebieten festgestellt werden. Größere Abweichungen stellten die Ausnahme dar. Um daraus jedoch allgemein gültige Aussagen für das gesamte Hochspannungsnetz in Deutschland abzuleiten, sind weitere Analysen in geografisch möglichst unterschiedlichen Regionen Deutschlands nötig bzw. eine Ausweitung der Untersuchungsgebiete.

Informationen zum Projekt

Projekt M04.2 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Nguyen Xuan Thinh (Fachgebiet Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung); Kathrin Schulte-Braucks (Fachgebiet raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung); Jörg Fromme (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung)

Analyse und Bewertung der Raum- und Umweltauswirkungen ausgewählter Hochspannungsleitungen



Die Energiewende und der damit einhergehende Ausbau von Stromtrassen stellt das System der elektrischen Energieversorgung vor weitreichende Herausforderungen. Zu den wichtigsten zählt zweifelsfrei die Planung von groß dimensionierten 'Stromautobahnen'. Sie sollen künftig den im Norden der Bundesrepublik erzeugten Windstrom in die Verbrauchszentren im Westen und Süden des Landes transportieren. Der Umgang mit der optimalen Trassenfindung ist bisher Aufgabe der Übertragungsnetzbetreiber. Die Forschungen zum Ausbau und zur Optimierung des vorhandenen Stromnetzes stehen noch am Anfang. Um jedoch ökonomisch und ökologisch nachhaltige Stromnetze aufbauen zu können, müssen im Rahmen einer Trassenfindung eine Vielzahl unterschiedlicher Belange und Anforderungen in den verschiedensten Bereichen berücksichtigt werden. Dazu zählt insbesondere der Umgang mit den Auswirkungen von Stromtrassen auf verschiedene, gesetzlich festgelegte Schutzgebiete und sonstige schützenswerte Gebiete, z.B. Siedlungsflächen oder Gewässer. Trassenplanungen wurden bisher lediglich vorhabenspezifisch untersucht und die Entscheidung für eine Trassenalternative war u.a. das Resultat von Einzelfallabwägungen. Allgemein gültige Maßstäbe zur Charakterisierung von

bestehenden Stromleitungen sowie Maßstäbe für die Neuplanung von Stromtrassen sind weder in der Theorie noch in der Praxis vorhanden. Welche Raum- und Umweltauswirkungen verursacht das bestehende Stromnetz? Lassen sich aus dem Bestand an Hochspannungsfreileitungen Erkenntnisse für die Planung neuer Leitungen gewinnen? Genau mit solchen und weiteren Fragen befasst sich das Master-Projekt „Analyse und Bewertung der Raum- und Umweltauswirkungen ausgewählter Hochspannungsleitungen und Ableitung räumlicher Charakteristiken sowie Qualitäts- und Belastungsindikatoren für die gewählten Stromnetze“. Ziel des Projektes ist die Beantwortung oben genannter Fragen anhand der Entwicklung von Kriterien und Indikatoren. Mit diesen Kriterien und Indikatoren wird das bestehende Stromnetz analysiert und bewertet, um daraus die Belastungs- und Qualitätsmerkmale des Netzes zu ermitteln.

Informationen zum Projekt

Projekt M04.3 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Nguyen Xuan Thinh (Fachgebiet Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung); Kathrin Schulte-Braucks (Fachgebiet Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung); Jörg Fromme (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung)

Stromnetzplanung im Zeichen der Energiewende

Technische Universität Dortmund

Fakultät Raumplanung

Wintersemester 2012/2013

Master-Projekt M07

Stromnetzplanung im Zeichen der Energiewende

Trassenentwurf und -bewertung in NABEG-Verfahren

Prüfer: Prof. Dr. Tietz und Dr. Fromme

Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme in der Raumplanung

Die Bundesfachplanung aus der Position eines Übertragungsnetzbetreibers am Beispiel des Vorhabens „Altenfeld – Grafenrheinfeld“

Projektbericht der Gruppe 1

Bearbeiter:

Hagelstange, Julius 102406 julius.hagelstange@tu-dortmund.de

Lücke, Johannes 152269 johannes.luecke@tu-dortmund.de

Meier, Lukas 153706 lukas.meier@tu-dortmund.de

Nicht zuletzt seit der Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima im März 2011 steht das Thema „Energiewende“ weit oben auf der Agenda der Bundesregierung. So ist geplant, die noch aktiven Atomkraftwerke in Deutschland sukzessive bis 2022 vom Netz zu nehmen und die Energieversorgung in der Bundesrepublik vermehrt durch erneuerbare Energien (v. a. Wind- und Solarenergie) zu gewährleisten. Um diese Energien beispielsweise aus einem Windpark in der Nordsee zum Verbraucher in Süddeutschland zu transportieren, ist vielerorts ein Ausbau des Übertragungsnetzes notwendig. Im Netzentwicklungsplan werden hierfür die voraussichtlich benötigten Ausbaumaßnahmen festgehalten. Nicht wenige davon sind länderübergreifende Neutrassierungen, für die das 2011 verabschiedete Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) den Verfahrensschritt der Bundesfachplanung vorsieht. Auf Antrag eines Übertragungsnetzbetreibers wird diese von der Bundesnetzagentur durchgeführt und soll die zuvor durchgeführten Raumordnungsverfahren eines jeden Bundeslandes ersetzen. Angelehnt an den „Leitfaden zur Bundesfachplanung“ und die „Mustergliederung für die Unterlagen zum Antrag auf Bundesfachplanung“ der Bundesnetzagentur, wird in diesem Master-Projekt die Bereitstellung der Unterlagen für einen

solchen Antrag exemplarisch am Beispiel der Maßnahme „Neubau einer 380 kV-Trasse von Altenfeld nach Grafenrheinfeld“ durchgeführt. Zu den Unterlagen gehören ein Vorschlag zum beabsichtigten Verlauf eines Trassenkorridors sowie die Untersuchung und Beurteilung der Umweltauswirkungen und die raumordnerischen Konflikte, die von diesem Trassenkorridor zu erwarten sind. Des Weiteren werden alternative Trassenkorridore aufgezeigt. Zur Findung der Trassenkorridore ist dabei zuerst eine Raumwiderstandsanalyse (RWA) erforderlich, in welcher der Untersuchungsraum auf seine Raumwiderstände untersucht wird. Als Kriterien dienen hierbei die Realnutzungen, die raumordnerischen Festsetzungen aus den Regionalplänen sowie die Schutzgebietsausweisungen für den Raum. Nach der Identifizierung und Klassifizierung der Raumwiderstände ist ein Grobkorridor anzulegen, in dem der zukünftige Trassenkorridor bzw. seine Alternativen geplant werden können. Sehr hohe Raumwiderstände sind in diesem Arbeitsschritt bereits so weit wie möglich auszuschließen. Innerhalb des Grobkorridors werden im Folgenden einzelne Trassenelemente entwickelt, die hinterher in Kombination einen vollständigen Trassenkorridor ergeben. Aus der RWA ergeben sich 15 Trassenkorridore, die anschließend miteinander verglichen und anhand mehrerer Kriterien (Länge, Grad der Bündelung, Anzahl der Widerstände, etc.) bewertet werden, um die geeignetsten Trassenkorridore zu finden. Das Ergebnis sind fünf Trassenkorridore, von denen einer anhand mehrerer Raumordnungspläne aus Bayern und Thüringen exemplarisch im Rahmen einer Raumverträglichkeitsstudie näher untersucht wird. Ziel hierbei ist die Bewertung der möglichen Auswirkungen des Trassenkorridors auf den Raum und seine Konformität mit den Erfordernissen der Raumordnung. Abschließend findet eine Reflexion und Diskussion der Ergebnisse und Erfahrungen des Projektes statt.

Informationen zum Projekt

Projekt M07 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Hans-Peter Tietz (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme); Jörg Fromme (Fachgebiet Ver- und Entsorgungssysteme)

Re-envisioning the Ruhr I

A place for highly qualified employees



The Master Project 05 “Re-Envisioning the Ruhr - A place for highly qualified employees” concentrates on the living conditions for highly qualified employees in the Ruhr area. Therefore the focus lies on location factors which attract and bind highly qualified employees and essentially influence their choice of living.

In its past the Ruhr area as Germany's largest conglomeration has faced a radical transformation from a rural, agricultural region to the country's industrial heart. The rapid growth of industrial production was followed by a steadily increasing demand for working force in the local coal mines and steel factories that spread over the whole area. Consequently from the beginning of the 20th century until the 1970s the Ruhr area has mainly been formed by and for industrial needs, what led to several issues the region still has to deal with and partially struggles to solve. Several issues e.g. in social structure like long term unemployment or the low educational level of the population lead to the state that the Ruhr area is not as attractive as other regions and cannot compete with them.

Today the structural change from second to third sector seems to be basically completed and despite the foundation of several universities and scientific

facilities from the 1960s on and the initiation of the IBA Emscher Park in 1989 the Ruhr area as yet campaigns with its perceived image as a dirty and less livable region. Regarding the hard location factors, as well as basic soft location factors the Ruhr area does not lack important infrastructures and amenities. Nevertheless highly qualified employees still decide to work and live in other areas like the Rhine area or Southern Germany. This fact opens the question which factors have an impact on the attractiveness of a region for highly qualified employees and especially which of these factors can be found within the Ruhr area and which are missing? Subsequent these questions shape the framework of this research.

First of all, the project group made a comprehensive analysis about the main aspects which are essential for a profound knowledge about the Ruhr area. Aspects like geography or economy were therefore analysed. In order to guide the research process a research question was defined and goals were developed. The goals were to identify and in the consequence measure the availability of location factors and parameter values in detail in the Ruhr area. The collection of influencing factors were compared with the factors available in the Ruhr area in order to measure the parameter values. Through the implementation of a survey specified details about the Ruhr areas perception could be made.

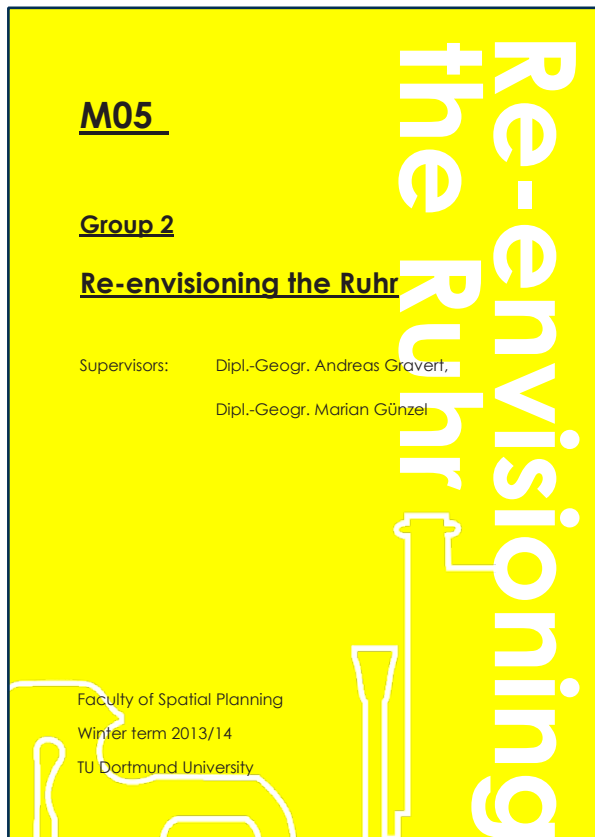
After the gained information and a followed measurement, the attractiveness of the Ruhr area can be divided into strengths, weaknesses, opportunities and threats that were displayed in a SWOT analysis. Based on the results of the SWOT analysis the main aim was to work out recommendations for improving identified weaknesses and threats in the Ruhr area.

Informationen zum Projekt

Projekt M05.1 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Andreas Gravert (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie); Marian Günzel (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie)

Re-envisioning the Ruhr II



Economic restructuring involving a declining industrial sector is a common phenomenon in most developed countries. As differing regions have transitioned to service and technology based industries, most have progressed without major issues. However, in many heavily industrialized regions the situation has been otherwise. The initial economic downturn in their previously very important industrial sector typically led to job losses, high unemployment, population loss and other social and economic issues due to the high reliance on an industry that no longer exists. Two examples which fit into this description are the Ruhr Area in Germany and the Pittsburgh metropolitan area in Pennsylvania, United States. In order to support economic restructuring and development in these special cases, many cities and region have developed strategic planning processes to orient the transformation of industries and overall economic restructuring. It has been, and is still used as an important planning tool to regulate and steer spatial development and long term planning at the municipal and regional levels. With the assigned topic of Re-Envisioning the Ruhr, group 2 of M-Project 05 in the Winter Term 2013/14 at TU Dortmund University chose to analyze strategic planning in the case study areas of the Ruhr and Pittsburgh with special

regard to economic restructuring and development as a means of re-envisioning through strategic processes. Since strategic planning approaches differ significantly due to planning systems and cultures with which they are framed, parameters were set up to structure the foci of the comparative analysis. The parameters set the governance level at the regional scale and limited the scope of strategic approaches to strategy formation, principal policies and relevant actors. The parameters and the scope, along with a selected process model facilitated a better comparative understanding of not only the interactions and processes in the strategic approaches of the case study regions, but the underlying planning systems and cultures facilitating the differences. In summary, the following work is a re-envisioning of the Ruhr in comparison to Pittsburgh through its economic restructuring strategies.

Informationen zum Projekt

Projekt M05.2 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Andreas Gravert (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie); Marian Günzel (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie)

Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung

Das Instrument Masterplan am Beispiel des Masterplan ‚Spielen und Bewegen in Mülheim‘



Die Integrierung der Gesundheits- und Bewegungsförderung in die Stadtentwicklung wird künftig an Bedeutung gewinnen. Aufgrund des zunehmenden Bevölkerungsdrucks und dem gleichzeitigen Schwund an öffentlichen Freiräumen rücken in den Planungswissenschaften zunehmend Themen der Gesundheits- und Bewegungsförderung in den Vordergrund. Neben vielen externen Faktoren wird die Lebensqualität in Städten auch durch Möglichkeiten sich zu bewegen und sportlich aktiv zu sein bestimmt. Als Ursache für den heutigen Bewegungsmangel gelten neben der baulichräumlichen Gestaltung der gebauten Umwelt auch gesellschaftliche Veränderungen. Bedeutenden Unterschieden zwischen Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen in Bezug auf die Wahrnehmungs- und Bewegungsräume wurden bisher in Theorie und Planungspraxis zu wenig Beachtung geschenkt. Aus diesem Anlass geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, welche Handlungsbedarfe und Gestaltungsmöglichkeiten aus den Planungs- und Gesundheitswissenschaften beachtet werden müssen und was ein Instrument aus raumplanerischer Sicht leisten muss, um eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung im Sinne der Bewegungsförderung von

Kindern und Jugendlichen umsetzen zu können. Ziel der Arbeit war die Erfassung materieller und instrumenteller erfolgsfördernder Faktoren, welche die Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt begünstigen. Diese Faktoren sollen erkennen lassen, welche Maßnahmen, Strategien und instrumentellen Bestandteile für die Umsetzung einer bewegungsfördernden Stadtentwicklung für Kinder und Jugendliche unbedingt zu beachten sind. Durch die Auswertung vorhandener Literatur konnten in der vorliegenden Arbeit zunächst einige materielle Faktoren aufgestellt werden, die zum einen die Zielgruppe und deren Bedarfe, zum anderen die Gestaltung der baulichen Umwelt zum Thema hatten. Daneben konnten relevante erfolgsfördernde Faktoren, die ein Instrument beachten und beinhalten sollte, sondiert werden. Die Ergebnisse wurden auf das Fallbeispiel des Masterplan Spielen und Bewegen in Mülheim angewandt und die aufgestellten Faktoren mit der realen Umsetzung abgeglichen. Einige der zuvor herausgearbeiteten Faktoren konnten mit neuen Aspekten und Varianten der Ausführung untermauert werden. Andere Faktoren konnten aufgrund des noch in den Anfängen stehenden Verfahrensstandes des Masterplans kein Vorhaben zugeordnet werden. So konnten im Rahmen der Analyse noch bestehende Handlungsbedarfe des Masterplans in Mülheim identifiziert werden. Die in der Arbeit aufgestellten erfolgsfördernden Faktoren erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Diese können jedoch als Richtschnur für weitere Projekte und Instrumente, die sich mit dem Themenbereich der Bewegungsförderung für Kinder -und Jugendliche in der Stadt auseinandersetzen, verstanden werden.

Informationen zum Projekt


Projekt M06.1 | Studienjahr 2013/2014


Betreuung: Sabine Baumgart (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung); Andrea Rüdiger (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung)

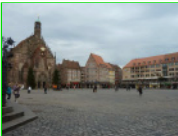
Klimaanpassung und Gesundheitsförderung in der Stadtentwicklung

Instrumente und Verfahren zur Integration

**KLIMAAANPASSUNG UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG
IN DER STADTENTWICKLUNG
- INSTRUMENTE UND VERFAHREN ZUR INTEGRATION -**







Technische Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Modul 2: Masterprojekt, Gruppe 2
'Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung'
Endbericht
Abgabe: 05.02.2014

<p><u>Prüferinnen:</u> Prof. Dr.-Ing. Sabine Baumgart Fachgebiet SRP Dr.-Ing. Andrea Rüdiger Fachgebiet SRP</p>	<p><u>Verfasserinnen:</u> Martina Dettweiler Svenja Hoffmann Christina Kohl Sabine Mietner</p>
---	--

Diese Forschungsarbeit beschäftigt sich mit den Themenbereichen Stadtentwicklung, Gesundheitsförderung und Klimaanpassung im Hinblick auf ihre instrumentellen Schnittstellen und Kopplungsmöglichkeiten. Dabei wird die Herausforderung der klimawandelbedingten Überhitzung städtischer Räume beispielhaft genutzt, da diese alle drei Themenbereiche berührt. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass sowohl der Bereich der Gesundheitsförderung als auch Aspekte der Klimaanpassung zunehmend in Fachdiskussionen Beachtung finden. Dies zeigt sich bspw. in Form verschiedener Programme, die sich mit dem Thema Gesundheitsförderung auseinandersetzen und sowohl aus dem Planungs- als auch dem Gesundheitsbereich entstammen. Das Thema Klimaanpassung rückt aufgrund der zunehmend spürbaren Klimaänderungen immer mehr in den Blickpunkt. Dies zeigt sich u.a. durch das ExWoSt- Forschungsvorhaben ‚Urbane Strategien zum Klimawandel‘, das von 2009 bis 2012 stattfand. Eine theoretische, literaturbasierte Analyse sowie ergänzende Experteninterviews mit Vertretern aus dem Referenzraum Nürnberg geben dabei Aufschluss darüber, welche Instrumente und Verfahren bereits existieren und

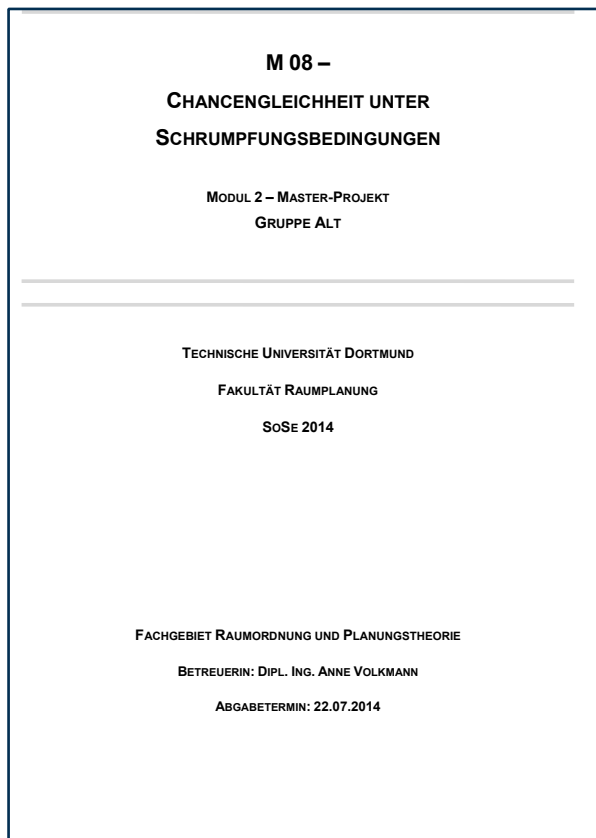
wie diese eine integrierte Betrachtung der drei Themenfelder ermöglichen können. Es zeigt sich, dass bereits zahlreiche Instrumente und Verfahren vorhanden sind, die teilweise deutliche Schnittstellen und vielfältige Kopplungsmöglichkeiten miteinander aufweisen sowie Potenziale bieten, um das Thema Hitze, das sowohl im Hinblick auf Gesundheitsförderung als auch im Zusammenhang mit Klimaanpassung ein zunehmendes Problem darstellt, einzubeziehen. Es wird gezeigt, wie bestehende Instrumente und Verfahren miteinander verknüpft und wie die Themen Klimaanpassung und Gesundheit verstärkt in planerische Instrumente und Verfahren eingebunden werden können. Es wird verdeutlicht, dass die bestehenden Instrumente und Verfahren grundsätzlich ausreichen, um die drei Themenbereiche integriert zu behandeln. Hingegen fehlt es bei den beteiligten Akteuren häufig am Bewusstsein für die Themen Gesundheit und Klimaanpassung und auch die nötige Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche ist bisher nur ansatzweise vorhanden. Darauf aufbauend werden, als Ergebnis der Forschungsarbeit, konkrete Handlungsempfehlungen gegeben, die eine vermehrte Einbeziehung der Belange von Gesundheitsförderung und Klimaanpassung in die Stadtentwicklung zum Ziel haben. Zielgruppe der Handlungsempfehlungen sind in erster Linie Stadtverwaltungen, da diesen die Aufgabe der Stadtentwicklung obliegt. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen befassen sich u.a. mit der Sensibilisierung von Mitarbeitern der Verwaltung, der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen verschiedenen Fachbereichen, der Verfügbarkeit klima- bzw. gesundheitsrelevanter Datengrundlage sowie der Optimierung von bestehenden Instrumenten und Verfahren.

Informationen zum Projekt

Projekt M06.2 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Sabine Baumgart (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung); Andrea Rüdiger (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung)

Chancengleichheit unter Schrumpfungsbedingungen



Die folgende Arbeit ist die Abschlussarbeit des Forschungsprojektes Chancengleichheit unter Schrumpfungsbedingungen. Die Untersuchung setzt sich mit der Frage auseinander, ob eine Chancengleichheit durch gleichwertige Lebensverhältnisse auch in schrumpfenden Regionen bestehen kann. Im Fokus dieser Untersuchung steht dabei die Bevölkerungsgruppe der Senioren ab 65 Jahren. Untersuchungsraum der Forschung ist die Stadt Altena in der schrumpfenden Region des Sauerlandes.

Insbesondere der demographische Wandel führt zu Schrumpfungsprozessen, die besonders in ländlichen Regionen stark ausgeprägt sind. Folge ist bspw. die Schwierigkeit der Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge und weiterer wichtiger Dienstleistungen, wie z.B. ärztliche Versorgung. Bereits in § 1 ROG wird die Leitvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse angeführt, aber es stellt sich die Frage, ob diese unter schrumpfenden Bedingungen in einer ländlichen Region für Senioren, die zunehmend mobil eingeschränkt sind, zu erhalten sind?

Um auf diese Frage Antworten zu finden, hat die Projektgruppe folgende Forschungsfrage aufgestellt: Inwiefern beeinflussen Schrumpfungsprozesse die ältere Bevölkerung bei der Realisierung

ihrer Lebenschancen?

Zur ersten Einarbeitung in das Thema fand zunächst eine Literatur- und Internetrecherche statt, diese wurde durch eine Ortsbegehung ergänzt. Darüber hinaus entwickelte die Projektgruppe ein Forschungsdesign für die Empirie, in der die Forschungsfrage anhand von sechs gewählten Themenfeldern beantwortet werden sollen. Die Wahl der Themenfelder wurde nach Wichtigkeit für die Senioren ermittelt. Dies sind: Mobilität und Verkehr, Nahversorgung, Medizinische Versorgung, Altenpflege, Freizeit und Kultur und Soziale Einbindung und Ehrenamtliches Engagement. Nach der Aufstellung von Annahmen wurden diese Themenfelder durch Interviews mit ortsansässigen Senioren sowie mit fachlichen Experten untersucht. Im Anschluss fand eine Auswertung der Interviews in Verbindung mit der theoretischen Auseinandersetzung dieser Schwerpunkte statt, bei der die Annahmen überprüft wurden.

Es wird u.a. deutlich, dass sich die befragten Senioren gegenüber anderen ländlichen Regionen in Altena generell nicht benachteiligt fühlen. Jedoch spielt bei allen Themenfeldern die Erreichbarkeit eine entscheidende Rolle. Die befragten Senioren sind alle noch mobil und bestätigten, dass sie überwiegend auf einen PKW angewiesen sind, um sich insgesamt adäquat versorgen zu können. Als besonders wichtig werden die ärztliche Versorgung sowie die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs zur Erhaltung der Daseinsvorsorge eingestuft. Darüber hinaus zeigt sich, dass die ältere Bevölkerung es für wichtig erachtet sich zu engagieren, um die noch vorhandene Gemeinschaft zu erhalten und zu fördern.

Informationen zum Projekt

Projekt M08 | Studienjahr 2013/2014

Betreuung: Anne Volkmann (Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie)

Konzeptionelle Elemente für die Bewertung des Ruhrgebiets als UNESCO-Weltkulturerbe



Im Jahr 2011 wurde die Idee entwickelt, dass Ruhrgebiet als Weltkulturerbe vorzuschlagen. Dieser Titel der UNESCO würde das Ruhrgebiet nicht nur touristisch aufwerten, vielmehr wäre es eine Anerkennung und in gewisser Weise auch eine Genugtuung für diese Region, die schon so manche Rückschläge hinnehmen musste. Um diesen Prozess zu forcieren, schlossen sich regionale Akteure unter der Federführung der in Dortmund ansässigen Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur zusammen, um ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Die Besonderheit und auch die Herausforderung dieser Bewerbung war dabei der Ansatz nicht nur einzelne materielle Güter anzuwerben, sondern eine gesamte Kulturlandschaft, also die gesamte Region des Ruhrgebietes. Im April 2014 wurde die Bewerbung durch die Kultusministerkonferenz zunächst abgelehnt. Die Begründung war, dass kein Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen kulturellen Objekten des Ruhrgebiets erkennbar sei. Die Projektarbeit begann dabei mitten im Bewerbungsprozess, im Frühjahr 2014. Losgelöst von strikten Bewertungskriterien war die Aufgabe des Projektes, herauszustellen, was das Ruhrgebiet einzigartig macht und wo die besonderen Qualitäten dieser Region liegen. Das Auffinden des im UNESCO-Verfahren sogenannten also dem besonderen Wert, war eines der Hauptaugenmerke. Dazu analysierte das Projekt zunächst das Ruhrgebiet, um herauszustellen, welche Eigenschaften diese Region aufweist. Dabei identifizierte die Gruppe drei konstante Entwicklungslinien, Mensch & Arbeit, Kohle & Stahl sowie die Landschaft. Diese waren und sind die drei

dominanten Erkennungsmerkmale dieser Region und stellen die Rahmenbedingungen der Projektarbeit, sowie eine Abstraktion der Zusammenhänge dar. Als Quintessenz dieser drei Stränge kristallisierte sich die Identität des Ruhrgebiets heraus, welche als die Schnittmenge der drei Konstanten angesehen werden kann.

Abgeleitet aus diesen Merkmalen erarbeitete das Projekt einen konzeptionellen Ansatz, um die einzelnen Stätten des Ruhrgebiets in einen räumlich-funktional logischen Kontext zu bringen. Der Ausgangspunkt dieser Theorie war dabei die Kohle, welche die Region seit Beginn der Industrialisierung stark überformte und wesentliche Entwicklungen prägte. Um hierbei verschiedene miteinander in Verbindung stehende Objekte zusammen zu fassen, wurde der Begriff des Ruhrprozess entwickelt. Ausgehend davon wurde dieser Vorgang noch einmal auf eine höhere Ebene gehoben, um eine universellere Betrachtungsweise zu erhalten. Mit Hilfe des Konzepts der Referenzialität, welches die Bezugnahme mehrerer Einzelobjekte zueinander beschreibt, wurde ein Instrument entwickelt, mit dem die bedeutenden Stätten des Ruhrgebietes in Verbindung gebracht werden können. Hierdurch werden keine einzelnen abgeschoteteten Objekte betrachtet, sondern das Ensemble der gesamten Kulturlandschaft im Ruhrgebiet wird sichtbar. Um diese Erkenntnis sowie die gesamte Projektarbeit zu kommunizieren, wurde ein Branding mit dem Namen #RUHR entwickelt, wodurch eine einheitliche Präsentation und hoher Wiedererkennungswert vermittelt wird. Um das erarbeitete Konzept anzuwenden, wurde exemplarisch der Fallbeispielraum Dortmund gewählt, allerdings stets unter dem Fokus der Anwendbarkeit auf die gesamte Region. Dafür wurden in einem internen Abstimmungsprozess zwei explizite Beispielobjekte ausgewählt, an denen das Prinzip der Referenzialität Anwendung fand. Diese waren die Zeche Minister Stein und die Westfalenhütte. Anhand dieser Stätten konnten räumlich-funktionale Zusammenhänge aufgezeigt werden, welche ebenso in der gesamten Region vorhanden sind. Diese Verknüpfung einzelner Objekte anhand bestimmter Kriterien stellt eine der wesentlichen Ergebnisse der Projektarbeit dar und zeigt unter Anwendung der Referenzialität ein Instrumentarium auf, um das Ruhrgebiet als gemeinsame Region zu fassen. Ebenso dient es der Erhaltung des Wissens über diese weltweit einmalige Region, mit ihrer wertvollen Vergangenheit. Die erarbeiteten Schritte dienen auch einer erneuten Bewerbung des Ruhrgebietes zum UNESCO Weltkulturerbe, welche in Zukunft wieder angestrebt wird.

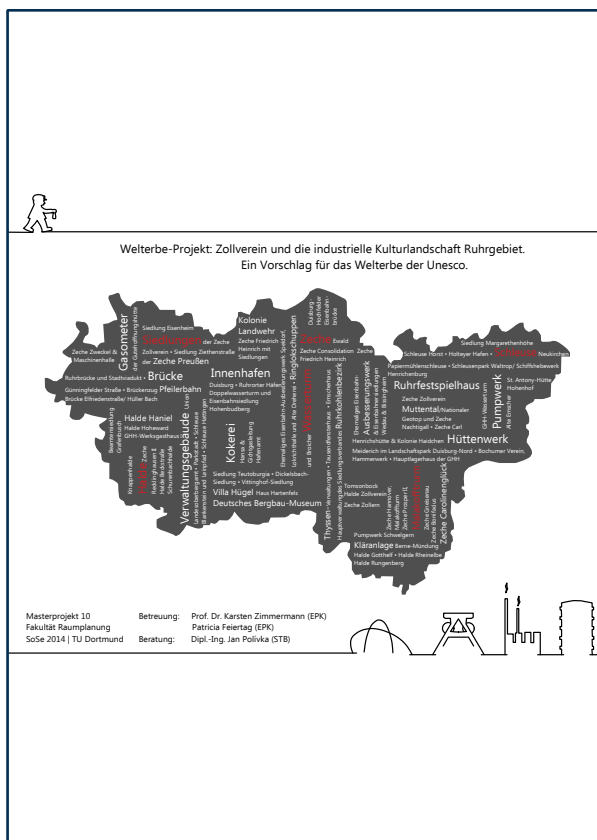
Informationen zum Projekt

Projekt M10.1 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Karsten Zimmermann
(Fachgebiet Europäische Planungskulturen);
Patricia Feiertag (Fachgebiet Europäische
Planungskulturen)

Welterbe-Projekt: Zollverein und die industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet

Ein Vorschlag für das Welterbe der UNESCO



Unter dem Titel ‚Zollverein und die industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet‘ ist eine Auswahl von industriell bedeutsamen Stätten – stellvertretend für die gesamte Industrielandschaft des Ruhrgebiets – als Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für die UNESCO Welterbe-Liste eingegangen. Das Land NRW bewirbt sich damit stellvertretend für die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur um den UNESCO Welterbe-Titel. Bei der Bewerbung handelt es sich um 74 einzelne Stätten, die zwar in keinem unmittelbaren räumlichen Zusammenhang stehen, die Landschaft des Ruhrgebiets durch ihre einzigartige Dichte und Ausdehnung sowie durch ihren historischen Hintergrund dennoch prägen (vgl. Mehrfeld und Heinrich 2011).

Im Rahmen der Bewerbung um den UNESCO Welterbe-Titel befassten sich die Studierenden des Masterprojekts ‚Welterbe-Projekt: Zollverein und die industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet. Ein Vorschlag für das Welterbe der Unesco‘ an der Technischen Universität Dortmund der Fakultät Raumplanung ein Semester lang mit der Herstellung und Darstellung der industriellen Kulturlandschaft im Ruhrgebiet als Einheit. Der Begriff industrielle Kulturlandschaft ist

in diesem Zusammenhang zentraler Ausgangspunkt der UNESCO-Bewerbung und umfasst allgemein Zeugen aus der Zeit der Industrie. Diese können materieller Natur (beispielsweise Gebäude) oder immaterieller Natur (beispielsweise die Kultur der Gesellschaft) sein sowie die Landschaft, die durch die Industrie und den Menschen geprägt worden und Zeitzeugnis dieser Entwicklung ist. Der Begriff Einheit wird definiert als „in sich geschlossene Ganzheit, [...] als Ganzes wirkende Geschlossenheit, innere Zusammengehörigkeit“ (Bibliographisches Institut GmbH 2013a; eigene Anmerkung). Damit ist gemeint, dass sich etwas geschlossen und untrennbar voneinander nach außen hin präsentiert. Um eine innere Zusammengehörigkeit aufweisen zu können, müssen Gemeinsamkeiten bestehen. Zur Herstellung und Darstellung dieser Einheit der industriellen Kulturlandschaft im Ruhrgebiet wurden verschiedene verbindende Elemente identifiziert. Hierzu zählen die Aspekte der historischen Entwicklung der Funktionen der Stätten (RUHRschichte) sowie der verkehrsinfrastrukturellen Verbindungen im Ruhrgebiet (RUHRbindungen). Diese Elemente galten als Schwerpunkte der Projektarbeit und wurden in Hinblick auf den Gesamtzusammenhang der Stätten analysiert.

Die Analyse der RUHRschichte und der RUHRbindungen ergab einen Gesamtzusammenhang der 74 Stätten über diese Elemente: Die Stätten bilden im Ensemble die für die Region prägende Industriezeit bis heute in der Gegenwart ab. Ihre Bedeutung wird erst durch ihre Vielzahl und im Kontext der Geschichte deutlich. Vor allem die ehemaligen Funktionen der Stätten rücken dabei in den Fokus und bleiben in Verbindung mit ihren heutigen Nutzungen präsent und für die Bevölkerung fassbar. Zudem besteht durch ihre Einbindung in heutige verkehrsinfrastrukturelle Verbindungsachsen der Region eine Verknüpfung, die vor allem aus der Geschichte heraus zu begründen ist, aber erst durch ihre Weiterentwicklung ersichtlich wird.

Informationen zum Projekt

Projekt M10.2 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Karsten Zimmermann
(Fachgebiet Europäische Planungskulturen);
Patricia Feiertag (Fachgebiet Europäische
Planungskulturen)

Kulturelle Identität

Kohle. Kneipe. Kolonie



Das Masterprojekt M10 „Conceptual elements for the Ruhr Area as an UNESCO world heritage site“ der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund befasst sich mit der Bewerbung des Ruhrgebietes zum UNESCO-Weltkulturerbe. Den gemeinsamen Antrag zur Erhaltung des Prädikates stellten vor zwei Jahren eine Vielzahl von Akteuren, u.a. das Landesministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen und Wohnen, der Regionalverband Rhein-Ruhr, die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur, einige Gemeinden sowie die Fakultät Raumplanung der TU Dortmund und die Ruhruniversität Bochum stellvertretend für das Land Nordrhein-Westfalen. Aktuell ist die Zeche Zollverein als einzige Industrieanlage im Ruhrgebiet auf der UNESCO-Weltkulturerbeliste. Die Idee der Bewerbung ist die Darstellung des Ruhrgebiets als Gesamtregion. Dazu müssen verschiedene Einzelstandorte zu einem Ensemble zusammengefügt werden. An diesen Orten befinden sich denkmalgeschützte Objekte verschiedenster Art. Dazu zählen sowohl Zechen als auch Arbeitersiedlungen, Hochöfen, Eisenbahn- und Wasserinfrastrukturen sowie Verwaltungsgebäude. Das Masterprojekt soll an diesem Punkt inhaltlich anknüpfen. Es galt, ein Verbindungselement

zwischen den Objekten zu finden und dieses zu vertiefen und darzustellen. In unserem Projekt stellen wir diese Verbindung der Einzelstandorte über den inhaltlichen Schwerpunkt der kulturellen Identität her. Mit Hilfe von Literaturrecherche und Interviews wurde die Entwicklung dieser im Ruhrgebiet analysiert und aufgearbeitet. Dabei wurde die kulturelle Identität auf den Ebenen Arbeit, Wohnen und Daseinsvorsorge näher untersucht und anhand von Objekten an ausgewählten Standorten in Dortmund, Essen und Oberhausen veranschaulicht. Das Ruhrgebiet hat sich zu einer Industrieprovinz entwickelt, da es sich aus vielen einzelnen industriell geprägten Orten zusammensetzt. Diese bestehen zumeist aus einer industriellen Anlage, einer oder mehrerer Werkssiedlungen sowie Stätten der Daseinsvorsorge. Diese zeichneten sich durch eine enge räumliche und funktionale Verknüpfung aus. Infolge dessen bildeten die dort lebenden Menschen aufgrund der ähnlichen Arbeits- und Lebensbedingungen eine eigene Kultur aus. Die Kultur des Ruhrgebietlers. Die Arbeiter zeichneten sich vor dem Hintergrund ihrer oft gefährlichen Arbeit durch Kameradschaft und Solidarität untereinander aus und übertrugen dieses auch auf den privaten Bereich. Dadurch gab es in den Siedlungen ein enges nachbarschaftliches Verhältnis und eine große Hilfsbereitschaft. Nicht zuletzt die vielen Zuwanderer aus ländlichen Gebieten sorgten dafür, dass das Leben in den Siedlungen meist einen dörflichen Charakter hatte bzw. hat. Daraus entwickelte sich auch die Vorliebe für das Feiern von Festen, das Pflegen von Traditionen und ein ausgeprägtes Vereinswesen. Diese Kultur konnte sich erst im Gefüge aus Arbeit, Wohnen und Daseinsvorsorge entfalten und lässt sich an mehreren Standorten wiederfinden. Über diese einzigartige kulturelle Identität kann deshalb eine Vernetzung von einzelnen Objekten der UNESCO Liste erzielt werden. Die industriellen Anlagen wurden erst durch die Geschichten der Arbeiter und ihrer Familien bedeutsam und bekamen einen kulturellen Wert.

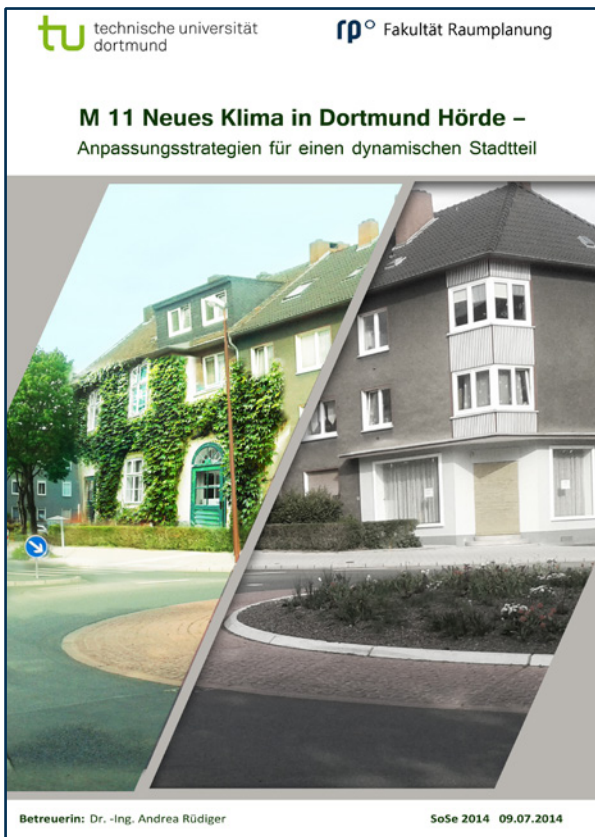
Informationen zum Projekt

Projekt M10.3 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Karsten Zimmermann
(Fachgebiet Europäische Planungskulturen);
Patricia Feiertag (Fachgebiet Europäische
Planungskulturen)

Neues Klima in Dortmund-Hörde

Anpassungsstrategien für einen dynamischen Stadtteil



In Städten und Stadtteilen mit hoher Bebauungsdichte sind höhere Temperaturen festzustellen als in ländlich geprägten Räumen. Angesichts des Klimawandels und damit einhergehenden höheren Jahresdurchschnittstemperaturen wird sich dieser Umstand in den nächsten Jahren verschärfen. Neben einer Erhöhung der Durchschnittstemperaturen kommt es zu einer Zunahme der Extremwetterereignisse. Starkregenereignisse, verlängerte Trockenperioden und die Zunahme der Hitzetage ziehen Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur und Bewohner nach sich. Für die Zukunft gilt dies auch im Untersuchungsraum Hörde Zentrum. Erste Transformationsprozesse haben bereits im Zuge des Städtebauförderungsprogramms Stadtbau West stattgefunden. In dieser Arbeit werden die Auswirkungen auf das Stadtbaugebiet im Einzelnen untersucht und vorgestellt. Dies geschieht in den vier Handlungsfeldern Hochbau, Tiefbau, Freiraum und Regenwasserbewirtschaftung. Mit Hilfe von Literaturrecherchen erfolgt innerhalb dieser Felder eine intensive Betrachtung der relevanten Klimafolgen, einer Reihe von möglichen Gegenmaßnahmen und die Darstellung von Best-Practice Beispielen. Auf der Grundlage von Ortsbegehungen und einer modifizierten SWOT-Analyse wird der Maßnahmenkatalog

des Stadtbauprogramms aus der aktuellen Förderperiode beschrieben und bewertet. Ziel der Projektarbeit ist es Antworten auf die Frage zu geben, ob bzw. wie Klimaanpassungsstrategien in bestehende Strukturen des Stadtteils Hörde integriert werden können. Aufbauend auf die Analyse und Bewertung erfolgt eine anschließende Weiterentwicklung oder Ergänzung im Sinne einer stärkeren Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel. Die Maßnahmen zielen auf die Erreichung der formulierten Unterziele ab. Diese sehen einen verbesserten Umgang mit Oberflächenwasser, die Verringerung von Wärmeinseln sowie die Verbesserung der Lufthygiene vor. Als abschließender Arbeitsschritt werden Grundsätze der Klimaanpassung herausgearbeitet, die andere Kommunen bei Anpassungsmaßnahmen in ihrer Entscheidungsfindung unterstützen sollen. So wird unter anderem empfohlen eine Vielzahl an No-Regret-Maßnahmen zu realisieren, da diese leicht zu verwirklichen sind, eine hohe Akzeptanz genießen und nur geringe Kosten verursachen. Des Weiteren haben diese Maßnahmen auch dann einen Mehrwert, wenn der Klimawandel nicht in dem erwarteten Ausmaß eintreten sollte. Durch die Backcastingmethode werden im kleineren Maßstab, auf Ebene des Hörder Neumarkts und eines angrenzenden Baublocks, exemplarisch die Umsetzung einer Strategie und von Maßnahmen zur Klimaanpassung aufbereitet.

Informationen zum Projekt

Projekt M11 | **Studienjahr** 2013/2014

Betreuung: Andrea Rüdiger (Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung)

Impressum



Foto: Christian Lamker

Herausgabe dieser Veröffentlichung:

Ulla Greiwe, Svenja Krings, Christian Lamker, Tabea von Petersdorff-Campen

An dieser Veröffentlichung haben weiterhin mitgewirkt:

Konstantin Langenscheidt

Layout:

Svenja Krings, Tabea von Petersdorff-Campen

Bild- und Abbildungsnachweis:

Titelblätter durch die Projekte selbst erstellt
Ansonsten soweit nicht anders angegeben:

Fakultät Raumplanung, TU Dortmund

Druck:

Zentrale Vervielfältigung der TU Dortmund

Kontakt:


Technische Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung/Dekanat
Studien- und Projektzentrum (SPZ)
August-Schmidt-Str. 10
44227 Dortmund

Besuchsadresse: Campus Süd, GB III

Dipl.- Ing. **Ulla Greiwe**
Dipl.-Ing. **Christian Lamker**

SPZ Service-Büro:

 Campus Süd, GB III, R. 111

 Täglich (außer Mi), 12:00-14:00 Uhr
(i. d. vorlesungsfreien Zeit siehe gesonderte Ankündigung)

 0231 / 755-4853

 0231 / 755-2273

 spz.rp@tu-dortmund.de

„Projekte sind eine Möglichkeit innerhalb des Studiums praxisnah zu arbeiten und Qualifikationen zu erwerben, die auch tatsächlich gebraucht werden.“
(AbsolventInnenbefragung 2011 Fakultät Raumplanung)

„Ausgangspunkt der Probleme in der Region Ruhr war dessen monostrukturelle Ausrichtung.“ (A02 2013/2014)

„Das Ziel der Forschungsarbeit ist die Erstellung einer Handlungsempfehlung für den Ortsteil, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Personen, mit konkreten Handlungs- und Verbesserungsvorschlägen.“ (A11 2013/2014)

„Demographic change is increasingly becoming a long-term global phenomenon in industrial nations.“ (F06 2013/2014)

„Die Charakteristika des demographischen Wandels in Deutschland sind ein stetiger Bevölkerungsrückgang, eine niedrige Geburtenrate und eine Zunahme des Bevölkerungsanteils mit Zuwanderungsgeschichte.“ (F08 2013/2014)

„Aufgrund der weiterhin stark präferierten suburbane Wohnlage lässt sich der Trend der Reurbanisierung jedoch nicht eindeutig bestätigen.“ (M02.2)

„These hazards are expected to have different spatial and socio-economic impacts especially on urban settlements.“ (F04 2013/2014)

„Die Forschungen zum Ausbau und zur Optimierung des vorhandenen Stromnetzes stehen noch am Anfang.“ (M04.3 2013/2014)

„Das Ruhrgebiet hat sich zu einer Industrieprovinz entwickelt, da es sich aus vielen einzelnen industriell geprägten Orten zusammensetzt.“ (M10.3 2013/2014)